

INTELLEKTUELLE UND POLITIK AM BEISPIEL VON HEINRICH BÖLLS ENGAGEMENT IN DEN SIEBZIGER JAHREN

MONIKA PRÁCHENSKÁ

INHALT

1. Einleitung	253
2. Schriftsteller als Intellektuelle	256
2.1 Begriffsbestimmung	256
2.2 Der freie Schriftsteller als Musterbeispiel des kritischen Intellektuellen	259
2.3 Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland	260
2.3.1 Die Stellung der Intellektuellen in Deutschland bis 1945	260
2.3.2 Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945	262
2.4 Fazit	265
3. Heinrich Bölls politische Ansichten und ihre Entwicklung	266
3.1 Die prägenden Phasen in Bölls Vita	267
3.1.1 Seine Kindheit	267
3.1.2 Die NS-Zeit	268
3.1.3 Die Nachkriegsjahre	269
3.2 Bölls politische Gesinnung	270
3.2.1 Bölls Verständnis von Kommunismus, Sozialismus und Marxismus	273
3.3 Anarchismus als Bölls Lebenskonzept	275
3.4 Bölls Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche	277
3.5 Die Ästhetik des Humanen – Bölls Literaturkonzeption	279
3.6 Fazit	281

4. Heinrich Bölls politisches Engagement	282
4.1 Heinrich Böll und die Außerparlamentarische Opposition	284
4.2 Heinrich Böll und sein Kampf gegen die Notstandsgesetze	286
4.3 „Parteiloser Parteiträger“ Brandts – Bölls Engagement für die SPD	288
4.4 Suche nach der Alternative – Heinrich Böll und die Grünen	294
4.5 Fazit	295
5. Heinrich Bölls Engagement in den 70er Jahren	296
5.1 Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit? – Bölls Spiegelartikel und seine Folgen	296
5.2 Fall Bukowski	301
5.3 Kritik an Böll nach der Veröffentlichung seines Spiegelartikels	303
5.4 1974–1977 – Heinrich Böll und „Deutscher Herbst“	309
5.4.1 Bölls Kritik an der Reaktion des Staates	314
5.4.1.1 Radikalenerlass	315
5.4.1.2 Antiterrorgesetzgebung	316
5.5 Fazit	320
6. Zusammenfassung	322
7. Quellen- und Literaturverzeichnis	325

1. Einleitung

Heinrich Böll (1917–1985) war einer der bedeutendsten und bekanntesten deutschen Schriftsteller seiner Generation. Er war zugleich einer der engagiertesten Kritiker der Bundesrepublik. Bis zu seinem Tod im Juli 1985 war er nicht nur als literarischer und politischer Autor wichtig, sondern er beteiligte sich auch bis zuletzt aktiv an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und bezog Stellung. Schon zu Lebzeiten standen Leben und Werk von Heinrich Böll im Zentrum der Forschung. Bernd Balzer, der bekannte Böll-Forscher, schrieb im Jahre 2000: „Die Sekundärliteratur zu Böll – anfänglich und zu einer Zeit, in der die Literaturwissenschaft die Gegenwartsliteratur noch der Literaturkritik überließ, recht spärlich – hat seit den 60er Jahren immer rascher zugenommen und ist schon seit den 70ern und der Nobelpreis-Verleihung an Böll so umfangreich, dass sie fast nicht mehr zu überschauen ist.“¹ Im Jahre 2005, also 20 Jahre nach Bölls Tod geht die Böll-Forschung in zwei Richtungen.

Die erste streng literaturwissenschaftlich und germanistisch orientierte Richtung beschäftigt sich mit seinem belletristischen Werk. Als im Jahre 1992 Bölls früher Roman „*Der Engel schwieg*“ posthum veröffentlicht wurde, begann sich allmählich auch das Böll-Bild in der professionellen Böll-Rezeption im Rahmen der Debatte um Gesinnungsliteratur und Kunst zu wandeln. Die Frage – wie gut der Schriftsteller Böll wirklich war – wird neu diskutiert. Das Werk rückte ins Zentrum des Interesses. Der Feuilletonchef der „Zeit“ fasste die Richtung der neuen Fragestellung in der Böll-Forschung wie folgt zusammen: „Auf einmal findet jene Gesinnungsästhetik [...] in Heinrich Böll keinen Kronzeugen mehr. [...] Auf einmal wird die schlichte Tatsache sichtbar, daß er ein Dichter war, daß er Romane und Erzählungen schrieb, die sich nicht in der politisch-moralischen Botschaft erschöpfen, die man seinerzeit ausschließlich herausgehört hat.“²

Die zweite Richtung in der heutigen Böll-Forschung begreift Heinrich Böll in erster Linie als eine Persönlichkeit, einen Intellektuellen, der sich in das alltägliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland einmischte und eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeit spielte. Diese interdisziplinäre Richtung der Forschung hat im Zentrum ihrer Untersuchung die soziolo-

¹ Bernd Balzer: Schichten einer Persönlichkeit. Die erste umfassende Biographie Heinrich Bölls, <http://www.iasl.uni-muenchen.de/>.

² Die Zeit 28. 8. 1992.

gischen, philosophischen und politischen Aspekte seines Lebens und Schreibens. Sie versucht die Motive und den Hintergrund seines Schaffens zu entdecken und sein nicht-literarisches Engagement darzustellen. Der Zeitabstand von 20 Jahren nach Bölls Tod bietet gute Voraussetzungen für eine unvoreingenommene kritische Forschung. Die Situation wird leider verkompliziert durch den Streit um Bölls Nachlass und die Tatsache, dass die Erben nicht bereit sind, eine umfangreiche kritische Forschung mit Bölls Nachlass zu ermöglichen.

Meine Studie *„Intellektuelle und Politik am Beispiel von Heinrich Bölls Engagement in den 70er Jahren“* versteht sich als ein Teil der interdisziplinären Böll-Forschung. Es geht weder um eine Fragestellung aus dem Bereich der Literaturwissenschaft oder der Germanistik noch um eine chronologisch-biographische Darstellung Bölls Lebens. Ziel dieser Studie ist es, anhand der bestehenden Primär- und Sekundärliteratur, und auch meiner eigenen Forschung, das Bild eines der bekanntesten Deutschen des 20. Jahrhunderts nachzuzeichnen und sein Engagement im Bereich der Politik und der innenpolitischen Angelegenheiten vorzustellen. Im Zentrum meines Interesses stehen sowohl Bölls direktes parteipolitisches Engagement als auch sein Einfluss auf das politische Geschehen in der Bundesrepublik durch sein publizistisches Werk, seine Medienpräsenz und seinen Bekanntheitsgrad. Es geht um die Frage, wie und in welchem Maße Heinrich Böll das Geschehen in der Bundesrepublik in den 70er Jahren beeinflusste, und zwar positiv oder negativ. Stand er in Systemopposition zur Republik und setzte den Konflikt zwischen Geist und Macht in der Bundesrepublik fort? Oder ist es ihm gelungen, diese Kluft zu überbrücken?

Aufgrund der Fülle von Quellen und Literatur habe ich mich entschieden, meine Studie zeitlich zu begrenzen und Bölls Engagement in den 70er Jahren in den Mittelpunkt zu stellen. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik werden als schwerste Demokratieprobe des Landes bezeichnet. Sie stellen eine Zeitspanne dar, die nicht nur reich an dramatischen Ereignissen war (RAF und Terrorismuswelle), sondern sie markieren vielmehr auch eine neue Ära in der Innenpolitik. Nach mehr als 20 Jahren CDU-Dominanz fand 1969 ein Regierungswechsel statt. Statt der Rechten war jetzt die Linke in der Regierungsverantwortung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik bekam die SPD die Möglichkeit, ihre Politik als die stärkste Regierungspartei durchzusetzen. Die siebziger Jahre stehen also einerseits im Zeichen des neuen politischen Stils von Bundeskanzler Brandt („Mehr Demokratie wagen“), andererseits stehen sie zugleich im Schatten des Ter-

rorismus, der eine Welle von Angst und Hysterie und als Folge auch die Beschränkung einiger demokratischer Freiheiten mit sich brachte.

Heinrich Böll engagierte sich während der beiden wichtigsten Ereignisse. Seine Stimme war sowohl während der Wahlkampagne für Willy Brandt und die SPD, als auch während der Terrorismusdebatte zu hören. Er benutzte hierbei alle Mittel, die ihm als Schriftsteller und Intellektuellem zur Verfügung standen. Sein Bekanntheitsgrad erreichte in den 70er Jahren Ausmaße wie bei Spitzenpolitikern. Er schrieb Romane und Erzählungen, gab Sammelbände zum aktuellen Geschehen heraus. In seinen Reden und essayistischen Schriften brachte er seine Gedanken, Ansichten und Befürchtungen zum Ausdruck.

Um Missverständnisse zu vermeiden, führe ich am Anfang meiner Studie eine Definition des Begriffes „Der Intellektuelle“ an (Kapitel 2.). Es ging mir dabei vor allem darum, die Spezifika des Schriftstellers als eines Typus des Intellektuellen hervorzuheben und darum, auf die besondere deutsche Beziehung des „Geistes“ zur „Macht“ aufmerksam zu machen. Dieses Kapitel soll als Einführung in die Problematik meiner Studie verstanden werden.

In Kapitel 3. wird der ideologische Ausgangspunkt Bölls dargelegt sowie seine politischen Ansichten und deren Entwicklung vorgestellt. Im Zusammenhang damit ist es notwendig, sich auch mit dem Menschen Heinrich Böll zu beschäftigen, da sich sein Charakter und seine Wesensart in seinem politischen Engagement widerspiegeln. Von großer Bedeutung sind dabei seine Erlebnisse während der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges.

Kapitel 4. beschäftigt sich mit Bölls Engagement für bestimmte politische Parteien und Strömungen. Ich halte es für unvermeidlich, die Zeit der Außerparlamentarischen Opposition (Kapitel 4.1) und Bölls Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung (Kapitel 4.2) als Vorgeschichte zu seinem politischen Engagement in den 70er Jahren zu erwähnen. Diese Jahre, vor allem das Jahr 1968, brachten ihm eine große Bekanntheit in der Bevölkerung und bedeuteten den Anfang seines direkten Engagements in innenpolitischen Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl Heinrich Böll schon seit Ende der 60er Jahre die SPD indirekt unterstützte, nahm er erst 1972 an der Sozialdemokratischen Wählerinitiative teil (Kapitel 4.3). Ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre bis zu seinem Tod setzte sich Heinrich Böll für den Pazifismus und die ökologischen Bewegungen ein. Seine Unterstützung der neu gegründeten Partei der Grünen war deshalb zu erwarten (Kapitel 4.4).

Der größte Teil meiner Arbeit ist dem Engagement Heinrich Bölls in der Terrorismusdebatte gewidmet, die sich fast durch die ganzen siebziger Jahre hinzog. Trotzdem können einzelne Höhepunkte beobachtet werden. So veröffentlichte im Januar 1972 das Nachrichtenmagazin Der Spiegel Bölls Artikel über Ulrike Meinhof, der polemisch geschrieben wurde und die Debatte über das „Sympathisantentum“ von Intellektuellen mit dem Terror anheizte (Kapitel 5.1). Es entstand die Frage, ob einige Kreise der deutschen Intellektuellen und ihre Ansichten Ursache oder geistiges Umfeld von Anarchismus und Terrorismus waren (Kapitel 5.3). Der zweite Höhepunkt kam im Herbst 1977 (Kapitel 5.4). Je brutaler die terroristischen Angriffe waren, desto intensiver fahndete man nach den Ursachen. Für manche waren es die Intellektuellen, die den Staat vor der Demontage der demokratischen Freiheiten und Rechte warnten und die neue anti-terroristische Gesetzgebung als umstritten, unwirksam und missbrauchbar bezeichneten (Kapitel 5.4.1).

Im letzten Kapitel (Kapitel 6.) habe ich die Hauptgedanken und Erkenntnisse meiner Arbeit zusammengefasst und das kulturelle Vermächtnis Heinrich Bölls für die deutsche Gesellschaft dargelegt.

2. Schriftsteller als Intellektuelle

2.1 Begriffsbestimmung

Das Wort Intellektueller wurde im politischen Kontext der Dreyfus-Affäre geprägt. Für die deutsche Wortbedeutung war die ablehnende Bezugnahme auf die französischen Intellektuellen („nur verstandesmäßige Bildung“ im Gegensatz zur „Gemütsbildung“)³ zunächst ausschlaggebend. In der wissenschaftlichen Literatur setzten sich die Begriffe der Intelligenz und des Intellektuellen nur sehr zögernd durch. Hier mussten das ideologische Konzept des „Gebildeten“ des Bürgertums des 19. Jahrhunderts und die sozialwissenschaftliche Neuprägung des „geistigen“ Arbeiters ersetzt werden.⁴

In ihrer Funktion als Kritiker bestehender Sinndefizite oder als Hüter gefährdeter Sinnpotenziale beziehen die Intellektuellen zunächst ein Terrain, das die Aufklärer in ihrer Konzeption einer „bürgerlichen Öffentlich-

³ Brockhaus 1997 (Stichwort „Intellektuelle“).

⁴ Vgl. Ritter 1976, 455.

keit“ (Habermas) vorbereitet hatten.⁵ Seit der Französischen Revolution und im Zuge der romantischen und nationalistischen Kulturbewegungen nahm das öffentliche Hervortreten von Intellektuellen (vor allem Künstlern und Schriftstellern) ständig zu und fand Ende des 19. Jahrhunderts mit der Ausdehnung und Verbesserung der Druckmedien ein spezifisches Betätigungsfeld.

In der Literatur ist der Begriff „Intellektuelle“ oft sinnidentisch mit dem Begriff „Intelligenz“. Im allgemeinen Sprachgebrauch gilt er als Sammelbegriff für in der Regel akademisch ausgebildete Personen, die kritisch zu gesellschaftlichen Widersprüchen stehen und diese in ihren Werken thematisieren⁶ oder die aufgrund ihrer überdurchschnittlichen geistigen Begabung und entsprechenden Ausbildung imstande sind, in verschiedenartigsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Einfluss auszuüben.⁷ Im einem weiteren Sinne sind Intellektuelle akademisch Gebildete und in geistigen Berufen tätige Personen.

Im engeren Sinne bilden die Intellektuellen eine bestimmte Gruppe innerhalb dieser Schicht, denn „als geistig produktiv-schöpferische Kräfte der Gesellschaft müssen die Intellektuellen von den kulturell reproduzierenden oder nun konsumierenden Gebildeten unterschieden werden (z. B. Lehrer, Ärzte, höhere Beamte, Techniker)“.⁸ So kann der Begriff der Intellektuellen folgenderweise definiert werden: „Intellektuelle sind Personen, die in zweckfreier Geistestätigkeit oder in Verbindung mit einer beruflichen Verpflichtung, jenseits sozialer Eigeninteressen im Dienste humanitärer oder ästhetischer Ideale, in symbolischer Form (des Wortes, der Farbe, der Gestalt oder des Tones) die Probleme der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft menschlichen Individual- und Soziallebens zum Ausdruck bringen, das Bestehende und Erreichte kritisch beurteilen und nach neuen, dem Stande der sozialen und kulturellen Entwicklung adäquaten Werten und Antworten suchen.“⁹

Aus dieser Definition lassen sich folgende Merkmale der Intellektuellen feststellen¹⁰:

⁵ Brockhaus 1997 (Stichwort „Intellektuelle“).

⁶ Vgl. Fuchs-Heinritz 1994, 304.

⁷ Vgl. Das neue Fischer Lexikon in Farbe 1979 (Stichwort „Intellektuelle“).

⁸ Hillmann 1994, 379.

⁹ Ebd.

¹⁰ Vgl. Endruweit 2002, 249f.

1. Sie produzieren primär geistig-kulturelle Güter. (Sie üben eine geistige, künstlerische, akademische oder journalistische Tätigkeit aus.)
2. Sie sind unabhängig (freischwebend).
3. Sie werden im öffentlichen Leben als legitime symbolische Produzenten anerkannt. (Sie besitzen wegen ihrer Ausbildung und ihrer geistigen Tätigkeit eine herausgehobene Stellung in der Gesellschaft.)
4. Für diesen Intellektuellentypus ist ein eigenes Ethos charakteristisch, das meist in einem akademischen Kanon legitimer kultureller Werke wurzelt und das sich dem Anspruch nach an einer allgemeinen, universellen Moral orientiert.¹¹

Die Intellektuellen sehen sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts vor die Aufgabe gestellt, nicht in erster Linie aufgrund ihres Fachwissens, sondern vor allem aufgrund einer „sozialen Verantwortlichkeit“, den Stand der Gesellschaft und den Gang der sozialen Entwicklung kritisch zu reflektieren und unter Umständen auch korrigierend einzugreifen.¹² Unabhängig von den Unterschieden der sozial-ökonomischen Stellung gehört also zum Intellektuellen das Anliegen, Aufklärung und Sozialkritik pflegen zu wollen. Sie verstehen sich als politisches Sprachrohr für unterprivilegierte Gruppen, Schichten und Klassen. Da die Intellektuellen sich mit Problemen befassen, die über ihren eigenen sozialen Erfahrungs- und Verantwortungshorizont hinausgehen, fehlt ihnen meist die direkte Verantwortlichkeit für die konkrete Entscheidung und Aktion zu dem von ihnen angesprochenen Sachbereich. Sie verfügen nur sehr begrenzt über Information aus erster Hand. Ihre soziale Funktion liegt darum – im Gegensatz zu gebildeten und Fachexperten – nicht in erster Linie in der Umsetzung ihres Wissensanspruchs in praktische Herrschaftsausübung, sondern „in ihrer Bedeutung als Kultur- und Gesellschaftskritiker“.¹³ Diese oft gepriesene kritische Funktion der Intellektuellen wird aber auch oft als der größte Nachteil des Intellektuellendaseins betrachtet – sie werden auch als „zersetzend“ angesehen und es wird ihnen vorgeworfen, dass sie ohne

¹¹ Nach Julien Benda (Benda 1988) ist das Amt der Intellektuellen der Verteidigung ewiger, universeller und interessefreier Werte verpflichtet. Vom Verrat der Intellektuellen spricht Benda da, wo Intellektuelle sich zugunsten einer exklusiven und partikularen National-, Volks-, Rassen- oder Klassenidentität engagieren. Für Jean-Francois Lyotard (Lyotard 1985) ist die „Idee der Universalität“ die Legitimationsbedingung der Intellektuellen.

¹² Vgl. Brockhaus 1997.

¹³ Hillmann 1994, 379.

Verantwortung für die Praxis und ohne Kenntnisse aus realer Erfahrung Kritik üben und oft deshalb als permanenter Störfaktor wirken. Ihre Kritiker halten insbesondere Willens- und Charakterstärke, Urteilskraft, praktische Erfahrung und Klugheit für wichtiger als „die Logik des Absoluten“, die M. Barres den Intellektuellen schon 1898 vorwarf.¹⁴

2.2 Der freie Schriftsteller als Musterbeispiel des kritischen Intellektuellen

Als Geburtsstunde des Schriftstellers als Intellektueller gilt die Intervention von Emil Zola in der Dreyfus-Affäre. Am 13. Januar 1898 veröffentlichte die Zeitung *L'Aurore* seinen offenen Brief *J'accuse*, mit dem er den Staatspräsidenten und die obersten Staatsorgane anklagte. Entscheidend war indes, dass durch *J'accuse* nicht nur die Staatsorgane provoziert wurden, sondern auch wie Joseph Jurt betont „die Intellektuellen sich als spezifische Gruppe zum ersten Mal artikulierten“¹⁵.

Am Tag nach *J'accuse*, am 14. Januar 1898, erschien unter der Überschrift *Une protestation* in *L'Aurore* ein Aufruf, der von mehreren Schriftstellern, Hochschullehrern, Künstlern und Journalisten unterzeichnet war und unter der Bezeichnung *Manifeste des Intellectuels* in die Geschichte einging. Ein neues Faktum stellte die kollektive Natur des Protestes dar, die „das elitäre Prinzip der großen Namen mit dem demokratischen vereinte“¹⁶. Ohne Rangunterschied setzten viele noch unbekannte Schriftsteller ihre Unterschrift neben diejenige Zolas, Anatole France', Marcel Prousts, Andre Gides.

Mit der Dreyfus-Affäre entstand ein neues Modell der politischen Intervention, das für das ganze zwanzigste Jahrhundert wegweisend sein sollte. Bei späteren kollektiven Mobilisierungen der Intellektuellen berief man sich auf dieselben Werte, folgte demselben Prinzip. „Seit Zolas Flugschrift greift die Öffentlichkeit unmittelbar selbst ein. Sie schreibt Protest- und Glückwunschbriefe an den Verfasser, sammelt Unterschriften und reicht Petitionen an die Regierung ein, sie organisiert sich, geht auf die Straße.“¹⁷ Von der Dreyfus-Affäre an werden mit dem Begriff des kritischen Intellektuellen häufig gerade die Schriftsteller gemeint. Um als kritische Intellektuelle genannt zu werden, müssen sie folgende Merkmale erfüllen¹⁸:

¹⁴ Ritter 1976, 455.

¹⁵ Jurt 2000, 109.

¹⁶ Ebd., 110.

¹⁷ Jäger 2000, 15.

¹⁸ Ebd.

- Ein Schriftsteller setzt sein Ansehen ein, um sich in einem konkreten Fall politisch zu engagieren.
- Er tut dies im Namen allgemeiner aufklärerischer Werte wie der Wahrheit (in einem Artikel im Figaro vom 25. November 1897 heißt es: „La vérité est en marche, et rien ne l'arrêtra.“) und der republikanischen Grundwerte (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit).
- Der Schriftsteller bedient sich der Medien, um Öffentlichkeit herzustellen, und setzt dabei spezifische publizistische und rhetorische Mittel ein (Offener Brief, Appell, Erklärung, Resolution, Gruppenmanifest).
- Der Schriftsteller ist verantwortlich für sein Engagement, indem er persönlich die Konsequenzen trägt (Verurteilung, Exil).

Ein weiteres Element, das in der Dreyfus-Affäre angelegt wurde, war der internationale Charakter des Kampfes für Menschenrechte. Der Kampf der Dreyfusards fand eine große Resonanz in der ganzen Welt, wovon die zahlreichen Briefe zeugten, die Zola und Dreyfus bekamen. In den Ländern, in denen Frankreich seit der Französischen Revolution als Vorbild galt, übernahm man die Bezeichnung Intellektuelle und die entsprechenden Verhaltensmuster. Zwei Ausnahmen stellten die Entwicklung der Intellektuellen in Russland¹⁹ und Deutschland dar.

2.3 Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland

2.3.1 *Die Stellung der Intellektuellen in Deutschland bis 1945*

Zur Zeit der Französischen Revolution unterschieden sich die deutschen Intellektuellen kaum von denen in anderen europäischen Ländern. Im Mittelpunkt stand das aufklärerische Ziel der Durchsetzung des Freiheitsprinzips und der individuellen Freiheiten. Aber schon in der jakobinischen Phase der Revolution habe die deutsche Intelligenz eine spezifisch politische Richtung ausgebildet, für die Kritik am westlichen Verfassungsbegriff, am liberalen Wirtschaftssystem und an der beginnenden technischen Revolution charakteristisch sei. „Der Staat wird nicht als Prozess verstanden, der nach einem Verfassungsprinzip abläuft, sondern als Organismus

¹⁹ Die Bedeutung und Funktion der russischen „Intelligencija“ waren immer umstritten, besonders um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Gemeinsam war der „Intelligencija“ eine geistige Grundhaltung: Opposition und Kritik gegen die Dreifaltigkeit von Autokratie, Orthodoxie und Volkstum.

und in der Rückbindung an politische und theologische Traditionen.“²⁰ Diese Bewegung begann mit der politischen Romantik und endete erst mit dem Nationalsozialismus.

Eine kurze Unterbrechung stellte das Jahr 1848 mit dem liberalen Parlament in der Paulskirche dar. Die spezifische deutsche Lage spiegelte sich auch in der Beziehung der Intellektuellen zu dem neu entstandenen deutschen Staat wider. Ganz in der Tradition des Obrigkeitsdenkens pries man den neuen Machtstaat und entwickelte gleichzeitig eine strikte Trennung von Moral und Politik, von Innerlichkeit der Bildung und Realpolitik sowie von unpolitischer Literatur und politischem Engagement. Es war auch wichtig, dass der neue deutsche Nationalstaat direkt auf das in Deutschland bekanntlich später auftauchende Klassenproblem traf.

Die Sozialistengesetze machten die politische Formierung der Linken auf Jahre hinaus unmöglich, was eine Spannung in den Reihen der linken Intellektuellen verursachte und auch negativ auf die Entwicklung der Rechtsintelligenz wirkte, die aus Mangel an einem starken Gegner nicht zu einer vernünftigen Selbstverständigung gefunden hatte. „Wer sich als Intellektueller links engagierte, konnte kaum anders als international und das heißt marxistisch votieren.“²¹ In dem Maße, wie die Linksintelligenz nicht national war, war die Rechtsintelligenz nicht sozial.

Für die Intellektuellen in der Weimarer Republik galt das Paradox „eines politischen Engagements unpolitischer Intellektueller“²². Das politische Engagement der deutschen Intellektuellen war zwar in dieser Zeit stark, es richtete sich aber gegen die Politik in der westeuropäischen Wortbedeutung. Die Front gegen die Weimarer Republik verband bekanntlich die radikale Rechte mit der radikalen Linken.

Während der NS-Zeit hielten sich die Intellektuellen in ihrer Mehrzahl leider nicht vom Nationalsozialismus fern. Am Anfang hatten ihn nicht wenige (sogar) begrüßt²³. Erst nach der Niederlage bei Stalingrad veränderte sich die Lage und die Intellektuellen begannen, sich vom NS-Regime nach und nach zu distanzieren.

²⁰ Greiffenhagen 1968, 36.

²¹ Ebd., 37.

²² Ebd.

²³ Unter ihnen z. B. Gottfried Benn, Martin Heidegger, Martin Niemöller.

2.3.2 Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945

Die Situation nach 1945 eröffnete neue Wege, denn die Tradition einer spezifisch deutschen Politik mit ihrer Front gegen westliches Verfassungsdenken war zusammengebrochen und im Inneren diskreditiert. Das geistige Klima unterschied sich wesentlich von dem von 1918. Politisch gesehen stand der „Geist“ in Deutschland zum ersten Mal eher links als rechts. Auch in der praktischen Politik schien man sich zuerst eher links als rechts orientieren zu wollen.²⁴ Der Rechtsintellektualismus in Deutschland schien am Ende zu sein.

Charakteristisch für die Intellektuellen in den ersten Nachkriegsjahren sind folgende Merkmale:

1. allgemeine Aufbruchsstimmung und Wille zum politischen Engagement²⁵
2. a) Illusion von der „Stunde Null“ und der Möglichkeit einer autonomen Neugestaltung Deutschlands
b) Distanz zu Gesellschaft und Politik, die sich nach dem Verlust der Illusion einer „Stunde Null“ entwickelte (Restaurationsthese)
3. Phänomen der Krisenbewusstseins der Intellektuellen

Für diese Jahre stellen viele Untersuchungen eine zunehmende Kritik an der Bundespolitik und neue Formen von politischem Engagement der intellektuellen Kreise fest. Destruktives Verhalten und ideologische Verwirrung wurden den Intellektuellen ebenso vorgeworfen, wie ihr Anteil an der wachsenden Entfremdung zwischen der geistigen und der politischen Sphäre. Ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre artikulierten sich die Spannungen zwischen den Intellektuellen und der politischen Sphäre immer häufiger auch in der Teilnahme an politischen Bewegungen und Protestaktionen.

Als wichtige Wendepunkte im Verhältnis zwischen bundesrepublikanischen Intellektuellen und Politikern wurden oft die Spiegel-Affäre²⁶ und der Kampf gegen die Notstandsgesetze genannt. Erst seitdem hätten sich die Intellektuellen wirklich als ein Gewissen der Nation erwiesen.

²⁴ Vgl. das Ahlender Programm der CDU vom Jahre 1947.

²⁵ Auffassungen, die den Intellektuellen eine Enthaltung von Politik auferlegten, waren eine Ausnahme. Zu diesen gehörte Julien Bendas Buch *La trahison des clercs*, das zwar schon 1927 herausgegeben wurde, aber erst 1946 erschien. Eine deutsche Übersetzung und der Text wurde in deutschen Zeitschriften veröffentlicht. Benda plädierte für eine scharfe und strikte Trennung zwischen den intellektuellen und politischen Bereichen. Die ausschließliche Aufgabe der Intellektuellen sei die Wahrung der Freiheit, Gerechtigkeit, Humanität und der Vernunft. In literarischen Kreisen wurde eine ähnliche Position von Stefan Andreas und Gottfried Benn vertreten. Vgl. dazu Andreas 1948, 129–139 und Benn 1984, 505–535.

²⁶ Vgl. Seifert 1966.

Ein weiteres Merkmal, das diese Zeitperiode kennzeichnet, ist der Versuch der Intellektuellen, Einfluss auf die politische Entwicklung in der Bundesrepublik zu nehmen, indem sie sich zur parteipolitischen Sphäre hinwenden. Die Zuwendung der Schriftsteller und Intellektuellen zur SPD stellt den Wendepunkt von den fünfziger zu den sechziger Jahren dar. Viele Intellektuelle verbanden die Möglichkeit einer Änderung der Regierungspolitik primär mit einem Wechsel der führenden Akteure, deshalb begannen sie zögernd, die SPD zu unterstützen. „Während in den fünfziger Jahren die Geistigen eine antiideologische Haltung als gemeinsame Basis gehabt hätten, sei in den sechziger Jahren das Bild der freischwebenden Intellektuellen nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen. Bei allen Vorbehalten hätten die Schriftsteller und Intellektuellen jetzt Anlehnung an die SPD gesucht und damit einen aktiven Anteil am politischen Geschehen genommen.“²⁷ Carlo Schmidt rief ausdrücklich in seiner Rede „Über die Intellektuellen und die Demokratie“ die Intellektuellen auf, sich parteipolitisch zu engagieren, was die Demokratie stärken würde.²⁸ Interessant ist die Tatsache, dass die SPD trotz der „totalen Mobilmachung“ der Intelligenz alle Wahlen bis 1972 verlor. Die Ursache lag laut Anton Böhm in der Entfremdung der Intellektuellen vom Volk. Bislang hätten die Intellektuellen immer großen Wert auf Distanz zum Volke gelegt und dessen Bedürfnis nach Sicherheit und Wohlstand verspottet.²⁹ Das Verhältnis der Union zu den Intellektuellen war auch in dieser Phase von „tiefen Gräben“ bestimmt. Es ist ihr nicht gelungen, das Urteil eines latenten Anti-intellektualismus loszuwerden. Aber auch das Verhältnis der Intellektuellen zur SPD war nicht problemlos. Einige Ziele der Intellektuellen, z. B. die Deutschlandfrage, stimmten nämlich auch nicht mit der offiziellen Parteilinie überein.

Das Krisenbewusstsein und das Krisengefühl der Intellektuellen, die in den Nachkriegsjahren in der Isolierung und dem Glaubensverlust ihre Wurzeln hatten, fanden in den späteren Jahren andere Ursachen. Eine fortschreitende Entfremdung der Intellektuellen von der realen Politik in der Ära Adenauer und ihr Verlangen nach einer neuen Utopie waren die größten Faktoren dieser Krise. In der Unsicherheit der Intellektuellen und ihrem Wunsch nach einer neuen umfassenden Weltanschauung glauben

²⁷ Vgl. Müller 1982, 70.

²⁸ Vgl. Schmidt 1958.

²⁹ Vgl. Böhm 1965, 7–10.

einige Arbeiten³⁰ die Erklärung für die Hinwendung vieler Intellektueller zum Kommunismus zu finden. Der Begriff „Linksintellektuelle“ wurde sehr populär und zum primären „Sündenbock für Zeiterscheinungen“³¹ erklärt. Die Intellektuellen wurden als „schwärmerische Sektierer“³² diffamiert. Mit der steigenden intellektuellen Kritik an den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland nahm auch die kritische Sicht auf die Intellektuellen zu. Diese wiesen auf die Unmenschlichkeit des Wirtschaftswunders, die Härte des Konkurrenzkampfes und das reine Konsumdenken der Deutschen sowie auf den sturen Antikommunismus und die Feindschaft gegenüber dem Ostblock hin. Der zunehmende Antagonismus zwischen der intellektuellen Sphäre und der offiziellen Regierungspolitik wurde in der Zeit des Kalten Krieges als latente Gefahr bewertet. Helmut Schoeck sah durch eine „politisch hilflose Intelligenz“ bereits die Freiheit der westlichen Demokratie in Gefahr und „den Einfluss des Kremls“ spürbar.³³ Den Intellektuellen wurde oft „die Blindheit auf dem linken Auge“ vorgeworfen. Eine intensive marxistische Reflexion in der Öffentlichkeit war jedoch bis zu der Zeit der APO ein Tabu. Hierin sehe ich eine der Ursachen für die Radikalisierung der Linken in den späten 60er und vor allem in den 70er Jahren, die noch weiter die Position der Linken schwächte. Im Zusammenhang mit dem Terrorismus wurde in den 70er Jahren die Frage diskutiert, inwieweit Utopien auch zur Gewalt führen können, inwieweit sie also in Verantwortung für gesellschaftliche Fehlentwicklungen genommen werden können. Während ein Teil der Forschung (z. B. Sontheimer) die geistige Ferne der Intellektuellen zur Bundesrepublik beklagte, warnten andere (z. B. Bergsdorf) im Zusammenhang mit dem Engagement vieler Intellektueller für die SPD vor einer zu großen Nähe von Geist und Macht.

Spätestens in den 80er Jahren aber kam bei den Intellektuellen das Gefühl auf, das von der „Katastrophenrhetorik“ begleitet wurde, dass ein Engagement mit dem Ziel der Veränderung der Gesellschaft gar keinen Sinn mehr habe, da man sich bereits am Ende der Geschichte, im „Post-histoire“ befände.³⁴ Die problematische Macht der Medien wurde nun zum

³⁰ Vgl. z.B. Aron 1957; Deuerlein 1958, 35–50; Diemel 1958, 31–38.

³¹ Franz 1965, 283, hier zit. nach: Pape 2000, 312.

³² Zöller 1959, 48.

³³ Vgl. Schoeck 1959, 301–335.

³⁴ Luckscheiter 2000, 325.

zentralen Thema und scheint die bisherige Frage nach dem Verhältnis von Geist und politischer Macht abzulösen.

2.4 Fazit

Insgesamt scheint der Begriff des Intellektuellen auch heute noch kaum der ideologisch-polemischen Verwendung entwachsen zu sein. Sowohl von Rechts wie von Links kommt die Polemik gegen den vermeintlich zu großen oder auch zu geringen Einfluss der Intellektuellen auf das öffentliche und politische Leben. Als Selbstbezeichnung unter Gebildeten ist der Intellektuelle seit Entstehung des Begriffs im Rahmen der Dreyfus-Affäre „ein Indikator für die vollzogene Integration in einen emanzipatorischen Prozess der Verwirklichung des bürgerlichen Freiheitspostulats oder für die Selbstermächtigung zur Führungsrolle in der politischen Organisationspraxis“.³⁵ Die wichtigsten Merkmale des kritischen Intellektuellen sind seine soziale Unabhängigkeit, seine Freiheit von Positioneninteressen und sein eigenes moralisches Ethos, das in den allgemein anerkannten kulturellen Werten angesiedelt ist und nach einer universellen Moral strebt. Der freie Schriftsteller kann als ein Musterbeispiel des kritischen Intellektuellen bezeichnet werden. Durch die Trennung von seiner institutionellen Verortung im Dienste des Staates und der Kirche im 18. Jahrhundert bekam er die Freiheit, die Unabhängigkeit und den Abstand von der Macht des Staates, ohne seinen Ruhm und seinen Einfluss auf die Öffentlichkeit zu verlieren. Er beherrscht und betreibt zugleich sehr gut die Kunst des öffentlichen Wortergreifens, was ihm einen großen Vorteil bei der Mitwirkung an der öffentlichen Debatte gibt.

Für Deutschland war bis 1945 eine scharfe Trennung zwischen Geist und Macht, zwischen den Intellektuellen und der Politik charakteristisch. Wohin diese Trennung zwischen Geist und Macht führen kann und welche fatalen Folgen sie haben kann, zeigt uns die deutsche Geschichte. Diese Haltung der Intellektuellen endete erst mit der Niederlage des NS-Regimes. Seit 1945 stehen die Intellektuellen in der Bundesrepublik im Allgemeinen auf dem Boden der Verfassung. Sie wollen den Verfassungsstaat und die Demokratie und sie lehnen es nicht mehr ab, sich politisch zu engagieren.

Gelang es auch Heinrich Böll diese traditionelle Kluft zwischen Geist und Macht zu überbrücken? Oder setzte er diesen Gegensatz

³⁵ Ritter 1976, 458.

durch sein Engagement fort? Diese Fragen versuche ich in den folgenden Kapiteln meiner Studie zu beantworten.

3. Heinrich Bölls politische Ansichten und ihre Entwicklung

Böll war ein Schriftsteller, der sich von niemandem vorschreiben ließ, wie und worüber er schrieb und sprach. Er erkannte den traditionellen Unterschied zwischen Dichtung und Nicht-Dichtung nicht an. Für ihn war alles, was er schrieb, ein Stück subtiler Literatur, eine Rede für eine Kundgebung genauso wie ein Roman. Dabei widersprachen seine zahlreichen politischen Überlegungen keineswegs seinem literarischen Anspruch. Sie waren ihm in hohem Maße literaturwürdig. Obwohl er nicht als Historiker, Politologe oder Soziologe vorgebildet war, scheute er sich nicht als engagierter und betroffener Bürger in die Bereiche solcher Fachleute einzudringen.

Böll stand der gesellschaftlichen Restauration, die ihren Höhepunkt in der Wiederaufrüstung 1955 fand, ebenso kritisch gegenüber wie dem Wirtschaftswunder und dem Beginn des Kalten Krieges. In den sechziger Jahren verschärfte sich Bölls publizistisches Engagement zunehmend und war anfangs vor allem gegen die katholische Kirche gerichtet.³⁶ Da Böll in seinen Werken thematisch immer kritisch die Entwicklung der Nachkriegsgesellschaft begleitet hatte, wurde er immer mehr zu einer moralischen Instanz und zum Gewissen der Nation.³⁷ Die Rolle, die er in den Sechzigern und vor allem den Siebzigern in der Bundesrepublik übernehmen sollte, zeichnete sich bereits ab.

Es ist unmöglich, Bölls Denken auf eine oder selbst mehrere Richtungen festzulegen. Er sympathisierte mit vielen, gehörte aber keiner ganz an. Dies gilt sowohl für philosophische oder ökonomische Systeme und Schulen, als auch für politische Parteien oder Vereine. Eine Ausnahme ist der PEN, dem er als Schriftsteller angehörte und dessen Präsident er von 1971 bis 1974 war. Er entwickelte weder ein eigenes Weltbild, noch folgte er einem fremden, aber es gab einige sehr genau umrissene und immer wieder geäußerte Grundansichten, die sein aktives Nachdenken bestimmten.

³⁶ Diese Auseinandersetzung fand in seinem Roman „*Ansichten eines Clowns*“ ihren Niederschlag.

³⁷ Vgl. Köllerer 1991, 10.

Er glaubte an die Gleichwertigkeit und das gleiche Recht aller Menschen, an das Humane in ihnen.

Sein Leben und Schreiben wurden durch die Kongruenz zwischen Moral und Ästhetik (Ästhetik der Humanen) gekennzeichnet. Auch Anarchismus (Herrschaftslosigkeit), Kommunismus und Urchristentum gehörten dazu. Das Gesamtbild wäre nicht komplett, wenn man seine Kindheit und die Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegsjahre nicht berücksichtigen würde.

3.1 Die prägenden Phasen in Bölls Vita

3.1.1 *Seine Kindheit*

Seine Kindheit war hauptsächlich mit einer Atmosphäre der Intimität, der Nähe und Vertraulichkeit bestimmt. Böll wurde im katholischen und kleinbürgerlichen Milieu erzogen. Von hier aus kann auch seine Ablehnung und Bekämpfung jeglicher Art von institutionalisierter Macht verstanden werden. „Böll schöpft seine utopischen Sehnsüchte aus der Erinnerung an eine als heil empfundene Kindheit.“³⁸ Er setzte die kleine überschaubare Welt seiner Familie gegen die bürokratische, unüberschaubar gewordene moderne Welt. Nach Linder radikalisierte sich Böll umso weiter, je mehr sich die Gesellschaft von den Werten seiner Kindheit entfernte. War sein Engagement in den fünfziger Jahren noch gemäßigt, trat Böll zwanzig Jahre später ohne jegliche persönliche Rücksicht für Gruppen ein, die seiner Meinung nach in der Gesellschaft nicht zu Wort kommen konnten.³⁹

Das in Kindheit und Jugend zweimal erlebte „Gefühl des ohnmächtigen Ausgeliefertseins“⁴⁰, während der Wirtschaftskrise und der Naziherrschaft, hatte sich tief in seinem Bewusstsein verankert. Die Kriegszeit erschien ihm als „Lehrzeit für Schwarzmarkt und Diebstähle danach“⁴¹. Dies entsprach seiner völlig entheroisierenden Auffassung des Krieges. Bölls Attribute für den Krieg lauteten: „lächerlich, widerlich, sinnlos“⁴² und waren zweifellos durch seine eigenen Kriegserlebnisse bedingt, die seine tiefste pazifistische Gesinnung stark geprägt hatten.

³⁸ Herlyn 1996, 70.

³⁹ Lindner 1986, 172 ff.

⁴⁰ Vgl. Falkenstein 1996, 21.

⁴¹ Schröter 1982, 59.

⁴² Lindner 1986, 99.

3.1.2 Die NS-Zeit

Böll sah eine Kontinuität zwischen der Zeit des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik Deutschland. Nach seinen Aussagen fand kein tiefer Bruch zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik Deutschland statt, weder in der gesellschaftlichen oder ökonomischen Gestaltung noch in der Mentalität der Bevölkerung. Böll beschrieb die Lage in der Bundesrepublik 1960 folgendermaßen: „Auf eine Frage des Besuchers: ‚Was unterscheidet die Menschen hier eigentlich von denen im Jahre 1933?‘ hatte ich mit einem ‚Natürlich nichts‘ beantwortet, dann eine winzige Korrektur hinzugefügt: es geht ihnen wirtschaftlich besser als denen damals. Die Frage: ‚Gibt es noch Nazis in diesem Land?‘ Meine Antwort: ‚Natürlich, hatten Sie erwartet, ein nacktes Datum, der 8. Mai 1945, habe die Menschen verwandelt?‘“⁴³ Er glaubte nicht an einen Neubeginn in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg. In seinen Äußerungen setzte sich der Eindruck durch, die Veränderungen seien nur gradueller Art gewesen. Der Rest der Hoffnung auf einen Neuanfang wurde ihm durch die Notstandsgesetze genommen. In seinen Notstandsnotizen schrieb er: „An den Kriegsgefangenen B., der dort im Herbst 1945 aus der Gefangenschaft (und damit auch aus der deutschen Wehrmacht) entlassen wurde: ein Anfang voller Hoffnung. Und ein Ende dieser Hoffnung im Mai 1968.“⁴⁴

Böll sah auch eine Parallele zwischen der NSDAP und der CDU: „So wurde z. B. im Jahr 1940 Bölls Mutter von einem „jungen Streber“ an die Nationalsozialisten denunziert, aber dank eines einsichtigen Ortsgruppenleiters nicht belangt, und gerade dieser junge Streber, ein wenig älter, wenn auch nicht klüger geworden, war im Jahr 1946 einer der Favoriten der CDU fürs Stadtparlament [...]“⁴⁵ Böll stand mit seiner Leugnung eines Neubeginns im Gegensatz zu wissenschaftlichen Aussagen⁴⁶ seiner Zeit und seine These war zu seinen Lebzeiten angesichts der damaligen Forschung nicht haltbar. Die Geschichtsforschung der letzten zehn Jahren zeigt aber, dass Böll aufgrund seiner persönlichen Erfahrung die Realität der Bundesrepublik besser und richtiger beschrieben konnte als die damalige Historiographie, und liefert uns zugleich Beweise, dass Bölls Skepsis über die „Stunde Null“ gerechtfertigt war.

⁴³ AKR, 432.

⁴⁴ NPLS, 24f.

⁴⁵ AKR, 435.

⁴⁶ Vgl. Grosser 1978, Haffner 1980 oder Schäfers 1976.

Für das Denken und Arbeiten Heinrich Bölls war „das Trauma der Jahre 1933–1945 entscheidend für das Erlebnis der Gegenwart“.⁴⁷ Böll wurde bis zu seinem Tod von der Zeit des Nationalsozialismus, des Krieges und der Nachkriegszeit geprägt. Sein Denken war diesen Erfahrungen verhaftet, selbst wenn seine Werke die Gegenwart als Thema hatten. „Die Welt Bölls ist sehr begrenzt in der Zeit. Es ist das Deutschland der letzten Kriegsjahre, der Besetzung und des Wirtschaftswunders.“⁴⁸ Der Faschismus war ein Fixpunkt seines Denkens. Seine Abneigung gegen das Militär entsprang dem Missbrauch der Soldaten in der NS-Zeit. Seine „linke“ politische Gesinnung hatte bestimmt ihre Wurzeln in den 30er Jahren, als es vorwiegend die Linken waren, die gegen Hitler kämpften. Seine Ablehnung der Konservativen war ein Resultat seiner Überzeugung, dass diese den Nazis den Weg bereiteten. Die Kraft dieser Erlebnisse blieb ungebrochen. Dies zeigte sich auch in der Verteidigung der Ulrike Meinhof, die er mit Widerstandskämpfern im Dritten Reich gleichsetzte.⁴⁹ Böll sah es als eine große Schwäche der Bundesrepublik, dass sich ihre Bürger mehr dem Wiederaufbau und dem eigenen Wohlstand widmeten, als der Vergangenheitsbewältigung, die praktisch nur von Intellektuellen gehuldigt wurde. Man darf aber nicht vergessen, dass Reue und Neubeginn für viele Bürger eine individuelle Angelegenheit sein konnten.

3.1.3 Die Nachkriegsjahre

Einen weiteren entscheidenden Einfluss übten auf Böll die unmittelbaren Nachkriegsjahre aus. Das Leben in Trümmern, das alltägliche Elend, die Erfahrungen auf dem Schwarzmarkt sowie die zerstörte Gesellschaftsordnung beeinflussten ihn sehr. „Jeder besaß das nackte Leben und außerdem was ihm unter die Hände geriet: Kohlen, Holz, Bücher, Baumaterial. Jeder hätte jeden mit Recht des Diebstahls bezichtigen können. Wer in einer zerstörten Großstadt nicht erfror, musste sein Holz oder seine Kohlen gestohlen haben, und wer nicht verhungerte musste auf irgendeine gesetzeswidrige Weise sich Nahrung verschafft haben oder sich beschaffen lassen haben.“⁵⁰ Die Erfahrung mit dem Schwarzmarkt und Diebstählen in den

⁴⁷ Lengning 1977, 42.

⁴⁸ Ebd., 58.

⁴⁹ Böll, Heinrich: Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit, Der Spiegel Nr. 3 (1972).

⁵⁰ Schröter 1982, 59.

unmittelbaren Nachkriegsjahren zeigten Böll, dass „die bürgerlichen Gesetze von Eigentum“ überschreitbar sind, was er später als die positive und befreiende Erfahrung reflektierte und als „die Provokation der Besitzlosigkeit“⁵¹ bezeichnete. Böll sympathisierte mit dieser „Gesellschaft von Besitzlosen und potentiellen Dieben“, weil er darin den Ansatz zu „etwas Klassenlosem“ erkennen zu können vermeinte.⁵² Er wollte das nicht anarchistisch nennen, das wäre zu bewusst, aber, wie Klaus Schröter richtig bemerkt, hätten doch Bölls Beobachtungen aus dem Krieg und Nachkrieg gerade Elemente des Anarchismus bevorzugt wahrgenommen.⁵³

3.2 Bölls politische Gesinnung

Böll war ein „bewusster und überzeugter Bürger der Bundesrepublik Deutschland“⁵⁴ und als solcher nahm er am politischen Geschehen aktiv teil, ohne je einer Partei angehört zu haben. Böll sprach sich also ziemlich klar gegen den Kapitalismus aus, aber zugleich auch gegen „den kryptokolonialistischen Kommunismus des Ostens“⁵⁵. Er kritisierte das reine Konsumdenken, das sich sowohl im Westen, als auch im Osten verbreitete, und die Ungleichheit der Menschen im materiellen Sinne. „Die neue Ungleichheit begann in Deutschland bereits mit der Währungsreform. Aktien, Renten und Geld wurden unterschiedlich abgewertet, der Grund und Hausbesitz des Adels meist überhaupt nicht.“⁵⁶ Diese Ungleichheit der Menschen durch Besitz nahm in den folgenden Jahren zu und schuf Machtkonstellationen, gegen die er scharf protestierte. „Unsere Kollektivschuld nahmen wir nicht am 30. Januar 1933 auf, nicht an einem der Daten bis zum 8. Mai 1945, sagte Böll in seiner Rede *Wo ist dein Bruder?*⁵⁷, eine Kollektivschuld gibt es erst seit dem Tag der Währungsreform, seit diesem Tag stehen die Signale immer auf Grün für die Starken, immer auf Rot für Schwachen, die den Dschungel nie durchqueren können. Wir stützen uns auf eine recht fragwürdige Eigenschaft, auf das, was wir Vitalität nennen: Wir haben

⁵¹ Interviews I, 638.

⁵² Literaturmagazin 7, 1979 (das neue Buch), 57 hier zit. nach Schröter 1982, 60.

⁵³ Schröter 1982, 60.

⁵⁴ ESR 3, 172.

⁵⁵ ESR 2, 337.

⁵⁶ ESR 3, 135ff.

⁵⁷ Diese Rede hielt Böll am 8. 3. 1956 in Bonn im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit“, aufgenommen in die Sammlung Böll, Heinrich: Zur Verteidigung der Waschküchen 1985, 163–174.

den Paragraphen erfunden, der es uns erlaubt, unsere Liebe von der Steuer abzusetzen und die Kultur auf das Unkostenkonto zu verbuchen.“⁵⁸ Nach Böll begann mit der Währungsreform der Ausverkauf von Schmerz, Erinnerung und Verantwortung.

Im fast gleichen Maße, wie Böll das Bild der Bundesrepublik schwarz malte, benutzte er beim Schildern des Bildes vom anderen Teil Deutschlands meistens klare Farben und gab oft ein zu positives Bild von der DDR ab. Seine Argumentation ähnelte in manchen Fragen der Argumentation der extremen Linken. Ihm wurde oft vorgeworfen, dass er eine Gefahr von links übersah oder nicht sehen wollte und sein Potenzial dem Kampf gegen den alten Gegner widmete. Böll akzeptierte zwar weder die westliche noch die östliche Form der Herrschaft, doch „seine Reizschwelle wäre bei Mängeln im Westen eindeutig niedriger als im Osten“ gewesen.⁵⁹ Charakteristisch für Bölls Kritik an der Politik und Gesellschaft war, dass er die Bedrohung der Bundesrepublik nur von der rechten Seite, von Rechtsradikalen befürchtete. „Ich sehe die Bundesrepublik nicht von links bedroht.“⁶⁰ So setzte er sich für Solschenizyn ein, attackierte aber andererseits nur halbblau die Fehler im Ostblock, obwohl er den subjektiv empfundenen Mängeln innerhalb der westlichen Ordnung seine ganze Kraft widmete.⁶¹ Diese galt vor allem für die Zeit bis 1972, nach der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten (Ostpolitik) wurde Bölls Kritik an der Sowjetunion lauter und Böll wurde in diesen Ländern auf den Index gesetzt. Insgesamt lässt sich feststellen, dass Böll zwar nicht auf einem Auge blind war, doch die Sehstärke schien etwas unterschiedlich entwickelt zu sein. Trotz allem hatte für ihn das sozialistische Gesellschaftsmodell mehr positive Faktoren als das westliche kapitalistische. Diese Überzeugung hatte ihre Ursprünge in seinen Erlebnissen während der NS-Herrschaft. Er war überzeugt, dass die Rechte, der Kapitalismus, Konservatismus und Nationalismus die tragischen Entwicklung Deutschlands ermöglicht hatten.

Die Entwicklung seiner politischen Position ging von einer bürgerlich-demokratischen Position aus, die eine Zunahme an Aussagen gegen die reale sozialistische Ordnung begleitete. Günther Wirth fasste Bölls Positionen aus marxistisch-leninistischer Sicht in den 70er Jahren zusammen, sie

⁵⁸ Heinrich, Böll: Wo ist dein Bruder, zit. nach: Nordbruch 1994, 19.

⁵⁹ Ulsamer 1987, 150.

⁶⁰ Interviews 1, 723.

⁶¹ Ulsamer 1987, 150.

zeigen deutlich, dass Bölls Weltwahrnehmung nicht schwarzweiß war: „1966/67 bis 1972 (mit einer gewissen Zäsur 1969/1970): Militante bürgerlich-demokratische Positionen (gegen die Große Koalition bis 1969, gegen die Entspannungsfeindlichkeit von CDU/CSU bis 1972, gegen die Verfolgung der Studentenbewegung, gegen Gesinnungsschnüffelei und gegen die Hetze des Springerkonzerns), weitere Zunahme der Aussagen gegen die reale sozialistische Ordnung bis hin zum Übergang auf antikommunistische Positionen; 1973 bis 1976: Antikommunistische Positionen, die bürgerlich-demokratischen Positionen werden nicht mehr so militant wie zuvor vertreten, 1976 bis Herbst 1977: Objektive Eingliederung von Bölls „Einmischung“ in die Front des psychologischen Krieges des Imperialismus, bürgerlich-demokratische Positionen kommen nur noch punktuell zur Geltung. Ab Herbst 1977 analoge Position wie 73–76.“⁶²

Waren einige politische Standpunkte Bölls umstritten, war einer klar und eindeutig – Böll war ein überzeugter Pazifist und trat immer wieder für die Verhütung weiterer Kriege ein. Die Remilitarisierung war für Böll „die mit Hinterlist und Niedertracht, gegen den Willen und gegen die Einsicht eines damals friedfertigen Deutschlands nicht nur betriebene, sondern hochgetriebene Wiederaufrüstung“.⁶³ In der Frage der Wiederaufrüstung hätte die Bundesrepublik nach Böll die Möglichkeit zu einem Neuanfang gehabt, hatte diese jedoch, anstatt sie zu nutzen, verpasst. Er verurteilte deswegen oft die antikommunistische Arroganz des Westens und gleichermaßen die Arroganz des Antiwestlertums des Ostens, die zur Spannung in der Welt beitrugen. Hierin lag der Grund, warum ihm die versöhnende Ostpolitik Willy Brandts und sein antiautoritärer Regierungsstil so wichtig waren. Im Bildungs- und Wertesystem seiner Jugend hatte er eine Wurzel für die Kriege gesehen, die „die Jungen zum Sterben für fragwürdige Ideale erzog, nicht aber zu einem humanitären Leben“⁶⁴. Eine andere fand er „in dem Willen zu vieler Deutscher, fraglos oder gedankenlos jeder Autorität zu gehorchen“⁶⁵. Damit verbunden war die Frage, ob „nicht im Durchschnittlichen, im widerstandslosen Mitmachen die Hauptursache des Krieges und alles

⁶² Wirth 1979, 58. (Wirth urteilt hier aus marxistisch-leninistischer Position und braucht aus dieser heraus entsprechende Begriffe. Unter „antikommunistisch“ versteht er die Verurteilung der sowjetischen Praxis und unter „Imperialismus“ – Kapitalismus und Demokratie.)

⁶³ Der Spiegel Nr. 49 (1972).

⁶⁴ ESR 1, 170.

⁶⁵ Ebd.

Bösen liege und nicht allein in der satanischen Größe oder Brutalität eines Machthabers.“⁶⁶

Bölls Staats- und Gesellschaftskritik fand auf drei Ebenen statt: „Entweder er entwirft ein positives, oft utopisches Gegenbild zur Realität, oder er macht den Versuch, möglichst sachlich die Wirklichkeit zu schildern. Oder er weist durch gezielte, bisweilen übertriebene, überspitzte Darstellungen auf verbesserungswürdige Zustände hin.“⁶⁷ Er glaubte an die Gleichwertigkeit und das gleiche Recht aller Menschen, an das Humane in ihnen. Er hatte Verständnis für Menschen, die Tabus durchbrachen. Sein Kampf galt keinem politischen Nahziel, sondern „den metaphysischen Freiräumen jedes Menschen, die er hoffte, durch sein Schaffen erweitern zu können“.⁶⁸ Er vertrat ein sehr aktives und dynamisches Demokratieverständnis. Für ihn war es so legitim und notwendig durch gezielte Aktionen, auch wenn sie formal ein Gesetz verletzen, Missstände anzuprangern, um so die Demokratie zu stärken. Da die übliche Staatsmoral auf Recht und Ordnung beruhe und diesen Sachverhalt u.a. auch dazu benutze, fragwürdige Machtpositionen zu schützen, könne man diese Vorstellungen auch als zersetzend bezeichnen.⁶⁹

3.2.1 Bölls Verständnis von Kommunismus, Sozialismus und Marxismus

Böll sah in der Kontinuität zwischen dem alten und neuen Deutschland, z. B. im sturen Antikommunismus und in der Restauration der kapitalistischen Verhältnisse, eine verspielte Chance für einen Neuanfang. Er bedauerte, dass in Nachkriegsdeutschland die Chance verpasst wurde, die wirtschaftliche Gleichheit aller zu verwirklichen. Der Krieg hatte auf grausame Weise „eine Revolution“⁷⁰ geschenkt, eine Armut für alle. „Die Möglichkeit, darauf wirklich christlich, humanitär oder marxistisch aufzubauen, wurde nicht verwirklicht“⁷¹, denn „die Siegermächte diktieren in Ost und West ihre Gesellschaftssysteme und Wirtschaftsordnungen, und die Deutschen beugten sich diesem Diktat“.⁷² Böll gestand oft ein, dass er von mancher Begebenheit in den unmittelbaren Nachkriegsjahren faszi-

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Nordbruch 1994, 12.

⁶⁸ Köllner 1991, 44.

⁶⁹ Vgl. ebd. 45.

⁷⁰ ESR 2, 336.

⁷¹ ESR 1, 395.

⁷² Ebd.

niert war. Bis auf wenige Ausnahmen war zu jenem Zeitpunkt praktisch die Gleichheit der Menschen verwirklicht.

Er übte eine heftige Kritik an den ökonomischen Verhältnissen in der Bundesrepublik. „Die Unmenschlichkeit des Wirtschaftswunders“, „die Härte des herrschenden Konkurrenzkampfs“ wurden von ihm häufig thematisiert. Er prangerte die Mentalität der Aufsteiger in dieser Zeit an, bei denen „Korruption und Glauben ohne Probleme miteinander arrangiert wurden“. Böll kritisierte auch die Geringschätzung des menschlichen Lebens im Arbeitsprozess. Der Mensch wurde nur mehr als „Arbeitsmaterial“ gesehen. Dies alles brachte ihn in die Nähe der marxistischen Gesellschaftskritik und zu einer „nicht exakt formulierten Form des Sozialismus“⁷³.

Selbstverständlich war nicht der Stalinismus gemeint, sondern „die humanistische Uridee des Kommunismus“⁷⁴, die von Marx geprägt wurde. Dies bedeutete aber keineswegs, dass er auch ein Sympathisant des damaligen sozialistischen Systems der Ostblockländer war. Er kritisierte „die Sozialdemokraten aller Länder, die sich von Marx distanziert haben“, noch mehr aber „die sozialistischen Länder Europas, die Marx völlig verfälscht haben [...] auf eine böhere Weise [...] als die westlichen Sozialdemokraten je fähig waren“.⁷⁵ In den Ostblockstaaten sah er „Marx pervertiert“⁷⁶.

Ein Ideal für Böll war ein Leben ohne Repression und Leistungszwang, an dem alle teilnehmen könnten, im Gegensatz zu der destruktiven Wirklichkeit, in der der Einzelne nichts zähle, das Kapital alles. Er beklagte, dass Angehörige seiner Generation niemals Gelegenheit erhielten, Kommunisten zu werden. Viele hätten diesen notwendigen Prozess versäumt. Und dies sei Ursache für das miserable politische Leben in der Bundesrepublik.⁷⁷ Böll bekannte auch in einem Interview mit Marcel Reich-Ranicki, dass er wahrscheinlich selbst ein Kommunist geworden wäre.⁷⁸ Als Erklärung für dieses Denken betonte er gern seine soziale Herkunft aus dem Mittelstand oder genauer, aus dem unteren Mittelstand. Trotz seiner Sympathie für Marx lehnte Böll es jedoch ab, ein Marxist zu sein. Böll akzeptierte die marxistische Beschreibung der kapitalistischen Gesellschaft – Mensch sei nicht,

⁷³ Falkenstein 1996, 22.

⁷⁴ Köllner 1991, 42.

⁷⁵ AKR, 76.

⁷⁶ ESR 1, 397.

⁷⁷ Vgl. Interviews 1, 61.

⁷⁸ Ebd., 61f.

was er sei, sondern was er habe, seine Besinnung war aber fundamental anti-materialistisch.⁷⁹ Was ihn vom Sozialismus trennte, war seine Auffassung von der Armut, die eine bestimmte christliche Prägung hatte. „Auf einer Erde, deren Mehrheit nach Sättigung verlangt, ist sie [die westliche Welt] mit Sorgen der Übersättigung befasst. Sie hat – theoretisch versteht sich – die Armut abgeschafft. Das Wort Armut hat für sie keine mystische Bedeutung mehr. Es ist ersetzt worden durch asozial [...]. Sie ist damit um einen wichtigen Schritt weiter materialistisch geworden. Auch für Marx hatte das Wort arm keine andere als nur soziale Bedeutung.“⁸⁰ Für Böll bedeutete aber die Armut „die mystische Heimat Christi und all seiner Heiligen.“⁸¹ Diese Mystifizierung der Armut als Wert wurde er nie ganz los. „Franz von Assisi eher als Karl Marx bestimmte das Bild der Armut bei Böll.“⁸²

3.3 Anarchismus als Bölls Lebenskonzept

Böll vertrat anarchistisches Gedankengut, ohne sich mit dem Anarchismus als einer politischen Theorie auseinander zu setzen oder sich zum Erbe von Bakunin, Godwin oder Proudhon zu bekennen. Anarchismus war ein Teil seines Wesens und Schaffens, seine tiefste Lebensüberzeugung, sein Lebenskonzept. Sein zentrales Ziel war „die Abschaffung oder Beseitigung aller Autoritäten – einschließlich der Abschaffung kirchlicher Autoritäten. Der Gesellschaftlichen sowieso,“⁸³ und „das Entstehen einer neuen rahmenlosen Gesellschaft.“⁸⁴ Böll wandte sich gegen jede Form des Macht- und Besitzstrebens und bezeichnete sich gern ganz im Sinne des ursprünglichen griechischen Wortes als Anarchist. Anarchie bedeutete für ihn jedoch nicht „Chaos oder Gesetzlosigkeit, sondern Herrschaftslosigkeit.“⁸⁵ Nur durch sie könnten die Menschen menschlicher zusammenleben. Dahinter ständen „ein starker historischer Optimismus“ und „die persönliche Gewissheit“, dass der Widerstand gegen jede Form der Unmenschlichkeit Erfolg haben könne.⁸⁶

⁷⁹ Vgl. Reid 1973, 13 (Böll is not a Marxist, although he has written sympathetically on Marx. He accepts Marx's description of capitalist society: man is not what he is, but what he possesses. (...) But Böll's stance is fundamentally anti-materialistic).

⁸⁰ AKR, 77.

⁸¹ Vgl. AKR I, 74–91.

⁸² Nägele 1976, 38.

⁸³ NPLS, 121.

⁸⁴ Ebd., 124.

⁸⁵ Interviews I, 447 und 709.

⁸⁶ Falkenstein 1996, 23.

Die Grundforderungen des Anarchismus – die Ablehnung jeglicher Herrschaftsform sowie die Überwindung staatlicher und gesetzlicher Regelungen und Institutionen wurden sowohl im literarischen, als auch im politischen Werk Bölls deutlich gemacht. „Böll ist schlicht gesagt ein Feind der Institutionen, der Organisationen, der Abhängigkeiten, der Bürokratien.“⁸⁷ Bölls Ablehnung der Institutionen reichte sehr tief, er lehnte staatliche Zwänge in ihrer Gesamtheit und in jedem System ab.

Seine Distanz zum Staat habe, so Böll, mehrere Quellen. Er sah sich als Schriftsteller, der der Bundesrepublik „honorarfrei“ „geistigen und politischen Kredit“ eingebracht habe und daher zu weiteren Formen der Verbindung nicht verpflichtet gewesen sei. „Wir verdanken diesem Staat nichts, er verdankt uns jede Menge.“⁸⁸ Böll sah unter dem Begriff Staat stets die Institution, die er als Jugendlicher erlebte. „Die merkwürdige Pflicht, über das Steuerzahlen hinaus Staatsbürger zu sein, kann einer wohl nicht mehr lernen, der zwischen seinem sechzehnten und seinem achtundzwanzigsten Jahr in einem Staat gelebt hat, dem er täglich den Untergang gewünscht hat.“⁸⁹ Böll fiel es schwer „Staaten und ihren Stil ernst zu nehmen oder gar zu respektieren.“⁹⁰ Böll wandte sich vehement gegen jede Unterordnung und alle Formen des Gehorsams. Er untermauerte seine Position weitgehend mit Belegen, die der NS-Zeit entnommen wurden.

Böll beschrieb den Staat vorwiegend negativ, für ihn war er als Institution überflüssig. Das gleiche galt für das Militär. „Eine Armee ist kein Turnverein, sie hütet den schrecklichsten aller Horte, sie ist die Verwalterin des Todes von Millionen Menschen.“⁹¹ „Vorraussetzung eines menschenwürdigen Lebens ist für Böll das Aussteigen aus den Ordnungen, die Absage an alles, was die Selbstverwirklichung des einzelnen verhindert: die Entfernung von der jeweiligen Truppe. Dieses Ausscheren aus der Marschkolonnen, das Nicht-tritt-fassen-wollen durchzieht als anarchistische Komponente alle Arbeiten Bölls.“⁹²

⁸⁷ Ross 1977/1978, 81.

⁸⁸ NPLS, 114.

⁸⁹ Frankfurter Vorlesungen, 86.

⁹⁰ Ebd., 88.

⁹¹ Ulsamer 1987, 153.

⁹² Lengning 1977, 117.

3.4 Bölls Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche

Bölls Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche rief ein starkes Echo hervor. Es muss von vornherein betont werden, dass auch diese Auseinandersetzung für Böll eine politische und nicht etwa eine Glaubensfrage war. Er führte seine scharfe Polemik gegen die Kirche als weltliche Institution, er sprach nicht gegen die Kirche als Glaubensgemeinschaft. Er erwähnte auch nicht seine persönliche Bindung an Gott und erklärte ganz kategorisch: „Mein Glauben [...] geht nur mich etwas an.“⁹³ Wie im politischen Bereich propagierte Böll auch hier seinen Gedanken der Anarchie, der Herrschaftslosigkeit.

Anders als im wirtschaftlichen und politischen Bereich sah sich Böll jedoch der Kirche nicht so unausweichlich ausgeliefert. Er konnte sich von ihr befreien, ohne sich von seinem Glauben zu trennen. Die intellektuelle Auseinandersetzung mit dieser Institution begann Mitte der fünfziger Jahre und reflektierte vor allem die Rolle, die die katholische Kirche im Nachkriegsdeutschland spielte.⁹⁴ In der ersten Hälfte der sechziger Jahre wurde mit dem Roman *Ansichten eines Clowns* ein Höhepunkt erreicht. Seitdem beschäftigte sich Böll nur selten mit diesen Fragen öffentlich. Die aktuellen politischen Ereignisse hatten eindeutig Vorrang.⁹⁵

Böll setzte sich mit der traditionellen Verflechtung der Kirche mit weltlich-politischen Institutionen auseinander. Er sah die gesamte abendländische Kultur von den beiden Mächten Staat und Kirche geprägt, bemerkte aber noch, dass beide im Grunde schon immer sehr gut miteinander arbeiteten. Der Staat benutze die Kirche mit ihrer trotz aller Revolutionen und Reformationen noch immer feudalistischen Herrschaftsstruktur als eine willkommene „Domestifizierungsinstitution“. Und die Kirche freue sich ihres weltlichen Besitzes und ihrer politischen Macht.⁹⁶

Böll verurteilte die Zusammenarbeit der katholischen Kirche mit dem Hitlerstaat im Reichskonkordat als den ersten Verrat der Kirche in unserer Zeit. Der zweite war für ihn ihre Anpassung an den Kapitalismus nach 1948 und die Zusammenarbeit mit der CDU.⁹⁷ „Die Kirche erklärte sich nicht mit leidenden Menschen solidarisch, Pfarrhäuser nahmen keine Flücht-

⁹³ Interviews 1, 248.

⁹⁴ Mit dieser Problematik beschäftigt sich u.a. Bölls Satire *„Nicht nur zur Weihnachtszeit“* (Frankfurt am Main: Frankfurter Verlagsanstalt 1952).

⁹⁵ Dies spiegelt auch sein publizistisches Werk wider. Schriften über die Politik der Bundesrepublik nahmen mit den Jahren zu, Schriften über die Kirche dagegen ab.

⁹⁶ Interviews 1, 551.

⁹⁷ Vgl. ESR 2, 265.

linge und Obdachlosen auf, die Kirche wurde antikommunistisch und anti-sozialistisch, sie nahm stattdessen via Kirchensteuer wie ein Aktionär, aber ohne etwas zu riskieren – an dem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik teil. Sie unterstützte die CDU-Politik Adenauers, bezeichnete pauschal den Westen als Christlich und den Ostblock als atheistisch [...], statt zu versuchen christliche, sozialistische und soziale Ideen zu verknüpfen.“⁹⁸

Eine Entfremdung zwischen den religiösen Formen und den religiösen Inhalten, wie Nächstenliebe und Humanität, hatte allmählich stattgefunden. Böll empörte sich z. B. über die mit der Wiederaufrüstung verbundene Einführung der Militärseelsorge. Soldaten würden vor sexuellen Gefahren gewarnt, nicht aber vor den eigentlichen moralischen, denen des Tötens.⁹⁹ Er polemisierte auch gegen einen Hirtenbrief¹⁰⁰, der „den kleinen Mann auffordert, Aktien zu kaufen und sogar die integrative Funktion einer bestimmten Gesellschaftsschicht durch solche Volksaktien hervorhebt“.¹⁰¹ Böll sah hier einen eklatanten Verstoß gegen das Armutsprinzip des Christentums, das für ihn fundamental war. „Der deutsche Katholizismus ist auf eine heillose Weise mit jener Partei und ihren Interessen verstrickt, die sich als einzige das C (für christlich) angesteckt hat.“¹⁰²

Böll vermisste offenbar Menschlichkeit, Brüderlichkeit und Liebe. Böll verwies auf eine selten beachtete und immer heilend wirkende Theologie der Zärtlichkeit, die das gesamte Neue Testament durchzieht, ein Helfen, Handauflegen, Küssen, ein Ausdruck der Brüderlichkeit, von Rücksichtnahme für den anderen, ohne dass jemand einen höheren Rang beanspruchte, eine Anarchie in seinem Sinne.¹⁰³ Das von Böll propagierte Heilsmodell ist sehr stark von urchristlichen Vorstellungen geprägt. Böll wollte negative gesellschaftliche Zustände durch ein der Bergpredigt verpflichtetes Christentum revidieren, die eine Einheit von Ästhetik und Moral verkörperte. Er ließ in seinen Werken sein Christentum oft von Juden oder Außenseitern vertreten. Da Böll auch selber die Erfahrung machte, dass sich viele „echte“ Katholiken sehr oft unchristlich verhielten, wollte er

⁹⁸ Interviews 1, 146ff.

⁹⁹ ESR 1, 261f.

¹⁰⁰ Ein Hirtenbrief von Joseph Kardinal Frings im „Katholischen Anzeiger für die Erzdiözese Köln“ vom 24. Januar 1961.

¹⁰¹ ESR 1, 455.

¹⁰² Vogt 1987, 68f.

¹⁰³ Vgl. Interviews 1, 393 und 447f.

demonstrieren, dass der Kern des Christentums auch von Nichtchristen gelebt werden konnte.

3.5 Die Ästhetik des Humanen – Bölls Literaturkonzeption

Im Wintersemester 1963/64 hielt Böll an der Universität Frankfurt vier Gastvorlesungen zur Poetik. Sie stellten die umfangreichsten theoretischen Äußerungen des Schriftstellers zur Konzeption seiner Literatur dar, obwohl „im eigentlichen Sinn keine Literaturtheorie entwickelt wird“¹⁰⁴. Böll vertrat die Position der engagierten Literatur (literatur engagée), die besagt, dass es kein „l'art pour l'art – Verständnis“ des Schriftstellers gegenüber seinem Schaffen geben darf. Für Bölls literarische Konzeption waren eine hohe Verwurzelung in seiner Zeit („Obwohl als einzelner schreibend [...] habe ich mich nie als einzelnen empfunden, sondern als gebundenen. Gebundenen an Zeit- und Zeitgenossenschaft.“¹⁰⁵) und die Wahl des Abfälligen und des Alltäglichen, als einzigem Sujet der Literatur, („Die Humanität eines Landes lässt sich daran erkennen, was in seinem Abfall landet, was an Alltäglichem, noch Brauchbarem, was an Poesie weggeworfen, der Vernichtung für wert erachtet wird.“¹⁰⁶) charakteristisch. Die Kongruenz von Moral und Ästhetik war für den Dichter absolut verpflichtend. Auf dieser Einheit basierte seine Ästhetik des Humanen, die die Grundlage für sein Engagement um Minderheiten und Randgruppen der Gesellschaft, sowie für den Kampf gegen jegliche institutionalisierte Macht darstellte. „Moral und Ästhetik erweisen sich als kongruent, untrennbar auch, ganz gleich, wie trotzig oder gelassen, wie milde oder wie wütend, mit welchem Stil, aus welcher Optik ein Autor sich an die Beschreibung oder bloße Schilderung des Humanen begeben mag: zerstörte Nachbarschaft, vergiftetes Gelände machen es ihm unmöglich, Vertrauen zu stiften oder Trost zu spenden.“¹⁰⁷

Aus der Kongruenz von Moral und Ästhetik ergab sich für Böll auch eine Einheit von Form und Inhalt. „Ich wiederhole: es findet Betrug statt, wenn ein Autor seiner (jeweils für gut befundene) Gesinnung wegen gelobt wird, ihm die Form verziehen oder diese nicht gewürdigt wird. Inhaltsangabe ohne Formanalyse lässt jede Art des Schwindels zu.“¹⁰⁸ Er

¹⁰⁴ Vgl. Vogt 1987, 92.

¹⁰⁵ Frankfurter Vorlesungen, 30.

¹⁰⁶ Ebd., 67.

¹⁰⁷ Ebd., 68.

¹⁰⁸ Ebd., 80.

sprach hier ein Problem an, mit dem er selbst oft konfrontiert wurde, nämlich dass er von vielen Kritikern aufgrund des Inhaltes und der Botschaft seiner Bücher als Moralist, Humanist oder Gewissen der Nation bezeichnet wurde, die literarische Qualität berücksichtigte man bei einer solchen Würdigung nicht, was nach Böll auch oft zu Verfälschungen führte.¹⁰⁹

Böll zeigte, dass seine Generation maßgeblich vom „Kahlschlag“ 1945 geprägt worden war. Das Werk war also immer sowohl von der gesellschaftlichen, als auch von der individuellen Situation des Autors abhängig. Von dieser Grundlage ausgehend wurde auch die Frage nach der Wirkung von Literatur beantwortet. Er bezeichnete die Rolle dieser Kunst einmal als „Ersatz-Opposition“ und lehnte damit jegliches affirmatives Wirken kategorisch ab. „Die zeitgenössische Literatur eines Landes ist nicht nur eine notwendige Ergänzung – ihre Mitteilungen sind ganz anderer Art als die der Politik.“¹¹⁰ Dies gelte zwar generell, sei aber besonders in der gegenwärtigen Lage der Bundesrepublik wichtig, da Böll eine große Differenz zwischen dem Bild seines Landes in der Literatur und jenem wie Politiker und Diplomaten es zeichnen, feststellte. Zum einen sind „Schuld, Reue, Buße, Einsicht... nicht zu gesellschaftlichen Kategorien geworden, erst recht nicht zu politischen“.¹¹¹ Zum anderen „beherrscht die Wirklichkeit in der Bundesrepublik verletzte Nachbarschaft, verletztes Vertrauen, verletztes Glauben“.¹¹² Genau jene Kluft zwischen der „literarischen“ und der „politischen“ Sicht der Realität will Böll durch sein Schaffen vermindern. Dies könne wiederum nur durch eine „Humanisierung der Gesellschaft“ erreicht werden.

Böll wies rigoros die Forderung der Staatsmänner nach einer „positiven“ Literatur zurück. „Ich weiß gar nicht, was das bedeuten soll: schließlich zahlen alle Schriftsteller, mehr oder weniger freudig (...) ihre Steuern, zahlen im statistischen Durchschnitt ihre Miete, ihren Strom und ihr Gas, das ist ihre einzige Berührung mit dem Staat, ich glaube, mehr ist aus diesem Verhältnis nicht herauszuholen.“¹¹³

Die wichtigste Aufgabe, die sich der Autor stellt, ist „die Suche nach einer bewohnbaren Sprache in einem bewohnbaren Land.“¹¹⁴ Ein Schrift-

¹⁰⁹ Köllerer 1991, 17.

¹¹⁰ Frankfurter Vorlesungen, 86f.

¹¹¹ Ebd., 30.

¹¹² Ebd., 51.

¹¹³ Ebd., 87.

¹¹⁴ Ebd., 49.

steller könne dazu beitragen, ein Land durch Sprachfindung bewohnbarer zu machen.¹¹⁵ Böll beklagte auch die aufgeblasene und gestelzte Verwendung der Sprache in der „großen Gesellschaft“.¹¹⁶ Im Gegensatz dazu sei es nun die Aufgabe des Schriftstellers, in einer „mühseligen Kleinarbeit“¹¹⁷ dazu beizutragen, die Wörter neu mit Sinn zu füllen, um so dem inflationären Gebrauch der Sprache entgegenzuwirken. Für Böll hatte Literatur die Möglichkeit, zukünftige Wirklichkeiten abzubilden. Diese Wirklichkeit konnte nur mit Hilfe der eigenen Vorstellungskraft erkannt werden, die er als „Kraft, die uns befähigt, uns ein Bild zu machen“¹¹⁸ definiert. Auch das Aktuelle war für Böll nicht unbedingt ein Schlüssel zur Realität, da für Böll das Wirkliche immer ein bisschen vor dem Aktuellen lag. Das Wirklichkeitsverständnis des Schriftstellers ging nicht zuletzt davon aus, dass auch ein Literat Wirklichkeit konstruieren konnte. Für ihn durfte nicht das Aktuelle den Vorrang haben, sondern er müsse sich darauf konzentrieren, bestimmte Tendenzen durch einen literarischen Vorgriff auf die Realität sichtbar zu machen.

3.6 Fazit

Wie jeder Mensch betrachtete auch Heinrich Böll die Gegenwart von einem ganz persönlichen Blickwinkel aus, ohne jedoch in eine der „ideologischen Schubladen“ gesteckt werden zu können. Bölls Gesichtspunkte waren dafür zu umfangreich. Böll propagierte eine Welt ohne Pflichten und Zwänge, obwohl er sich bewusst war, dass dieser Traum utopisch war. Er war ein Anarchist im ursprünglichen Sinne des Wortes. Er wollte nicht Chaos oder Gesetzlosigkeit, sondern Herrschafts- und Herrscherlosigkeit. Er glaubte, dass nur auf dieser Weise eine gerechte, menschlichere Gesellschaft entstehen könnte. Hand in Hand mit dieser Überzeugung gehen seine Sympathien für den Kommunismus, den Pazifismus und seine Ablehnung der katholischen Kirche als Institution. In der ursprünglichen Idee des Kommunismus sah er die Gleichheit aller

¹¹⁵ Diese Position wird deutlich, wenn man die Situation vor Augen hat, in der sich die Autorengeneration nach 1945 befand. „Und die Sprache, diese gebeulte und verdorbene Sprache, es war keine Dichtersprache mehr. Das Wort musste wieder seinen Sinn bekommen, die Sprache wieder ursprünglich und frei von allen Verschnörkelungen werden.“ [Hans Werner Richter, zit. nach: Köllerer 1991, 52.]

¹¹⁶ Frankfurter Vorlesungen, 86.

¹¹⁷ Ebd., 70.

¹¹⁸ Köllerer 1991, 19.

Menschen verwirklicht, was eine Voraussetzung für die Entstehung der neuen moralischen und humanen Gesellschaft ohne Leistungszwang gewesen sei. Er lehnte das Militär ab, weil es für ihn die höchste Form des Gehorsams und die unhumane Macht des Staates symbolisierte. An der katholischen Kirche kritisierte er ihre Verflechtung mit dem Staat und die daraus entsprungene Korruptierbarkeit. Er vertrat die urchristliche religiöse Überzeugung, in der Nächstenliebe, Humanität und Armut eine zentrale Stelle hätten. Seine lebenslangen Bemühungen um eine humane Gesellschaft spiegelte sich auch in seiner literarischen Konzeption wieder, die durch seine „Ästhetik des Humanen“ repräsentiert wurde und deren Hauptidee die Kongruenz zwischen Moral und Ästhetik war.

Insgesamt müssen Bölls diverse Kritikpunkte und Überzeugungen als Einheit verstanden werden. Ihre Wurzeln sind in seiner Vita zu suchen. Seine Kindheit stellte für ihn ein Ideal des menschlichen Zusammenlebens dar, eine Welt ohne Zwänge und voll mit Liebe, Intimität und Vertraulichkeit. Er wurde seine Erlebnisse aus dieser Zeit nie los. Diese ideale Welt wurde durch die Nationalsozialisten zerstört. Als Ursachen für die NS-Herrschaft und den Krieg bezeichnete Böll die deutsche Ordnung und Disziplin sowie die Profit- und Leistungsorientierung der kapitalistischen Gesellschaft, die ihre moralischen Grundlagen vergessen habe. Er kritisierte an der Bundesrepublik, dass nach dem nationalsozialistischem Übel wieder das Bekenntnis zu Ordnung und Leistung, in denen er die Ursache für die deutsche Katastrophe sah, an die erste Stelle im Leben vieler Deutscher trat. Er fürchtete, den neuen Anfang von faschistischer Moral in der westdeutschen Gesellschaft zu beobachten und reagierte deshalb sehr sensibel auf jede Andeutung von Diskriminierung Andersdenkender im politischen und gesellschaftlichen Leben, ebenso auf jeden Versuch, die Grundrechte der Menschen zu beschränken, auch wenn dies durch äußere Umstände (Notstandsgesetze, Terroristenbekämpfung) bedingt wurde.

4. Heinrich Bölls politisches Engagement

Seit Mitte der 60er Jahre, vom Ende der Adenauer-Ära bis zum Beginn der sozial-liberalen Koalition, wurde das politische Engagement des Schriftstellers Heinrich Bölls immer stärker. Die Zahl seiner essayistischen Schriften und Reden wurde im Verhältnis zu den Romanen und Erzäh-

lungen immer größer. Er trat konsequent als „Dissident“ an die Öffentlichkeit¹¹⁹, da er in der Mitte 60er Jahre keine Möglichkeit sah, sich parteipolitisch zu engagieren. Als Schriftsteller könne man nach Böll nur mittelbar politisch wirken, und so müsse er auf diese mittelbare Wirkung vertrauen; ansonsten bliebe ihm nur, Politiker zu werden und Aktionen zu leiten.¹²⁰

Die CDU/CSU lehnte er kategorisch ab und wollte wegen ihres Parteinamens selbst nicht mehr Christ genannt werden, sondern lieber Katholik. In seinen aggressiven Aufsätzen griff er Adenauer als Unterdrücker der sozialen Interessen des einfachen Volkes an, sah in ihm einen Politiker, der ehemalige Nazis aus russischer Kriegsgefangenschaft befreite und ungeschoren ließ, der vor allem die Wiederaufrüstung Westdeutschlands betrieb und in seiner Partei jüngere Politiker hochkommen ließ, die Böll ebenfalls höchst unsympathisch waren.¹²¹ Böll empfand die Bundesrepublik unter Adenauer als eine Personifikation der Restauration, die für ihn durch Katholizismus, die unbewältigte Vergangenheit und die Macht des Geldes symbolisiert wurde.

Ohne je einer Partei angehört zu haben, nannte Böll seine politische Richtung „links-liberal“¹²². Die Protestbewegung der 60er Jahre stellte für ihn den Augenblick einer Politisierung dar. Für Böll war es selbstverständlich, dass sich ein Intellektueller, und ein Schriftsteller im Besonderen, politisch engagieren müsse.¹²³ Er unterstützte die APO und war ein scharfer Kritiker der Notstandsgesetzgebung.

Mit Beginn der sozial-liberalen Koalition sah Heinrich Böll insbesondere in der neuen Ostpolitik eine stärker auf moralischen Grundlagen aufbauende Politik. Er unterstützte von 1969 an die SPD und Willy Brandt. Zuerst während des Wahlkampfes 1969 indirekt, aber bei den nächsten Wahlen von 1972 war er schon Mitglied der sozialdemokratischen Wählerinitiative. Böll stand aber immer (auch trotz seines Engagements für die SPD) dieser Partei ambivalent gegenüber. Einerseits sympathisierte und unterstützte er bestimmte SPD-Kreise (Brandt, Wehner, die Jungsozialisten), andererseits hatte er Bedenken bezüglich des Kurses der SPD und kritisierte

¹¹⁹ Schröter 1982, 76.

¹²⁰ AKR II, 218.

¹²¹ ESR 2, 177f.

¹²² ESR 3, 170.

¹²³ Vgl. Bienek 1962, 148.

scharf ihre Entscheidungen (z. B. den Radikalenerlass und den Kurs der SPD nach Rechts, ihren Streit mit der CDU um die „wahre“ Mitte).

Das Jahr 1974 markierte eine Zäsur. Mit dem Wechsel von der Regierung Brandt/Scheel zu der Regierung Schmidt/Genscher wurde nicht nur eine personelle Veränderung in der Politik deutlich, sondern es kam auch zu einer Änderung des politischen Stils. Anstelle des idealistischen Stils von Willy Brandt kam der pragmatisch-technokratische Stil Schmidts durch. Böll war enttäuscht von dieser Entwicklung und stellte seine Unterstützung für die SPD allmählich ein. Er begann sich mit den Fragen des Umweltschutzes und mit dem Pazifismus stärker auseinander zu setzen und unterstützte die neu gegründete Partei der Grünen.

4.1 Heinrich Böll und die Außerparlamentarische Opposition

Mit der aktiven Teilnahme an den Protestaktionen gegen die Große Regierungskoalition unter Georg Kiesinger, der ein ehemaliges Mitglied der NSDAP war, und gegen die Notstandsgesetze begann für Böll die politisch aktivste Phase seines Lebens. Sehr wichtig dabei war vor allem das Jahr 1968, das ihm eine große Medienpräsenz und Bekanntheit einbrachte.

Böll identifizierte sich stark mit der Protestbewegung der Studenten. Er begrüßte gleichzeitig auch die damit verbundenen Reformbewegungen in den einzelnen Parteien. Er sympathisierte mit den Jungsozialisten und den Jungdemokraten. Im Gegensatz dazu verurteilte er scharf die Junge Union. „Das sind brave Herrennachfolger, die es nicht einmal fertig gebracht haben, sich Distanz zu einer so undiskutablen politischen Erscheinung wie Kiesinger zu verschaffen.“¹²⁴ Lutz Hermann fasste Bölls Position in der Süddeutschen Zeitung folgendermaßen zusammen: „Er [Böll] gibt der CDU-CSU die Schuld am gegenwärtigen Zustand der Universitäten. Das Bildungssystem der Bundesrepublik sei eine „Methode der Züchtigung und Weitergabe von typisch deutschen Arroganzen und Ressentiments“, wogegen die Partei Adenauers nichts unternommen habe. Das sei ein hierarchisches System, das durch Arroganzwellen von oben und durch Resentimentwellen von unten eine scheinbare Harmonie aufrechterhalte. Seiner [Bölls] Ansicht nach bedeuten die studentische Forderung nach Demokratisierung der Hochschule und der Ruf nach Räten eine Entfeudalisierung des Bildungssystems.“¹²⁵ Er billigte die Straßendemonstrationen

¹²⁴ Schröter 1982, 80.

¹²⁵ Süddeutsche Zeitung 26. 7. 1969.

und Protestaktionen der Studenten, sowie ihre nonkonformistische antipolitische Haltung. „Wer wundert sich da, dass der Widerspruch der Jugend sich auch in Kleidung und Haarwuchs ausdrückt. Wie anders als durch Unruhen, eindeutig formulierten Widerspruch, in Kleidung und Haarwuchs sollen sie sich Ausdruck verschaffen, da ihnen das Wählerkreuzchen, mit dem Verantwortung delegiert wird und das keine andere Wahl mehr lässt, nicht genügen kann.“¹²⁶ Er stimmte der Revolte in der Tendenz zu, weil er sich von ihr positive Anstöße für die politische Entwicklung in der Bundesrepublik versprach. „Zersetzung ist hier die einzige mögliche Form der Revolution.“¹²⁷

Er sah in der APO einen Ansatzpunkt für eine „Erneuerung“ Deutschlands, einen Moment für Kurskorrektur. Für ihn waren die Studentenunruhen ein Ergebnis „von zwanzig Jahren bildungspolitischer und sozialpolitischer Versäumnisse der CDU“ und die APO eine „Folgeerscheinung der Fehlentwicklung der Bundesrepublik“.¹²⁸ Die Legitimation der APO begründete er mit dem Hinweis darauf, dass die Veränderungen der Welt und der Gesellschaft immer durch Minderheiten bewirkt worden seien.¹²⁹ Er formulierte sein Verhältnis zur APO, deren politische Ziele (Demokratisierung der Gesellschaft, Abschaffung aller Autoritären) er teilte, und die ihm wichtige Anstöße hinsichtlich der Problematik der Dritten Welt gab, folgendermaßen: „Von Natur gehört jeder Künstler zur außerparlamentarischen Opposition, ohne dass dieser Name immer dafür beistünde. Insofern habe ich nicht nur große Sympathien, sondern verfolge die Tätigkeit der außerparlamentarischen Opposition mit großer Aufmerksamkeit, mischte mich auch gelegentlich ein.“¹³⁰

Er unterstützte die Studenten in ihren Aktionen gegen die Springer-Presse, der er ein Meinungsmonopol zuschrieb. Von solchen Monopolen gehe die Gewalt aus, die die betroffenen Menschen dazu veranlasse, sich auf der Straße auszudrücken. „Die Straße ist ihr Ausdrucksform, mit Transparenten, mit Sprechröhren, mit Aufmärschen. Und dann entsteht möglicherweise körperliche Gewalt, nicht immer von Seiten der Polizei oder von Seiten der Demonstranten, sondern Gewalt hat ja auch eine dämonische

¹²⁶ NPLS, 13.

¹²⁷ Ebd., 26.

¹²⁸ Böll, Heinrich: Ich sehe keinen Ausweg. AZ im Gespräch mit Heinrich Böll, in Abend-Zeitung München 15./16. 2. 1969, hier zitiert nach: Kothly 1980, 20.

¹²⁹ NPLS, 122.

¹³⁰ Ebd.

Komponente. Sie entsteht da, wo zwei nicht artikulierte oder verschieden artikulierte Mächte aufeinander treffen. Insofern kann ich mich nicht entschließen, Gewaltlosigkeit zu predigen, wo alle Menschen zunächst diesen Gewalten unterliegen.“¹³¹ Er gab den Studenten aber zu bedenken, wie wenig Verständnis von der Bevölkerung gegenüber gewalttätigen Aktionen zu erwarten sei.

Trotz seiner Sympathie für die APO und ihre Ziele im Ganzen stand er ihr in manchen Punkten auch kritisch gegenüber. Er fürchtete, dass die politischen Ziele durch die Beimischung von Sex korrumpiert werden könnten. Er warf der APO vor, dass sie nicht die Arbeiter für ihre Ziele gewann. Die Ursache dafür sah er darin, dass sich die Arbeiter mit der „angelernten“ und „arroganten“ Sprache der APO nicht hätten identifizieren können und darum die Forderungen der APO teilweise missverstanden hätten.

4.2 Heinrich Böll und sein Kampf gegen die Notstandsgesetze

Das Jahr 1968 wurde für Böll zum Jahr der großen politischen Aktivität. Er engagierte sich stark für die Aktionen gegen die Notstandsgesetze, um „das Bösartige an dieser Gesetzesvorlage“ zu zeigen.¹³² Die Notstandsgesetze stellten für ihn „einen schon nicht mehr verkappten Nationalismus“ dar.¹³³ Hierbei war er nicht der Einzige. Zahlreiche Intellektuelle sahen in der Notstandsgesetzgebung eine große Gefahr für die westdeutsche Demokratie. Hans Magnus Enzensberger erklärte z. B. „das Ende der zweiten deutschen Demokratie“ für absehbar.¹³⁴ Es blieb aber nicht nur bei individuellen Stellungnahmen. Ganze Verbände, z. B. die Bundesvereinigung der Schriftstellerverbände, appellierten an die Abgeordneten, gegen die Notstandsgesetze zu stimmen: „Wir Schriftsteller rufen Sie in der letzter Stunde, im Bewusstsein deutscher Vergangenheit, aus Sorge um den Bestand der Demokratie in unserem Land auf, gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze im vorliegenden Wortlaut und zu diesem Zeitpunkt zu stimmen.“¹³⁵ Bölls Unterschrift konnte unter diesem öffentlichen Telegramm

¹³¹ Böll, Heinrich: „Tag der Menschenrechte. Gespräch mit dem Schriftsteller und PEN-Präsidenten Heinrich Böll“, Interview: Hans Vetter, in: „Deutsche Welle“ (Köln), Zentraldienst Kultur, Weitergabe 9. 12. 1970.

¹³² Vgl. NPLS, 16–19.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Pinkerneil 1973, 250.

¹³⁵ Der Spiegel Nr. 23 (1968), S. 22. (Auszug aus dem Telegramm der Bundesvereinigung der Schriftstellerverbände an alle Bundestagsabgeordnete.)

nicht fehlen. Böll nahm an zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen gegen die Notstandsgesetze teil. Die zwei größten waren am 11. Mai im Bonner Hofgarten und am 28. Mai im Sendesaal des Hessischen Rundfunks.

Am 11. Mai 1968 hielt Böll anlässlich des Sternmarsches und der Großkundgebung im Bonner Hofgarten, die vor der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag stattfand, die Rede „Radikale für Demokratie“. Er kritisierte die Gesetzesvorlage zur Notstandsgesetzgebung unter mehreren Aspekten. Die Gesetze würden zu schnell und daher schlecht abgefasst, auch zahlreiche Begriffe seien zu wenig definier- und abgrenzbar und die Machtverhältnisse im „Spannungsfall“ blieben zu wenig klar bestimmt.¹³⁶ „Dieses Gesetz kann innenpolitisch missbraucht werden, es lädt gerade dazu ein, jede aufflackernde außenparlamentarische Kritik, jede politische Bewegtheit außerhalb des Parlaments unter den Begriff ‚drohende Gefahr‘ einzuordnen.“¹³⁷ Seine Argumentationsweise war schon damals umstritten. Er ging kaum auf Einzelheiten ein und stattdessen verwies er auf den Missbrauch der anders lautenden Notstandsregelungen am Ende der Weimarer Republik oder warf dem Bundestag und der Bundesregierung eine undemokratische Haltung vor.¹³⁸ Ein weiteres Argument Bölls gegen die Gesetze – „eine verdächtige Hast“ war auch nicht haltbar. Der erste Entwurf von Notstandsgesetzen war schon im Jahre 1960 der Regierung vorgelegt worden und der Wortlaut von 1968 stellte einen lang überlegten politischen Kompromiss dar.

Am 28. Mai 1968 sprach er im Sendesaal des Hessischen Rundfunks anlässlich der Kundgebung des Aktionskomitees „Demokratie im Notstand“¹³⁹ weiter gegen die Notstandsgesetze. Seine Rede hatte den Titel „Dunkel und trickreich“ und wurde live übertragen. Hier kritisierte er die mangelnde Aufklärung der Öffentlichkeit in Sachen Notstandsgesetze. „Es geht so dunkel und trickreich zu wie bei der Wiederaufrüstung, die uns die unselige Bundeswehr beschert hat.“¹⁴⁰

Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die durch die Zustimmung der CDU/CSU und der SPD möglich wurde, war Böll sehr enttäuscht und empfand es als einen Sieg der restaurativen Kräfte. Das Scheitern der

¹³⁶ NPLS, 17f.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Vgl. Ulsamer 1987, 51.

¹³⁹ Weitere Redner waren Siegfried Unseld, Alexander Mitscherlich, Theodor W. Adorno, Ulrich Klug und Helmut Ridder.

¹⁴⁰ NPLS, 20f.

Kampagne gegen die Notstandsgesetze stellte für ihn das Ende einer Epoche, das „Ende der Resolutions- und Spiegel-Demokratie“ dar.¹⁴¹ Seine Kritik an Staat und Politik wurde jetzt noch schärfer. Er verglich die Bundestagsdebatte um die Notstandsgesetze mit „einem Mammutschauspiel, keinem guten“ und sprach dem Bundestag das Prädikat demokratisch ab.¹⁴²

Der Konflikt zwischen Geist und Macht, zwischen Intellektuellen und Realpolitikern wurde beim Streit um die Notstandsgesetze deutlich, da keine der beiden großen demokratischen Parteien der Meinung von Intellektuellen Gehör verschaffte. Böll sah sich einer anders denkenden Mehrheit ausgeliefert. Die Notstandsgesetze schienen ihm eine neue Diktatur einzuläuten, was wieder mit seiner Vorstellung von der Kontinuität des Dritten Reiches und der zweiten deutschen Republik zusammenhing. Dieser Konflikt war jedoch nicht destruktiv und nicht gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gerichtet. Im Gegenteil: die Intellektuellen versuchten, die neue deutsche Demokratie zu verteidigen. Als „Gewissen der Nation“ machten sie nur auf die möglichen Schattenseiten der neuen Gesetzgebung aufmerksam.

Die Politiker waren sich aber den möglichen Gefahren bewusst und versuchten deshalb die Regelung möglichst eng zu fassen. Auch die Tatsache, dass die Alliierten die Notstandsgesetzgebung unterstützten, konnte als Garantie für eine demokratische Weiterentwicklung der Bundesrepublik aufgefasst werden. Ernst Benda, damals Staatssekretär im Bundesinnenministerium betonte: „Der Wunsch der Alliierten Vorbehaltsrechte durch eine deutsche Notstandsverfassung abzulösen, [...] hat mit nationalistischen Gefühlen überhaupt nichts zu tun.“¹⁴³ Rückblickend lässt sich sagen, dass sich die negativen Erwartungen Heinrich Bölls und anderer Intellektueller nicht erfüllt haben.

4.3 „Parteiloser Parteiträger“ Brandts – Bölls Engagement für die SPD

In den Wahljahren 1961 und 1965 äußerte Böll noch eine starke Kritik an der SPD und war nicht bereit, sich für die SPD als „Alternative“¹⁴⁴

¹⁴¹ Ebd., 26.

¹⁴² Ebd., 21.

¹⁴³ Benda 1972, 79.

¹⁴⁴ In Anlehnung an den im Wahlkampf 1961 erschienenen Band „*Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung*“ gab Hans Werner Richter 1965 den Sammelband „*Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative*“ [Richter 1965] heraus. Er bat Böll, ein Essay über Fritz Erler zu schreiben. Er lehnte es ab.

auszusprechen. Seine Kritik ließ sich in vier Punkten zusammenfassen: Verrat an der Antiatombewegung der Bundesrepublik, Bereitschaft zu einer Koalition mit der CDU, Arrangement bei der Notstandsgesetzgebung, Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Die SPD sei in punkto Notstandsgesetze offensichtlich bereit, sich nicht jetzt aber später zu arrangieren; sie sei in punkto Wiederaufrüstung päpstlicher als alle Päpste miteinander, sie habe aus Opportunismus die erste und einzige Antiatombewegung in der Bundesrepublik verraten, sie mache keinen Hehl draus, dass sie auf die große Koalition aus sei.¹⁴⁵ Er kritisierte auch seine Kollegen aus der Gruppe 47, die ihr Votum für die SPD in Hans Werner Richters Sammelband „Plädoyer für eine neue Regierung“ veröffentlichten. Ihr Argument, dass ein politischer Wechsel notwendig sei und eine Stärkung der parlamentarischen Demokratie darstelle, lehnte Böll ab. Für ihn machte es keinen Sinn, eine Partei zu unterstützen, die sich nur in Kleinigkeiten von CDU/CSU unterscheide.¹⁴⁶ „Die beiden großen Parteien unseres Landes haben jede jene schreckliche Aufgabe [...] erfüllt: die CDU hat in diesem Land das Christentum, die SPD hat den Sozialismus zerstört.“¹⁴⁷ Er betonte immer, dass er „von Kopf bis Fuß“ gegen die CDU sei, was aber nicht bedeuten müsse, er sei für die SPD.¹⁴⁸ Er konnte es der SPD nicht vergessen, dass sie mit der CDU die Große Koalition einging. „Wenn ich mir vorstelle, dass ich also, wenn ich 1965 für die SPD geworben hätte, praktisch für Herrn Kiesinger und Herrn Strauß geworben hätte, dann wird mir bang.“¹⁴⁹

Die Politik der Reformen in Richtung Demokratisierung und die Person Willy Brandts trugen dazu bei, dass sich auch die Haltung von Heinrich Böll der SPD gegenüber änderte. Unter dem Motto – Mehr Demokratie wagen – gelang es der SPD große Teile der APO zu integrieren und viele Intellektuelle auf ihre Seite zu ziehen. Heinrich Böll nahm zwar während der Wahlkampagne 1969 nicht direkt an der sozialdemokratischen Wählerinitiative teil, unterstützte sie aber indirekt, vor allem mit seiner scharfen Kritik an der CDU/CSU und der NPD. In seinem Artikel „Der offene Brief an eine deutsche Frau“ wollte er die Frauen überzeugen, „der

¹⁴⁵ AKR, 213.

¹⁴⁶ Müller 1982, 90.

¹⁴⁷ Die Welt, 28. 10. 1965.

¹⁴⁸ Böll, Viktor 2002, 108.

¹⁴⁹ Böll, Heinrich: Interview mit dem WDR. In: Der Spiegel Nr. 33 (1969), 90.

CDU untreu zu werden.“ Er wies nach, wie unbegründet Ressentiments den „Roten von heute“ gegenüber seien,¹⁵⁰ was als versteckte Aufforderung zur SPD-Wahl interpretiert werden kann.

Dennoch weigerte er sich bis 1972, direkt für die SPD Wählerstimmen zu werben. Er zweifelte nämlich an der unmittelbaren Umsetzbarkeit literarischen Ruhmes in Wählerstimmen. „Wenn ich [...] für die SPD Wählerstimmen werben will und ich wüsste, dass ich meinen literarischen Ruhm oder Einfluss oder meine Wirkung sofort umsetzen kann in Wählerstimmen, dann würde ich es auch tun. Aber ich zweifle daran, ob das nachweisbar ist. [...] Es ist fast gar nicht festzustellen, ob man wirklich etwas für die SPD tut oder ihr nützt oder ihr schadet als Autor.“¹⁵¹

Die aggressive Kampagne der Rechten gegen die neue Regierung der SPD/FDP und deren Politik, die mit Hilfe der Rechtspresse und der Spenden der Industrie durchgeführt wurde,¹⁵² hatte zur Folge, dass bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 die Intellektuellen in einem bislang nicht gekannten Ausmaß für die SPD auftraten. Dazu trugen auch wesentlich die politischen Umstände des Jahres 1972 bei. Die CDU/CSU versuchte, die sozial-liberale Koalition mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums zu stürzen. Dieser Versuch scheiterte, brachte aber als Nebeneffekt eine Welle der Sympathie für die Regierung Brandt, die die Chance bekommen sollte, die erst vor kurzem begonnene „neue“ Politik fortzusetzen.

Böll beteiligte sich im Jahre 1972 erstmals an der sozialdemokratischen Wählerinitiative, die er „als eine Art Gegengewalt gegen die Gewalt des Geldes“¹⁵³ bezeichnete. Zusammen mit ihm und Günter Grass hatten auch 90 andere prominente Schriftsteller, Schauspieler, Showstars und Wissenschaftler in diesem Jahr für „die EsPeDe“ geworben. „Kein Wahlkampf seit der Gründung der BRD wurde so engagiert geführt, wie der Bundestagswahlkampf vor dem 19. November 1972. Stärker als je zuvor war es neben den Parteien, der Bürger selbst, der für sein politisches Bekenntnis offen eintrat.“¹⁵⁴ In ihrem Wahlaufufruf unterstrich die Wählerinitiative, die Notwendigkeit, Willy Brandt und damit die SPD zu wählen, unter anderem mit

¹⁵⁰ Vgl. Böll, Heinrich: An eine deutsche Frau. In: Böll, Heinrich [u.a.]: Offene Briefe an die Deutschen 1969, 11–55.

¹⁵¹ Arnold 1990, 47f.

¹⁵² Mehr zu diesem Thema in: Presseausschuss der Demokratischen Aktion 1973.

¹⁵³ Die Welt, 13. 10. 1972.

¹⁵⁴ Presseausschuss der Demokratischen Aktion 1973, Die Vorrede.

dem Hinweis, SPD und FDP hätten nicht die Zeit gehabt, ihre Arbeit zu Ende zu bringen. Das Motto lautete: „Bürger für Brandt“ und brachte klar zum Ausdruck, wie wichtig die Person Brandt für die Intellektuellen war. „Ich bin Zeitgenosse, Staatsbürger, ich bin interessiert an diesem Staat, an seinem Fortschritt und an der Stabilisierung der SPD, weil sie Willy Brandt hat, nur deswegen. Da habe ich nie Zweifel gelassen.“¹⁵⁵ Brandt sei der erste deutsche Kanzler, der aus der Herrenvolktradition herausführe.¹⁵⁶ Böll bewahrte immer, im Unterschied zu Grass, trotz seines direkten Engagements eine kritische Distanz zur SPD, die er immer betonte. „Ich bin nicht Mitglied der SPD und werde es nie werden, weil ich mich nicht mit einer Partei identifizieren kann, deren Entwicklung ich nicht kenne.“¹⁵⁷

Böll hatte für sein Engagement sowohl innenpolitische, als auch außenpolitische Motive angegeben. Er sah, wie sich die deutsche Gesellschaft unter der Regierung Brandt von einer Unternehmer- zu einer Arbeitnehmer-, von einer von Vorurteilen bestimmten zu einer aufgeklärten Gesellschaft wandelte.¹⁵⁸ Er befürchtete zugleich, dass bei einem CDU/CSU-Wahlerfolg eine „Radikalisierung der innenpolitischen Szene“ eintreten könnte. Außenpolitisch bestehe dann die Gefahr, dass sich die Bundesrepublik „zu sehr nach Westen orientiere“ und damit „gegen den Osten isoliere“.¹⁵⁹ Er selbst betonte stets, dass er als „ein bewusster Staatsbürger“ auftrete, der sich „seine eigenen Gedanken“ mache. Er wollte die Wähler mehr mit seinen persönlichen Ansichten überzeugen, die SPD zu wählen, als mit dem Parteiprogramm der SPD, von dem er sich teilweise distanzierte. „Ich kann nichts verteidigen, was ich nicht selbst geschrieben habe.“¹⁶⁰ In einigen Punkten, wie z. B. beim Paragraph 218, hatte er sogar eine ganz andere Meinung als die Partei. Er war als Katholik gegen eine Freigabe der Abtreibung und hielt in dieser Frage zur Kirche. Er meinte aber, sie messe dieser Frage eine übertriebene Bedeutung zu, weil sie das ungeborene Leben überbewerte und sich gleichzeitig für das geborene Leben weit weniger engagiere.¹⁶¹ Ihre Haltung in dieser Frage nannte er heuchlerisch, weil sie zwar gegen die Reform des § 218 mobilisiere, die

¹⁵⁵ Arnold 1990, 49.

¹⁵⁶ ESR 2, 537.

¹⁵⁷ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5. 10. 1972.

¹⁵⁸ Vgl. ESR 2, 608.

¹⁵⁹ Die Welt, 4. 10. 1972.

¹⁶⁰ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5. 10. 1972.

¹⁶¹ Neue Bildpost, 26. 11. 1972.

Raketenaufrüstung aber akzeptiert habe, was ihm zufolge eine Verletzung des Menschenrechts und der Christenpflicht darstelle.¹⁶²

Er führte seinen Wahlkampf als ein „leiser Anwalt einer besseren Welt“¹⁶³. Neben der Fortsetzung der Ostpolitik, deren er mit seinen Büchern den Boden bereitete, und für die Demokratisierung der Gesellschaft warb er für das „Verfassungsgebot der Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ und eine Veränderung des Mietsystems, die „das elementare Recht auf Wohnung und Ruhe“ sicherstelle.¹⁶⁴ Auch eine Steuererhöhung hielt er für die Weiterentwicklung der Bundesrepublik für notwendig. Er übte zugleich eine heftige Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesregierung, die vor allem unter der vorhandenen Profitorientierung leiden würde, an der publizistischen Gewalt „einiger Pressekonzerne“ und an der CDU/CSU. Gewalt liege nicht nur auf der Straße, sondern es gibt auch eine Gewalt, die auf der Bank liegt, an der Börse.¹⁶⁵ Er war sich sicher, dass ohne eine Phase der gesellschaftlichen Korrektur, die unter der Regierung Brandt/Scheel begonnen hatte, die Bundesrepublik zwangsläufig steigende Radikalität befürchten musste.¹⁶⁶

Heinrich Bölls Auftreten für die SPD war von seiner Erfahrung, die er im Rahmen der Debatte gemacht hatte, die nach der Veröffentlichung seines Artikels im Spiegel ausbrach, beeinflusst. „Offenbar wurde Böll seit der großen öffentlichen Diskussion über den Baader-Meinhof-Komplex [...] von einem Gewaltkomplex verfolgt: Nun muss sich jede Strophe auf Gewalt reimen.“¹⁶⁷ Das wurde sehr deutlich nicht nur während seiner Rede auf dem SPD-Parteitag in Dortmund im Oktober 1972,¹⁶⁸ sondern auch in seinen verbalen Ausfällen gegen die Union. Böll bezeichnete eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung für lebensgefährlich. Wenn eine Unionsregierung auf Grund des Wahlergebnisses vom 19. November 1972 zustande komme, sei nach Böll „Alarmstufe eins“ gegeben. Die CDU sei eine „personell und programmatisch verfallende“ Partei.¹⁶⁹ Einer sol-

¹⁶² Böll, Heinrich: Wider die trügerische heidnische Göttin Sicherheit. In: Böll, Heinrich: Die Fähigkeit zum Trauern 1986, 43–49.

¹⁶³ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5. 10. 1972.

¹⁶⁴ Ebd.

¹⁶⁵ Die Welt, 13. 10. 1972.

¹⁶⁶ Berliner Stimme, 14. 10. 1972. (Ein Interview mit Heinrich Böll für die Wochenzeitung der Berliner SPD.)

¹⁶⁷ FAZ, 17. 10. 1972.

¹⁶⁸ Frankfurter Rundschau, 13. 10. 1972. (Wortlaut seiner Rede.)

¹⁶⁹ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5. 10. 1972.

chen Partei die Macht im Staate zu geben, sei daher bedenklich und gefährlich.¹⁷⁰ Es war verständlich, dass Böll, dessen politische Ansichten noch weiter links lagen („Links, links von der Mitte. Wie weit weiß ich nicht“¹⁷¹), einen Wahlerfolg der SPD herbeiwünschte. Böll unterstützte die Wählerinitiative auch mit anderen Mitteln. Er stiftete z. B. sein Manuskript und die Druckfahnen seines Buches „*Entfernung von der Truppe*“ zur finanziellen Unterstützung der sozialdemokratischen Wählerinitiative.¹⁷²

Trotz seines Engagements für die SPD hörte Böll nicht auf, die Koalition der SPD/FDP mit kritischen Augen zu betrachten. Er sprach vor Gremien der SPD und wies ständig auf ihre Versäumnisse und Fehler hin. Er kritisierte vor allem die Diskriminierung politischer Minderheiten, insbesondere der Radikalerlass (28. Januar 1972) war ihm ein Dorn im Auge. Dieser Erlass, der zu „demütiger Anpassung oder zu Heuchelei“ zwingt, verordnet „Hoffnungslosigkeit und Lähmung“, da er die „radikale politische und geistige, theoretische und praktische Auseinandersetzung mit den Problemen“ verhindert.¹⁷³

Der Rücktritt Brandts und die neu gebildete Regierung unter Helmut Schmidt, der Böll „ein Drift Ab nach rechts“¹⁷⁴ vorwarf, hatten verursacht, dass er nach und nach aufhörte, die SPD zu unterstützen. Er distanzierte sich wieder zunehmend von der SPD und nahm erneut eine verstärkt kritische Haltung der SPD gegenüber ein. Nicht aber gegenüber Willy Brandt. Böll blieb Brandt treu und griff zu dessen Verteidigung ein, indem er die nach seiner Ansicht eigentlich Schuldigen aufzeigte. „Er [Brandt] war in einer gewissen Weise schutzlos, und das hat sich auch, wie ich finde, am Fall Guillaume gezeigt, wo er nicht routinemäßig von den dafür zuständigen Behörden geschützt worden ist.“¹⁷⁵ Er meinte das Innenministerium, den Bundesnachrichtendienst und den Verfassungsschutz.

Auch aus der weiteren Perspektive der 80er Jahren wertete Böll die Ära Brandt sehr positiv. „Der Sieg von Willy Brandt, die sozial-liberale

¹⁷⁰ Die Welt, 4. 10. 1972 (ein Bericht von der dpa).

¹⁷¹ Berliner Stimme, 14. 10. 1972. (Ein Interview mit Heinrich Böll für die Wochenzeitung der Berliner SPD.)

¹⁷² Frankfurter Rundschau, 13. 11. 1972.

¹⁷³ Böll, Heinrich: Was wären wir ohne Extremisten, in: Capital, Nr. 6, Juni 1974, hier zitiert nach: Kothy 1980, 25.

¹⁷⁴ ESR 3, 162.

¹⁷⁵ Frankfurter Rundschau, 9. 5. 1974. (Böll sah die Schuld bei Genscher, Nollau, Wessel.)

Koalition, war für Deutschland, für die Deutschen, eine Sensation, ein geschichtlicher Sprung.“¹⁷⁶

4.4 Suche nach der Alternative – Heinrich Böll und die Grünen

In seinen letzten Lebensjahren griff Böll die Probleme der ökologischen Bewegungen und der Friedensbewegung auf. Sein Einsatz gegen alle Formen der Umweltzerstörung brachte ihn mehr und mehr in die Nähe der Partei der Grünen. Heinrich Böll beteiligte sich zusammen mit seiner Frau Annemarie an der Wählerinitiative für die Grünen zu den Wahlen für das Europäische Parlament 1979. 1983 setzte er sich wieder für die Grünen ein, diesmal bei den Bundestagswahlen. Für Böll setzte sich die erst im Mai 1979 gegründete politische Vereinigung in ihrer Programmatik entscheidend von den „alten“ Parteien ab. „Die Grünen, die offenbar kommen, drücken alles aus, was die großen Parteien versäumt haben. Da ist der konservative Teil der Grünen. Ich empfinde Umweltschützer als konservative, also bewahrende Menschen. Die konservativen, die sich so nennen, sind die eigentlichen Zerstörer durch ihre blinde Progressivität, Wachstum und dergleichen. Der konservative Teil der Grünen also hat das übernommen, was die Konservativen versäumt haben. Der linke Flügel der Grünen hat das übernommen, was die linke SPD versäumt oder nicht durchgesetzt hat. Das gilt auch für die FDP.“¹⁷⁷ Er stimmte den Grünen nicht nur in ökologischen Fragen zu, sondern er unterstützte die Grünen auch in ihrem Widerstand gegen Bundeswehr und Wettrüsten. Wichtig bei seinem Engagement für die Grünen war bestimmt auch, dass sich auch seine Freunde¹⁷⁸ für diese Partei einsetzten und in ihr die bessere Alternative sahen.

Böll schloss sich dem Krefelder Appell an, der „Abrüstung für wichtiger als Abschreckung“ hielt, ebenso wie dem Appell der Schriftsteller Europas gegen die Neutronenbombe und die Nachrüstung. Er gehörte zu den größten Gegnern des so genannten NATO-Doppelbeschlusses. Er nahm daher trotz seines Alters und angegriffener Gesundheit an Protestkundgebungen¹⁷⁹ und an gesetzeswidrigen Sitzblockaden vor amerikanischen Stützpunkten aktiv teil, weil ihm die Massenmedien mittler-

¹⁷⁶ Interviews 1, 134.

¹⁷⁷ Böll, Viktor 2002, 173.

¹⁷⁸ Sein Freund, Joseph Beuys kandidierte z. B. bei der Bundestagswahl 1980 für diese Partei.

¹⁷⁹ Er war Hauptredner bei den Großkundgebungen 1981 und 1983 in Bonn.

weile zu „verschleimt“ waren und er seine Teilnahme auf der Straße als mindestens ebenso wichtig ansah wie eine öffentliche Rede.¹⁸⁰ In seiner Rede „*Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen*“, die er am 10. Oktober 1981 auf der Großkundgebung im Bonner Hofgarten vor 300 000 Demonstranten hielt, brachte er seine Position klar zum Ausdruck. „Die Politiker haben ja die Wahl, uns zu apathischen Zynikern zu machen. Das ist sehr leicht geschehen. Sie können es haben, sie können eine gelähmte Bevölkerung auf der ganzen Welt haben, die gelähmt ist von diesem Waffentesten und Waffenzahlen. Wir wollen uns nicht lähmen lassen.“¹⁸¹

4.5 Fazit

Böll war nie parteiisch im Sinne einer Parteiangehörigkeit. Bei ihm standen das Individuum und individuelle politische Angelegenheiten an erster Stelle. Er war skeptisch gegenüber politischen Parteien als Organisationen. Sein politisches Engagement kam immer aus der tiefsten moralischen Überzeugung, deshalb unterstützte er die APO, die SPD unter Willy Brandt und am Ende seines Lebens die Grünen. Alle haben etwas Gemeinsames gehabt – alle haben versucht, die Politik neu und auf moralischerer, gerechterer Basis zu gestalten, und bei allen kann man auch utopische oder in der realen Welt mindestens schwer durchsetzbare Ziele beobachten. Heinrich Böll war ein politischer Idealist und ein Moralist zugleich, der den Realpolitikern misstraute. Er setzte sich für die APO ein, weil er sich von ihr die Erneuerung der seiner Ansicht nach erstarrten politischen Parteien versprach und die APO für das Sprachrohr der Unterprivilegierten und Schwachen hielt. In der SPD unter Willy Brandt sah er die Hoffnung auf eine stärkere Demokratisierung der Gesellschaft, die statt Profitorientierung mehr Solidarität unter den Menschen bringen würde. Er hoffte, dass die SPD den sturen Antikommunismus und die Spannung zwischen der Bundesrepublik und dem Ostblock überwinden könnte. Die Partei der Grünen stellte für Böll die bessere Alternative zu den bestehenden Parteien dar, weil sie die politischen Ziele, die für Böll am wichtigsten waren, zu ihrem Programm machte – Pazifismus und Antimilitarismus, Umweltschutz, Beseitigung aller Diskriminierungen und Schutz der Schwachen vor den Mächtigen.

¹⁸⁰ Vgl. Böll, Heinrich: *Vermintes Gelände* 1982, 262–267.

¹⁸¹ Ebd. 266.

5. Heinrich Bölls Engagement in den 70er Jahren

Böll mischte sich seit Ende der sechziger Jahre in allgemeine politische und moralische Angelegenheiten ein. Als er 1970 zum Präsidenten des deutschen PEN und ein Jahr später zum Präsidenten des internationalen PEN wurde, kümmerte er sich besonders aktiv um die Umsetzung der Forderungen der PEN-Charta und versuchte, überall in der Welt verfolgten Autoren zu helfen. In der Bundesrepublik setzte er sich wiederholt publizistisch für die demonstrierenden Studenten ein und versuchte, auf die Radikalen mäßigend zu wirken. Der bekannteste dieser Versuche war sein Spiegel-Artikel „*Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?*“ Durch die Schlagzeile der Bild-Zeitung „*Baader-Meinhof-Bande mordet weiter*“ sah er einen Anlass, sich in innenpolitische Angelegenheiten der Bundesrepublik einzumischen.

5.1 Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit? –

Bölls Spiegelartikel und seine Folgen

Anfang der siebziger Jahre setzte eine öffentliche Kampagne des Springer-Konzerns gegen die linksextreme Bewegung um Andreas Baader und Ulrike Meinhof ein, zu der Böll öffentlich Stellung bezog. Schon im Januar 1971 hatte Böll im Zusammenhang mit den Fahndungen nach der Baader-Meinhof-Gruppe im Namen des Verbandes Deutscher Schriftsteller mit anderen 50 Schriftstellern gegen die Behandlung politischer Gefangener protestiert (sog. Fall Fritz Teufel). Sie hatten die Behörden beschuldigt, die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt zu haben und erklärten, in der Bundesrepublik seien politische Gefangene einer immer offener werdenden Unterdrückung ausgesetzt.¹⁸² Böll hatte damals Parallelen zwischen dem Niedergang der Weimarer Republik und der Fahndung nach der Baader-Meinhof-Gruppe gezogen. Die Behandlung des „Falls Teufel“ durch die Öffentlichkeit und die Medien erinnerte ihn an die Pressepolitik der frühen 30er Jahre. „Es wird mir niemals [...] einleuchten, dass man diese Gruppe zum Staatsfeind Nummer eins erklären darf – dass die Bildzeitung ungestraft weiter ihre kriminelle Demagogie betreiben darf, dass die Bundesrepublik tatsächlich durch eine solche Gruppe in Gefahr geraten soll. Das müsste ein schwacher und schwächerlicher Staat sein, der durch eine solche Gruppe sich gefährdet sieht.“¹⁸³

¹⁸² Rheinische Post, 27. 1. 1971.

¹⁸³ Ebd.

Elf Monate später, am 23. Dezember veröffentlichte die Bild einen Artikel mit der Schlagzeile „*Baader-Meinhof-Bande mordet weiter*“. In diesem Artikel nahm die Bild Schuldzuweisungen vor und schrieb einen ungeklärten Bankraub der Baader-Meinhof-Gruppe zu, ohne dafür Anhaltspunkte oder Beweise zu haben. Böll, der schon seit der APO-Zeit die journalistischen Praktiken der Springer-Presse anprangerte, sah darin eine Vorverurteilung von Personen und eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit. Der Presserat verurteilte die Zeitung später wegen verantwortungsloser Berichterstattung.¹⁸⁴ Böll wartete es nicht ab. Er kündigte der Spiegel-Redaktion einen Artikel über den Bericht der Bild-Zeitung an. Am 26. Dezember 1971 schickte er Rudolf Augstein, dem Herausgeber des Spiegels, den Text mit dem Titel „*Soviel Liebe auf einmal?*“ und bat „nichts daran zu ändern“, ohne es mit ihm abzusprechen. „Ich hab’s gut überlegt, gründlich überarbeitet, mehrmals neu gefasst, und ich entdecke nichts Beanstandendes.“¹⁸⁵

Bölls Artikel erschien dann am 10. Januar 1972 im Spiegel jedoch unter dem Titel „*Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?*“ Mit dieser Überschrift wurde die Aufmerksamkeit der Leser von dem ursprünglichen Hauptziel Bölls, die Berichtserstattungsmethoden der Bild-Zeitung zu demaskieren, abgelenkt und Bölls Überlegungen über den Terrorismus ruckten in den Mittelpunkt. Der Artikel „gegen die Bild-Zeitung“ hätte dadurch „in einen für Ulrike Meinhof“ umgedeutet werden können.¹⁸⁶ Dass diese Umdeutung tatsächlich stattgefunden hatte, zeigte die heftige Auseinandersetzung nach dem Erscheinen des Spiegel-Artikels Bölls, in dem es fast nur um die Problematik vom „geistigen Urheber des Terrorismus“ ging. Bölls scharfe Verurteilungen der Springer-Presse wurden dagegen nur selten zum Diskussionspunkt.

Wie bereits erwähnt befürchtete Böll in seinem Spiegel-Artikel den Abbau der Rechtsstaatlichkeit und attackierte den Springer-Konzern, dem er eine Monopolisierung bei der öffentlichen Meinungsbildung in der Bundesrepublik und Demagogie vorwarf. „Die Bezeichnung Rechtsstaat wird fragwürdig, wenn man die gesamte Öffentlichkeit mit ihren zumindest unkontrollierbaren Instinkten in die Exekutive einbezieht.“¹⁸⁷ Die Methode der Berichterstattung in der Springer-Presse war für ihn „nackter

¹⁸⁴ Reid, James H. 1991, 216.

¹⁸⁵ Böll, Viktor 2002, 139.

¹⁸⁶ Ebd.

¹⁸⁷ ESR 2, 545.

Faschismus, Verhetzung, Lüge, Dreck“¹⁸⁸. Er nannte auch die Hintergründe, die sich seiner Ansicht nach hinter dem Problem des Terrorismus verstecken. Er sprach den Polizeibehörden und der Justiz bei der Gewaltausübung eine Mitschuld zu und forderte den Staat auf, Ulrike Meinhof einen fairen Prozess zu ermöglichen und gleichzeitig Axel Springer öffentlich in einem Prozess wegen Volksverhetzung anzuklagen.¹⁸⁹ Ulrike Meinhof müsse damit rechnen, sich einer totalen Gnadenlosigkeit ausgeliefert zu sehen, während ehemalige Nazi-Mörder begnadigt oder Kriegsverbrecher rechtmäßig verurteilt, heimlich entlassen worden seien.¹⁹⁰ Mit seinem Artikel, obwohl es nicht sein Hauptziel war, legte Böll kraft seines Ansehens die Hände schützend über die Terroristen und betrieb eine Art geistiger Solidarisierung mit den Gruppenmitgliedern, die für ihn im Sinne seiner christlich-humanistischen Überzeugung „Verfolgte“ waren. Wer Böll kannte und seine Werke gelesen hatte, konnte nicht behaupten, dass er die kriminellen gewalttätigen Akte der Baader-Meinhof-Gruppe guthieß. „Sein Essay war gewiss kein Plädoyer für Haltung und Verhalten der Baader-Meinhof-Gruppe, sondern für den Rechtsstaat und gegen die Hetzjagd, die als Nebeneffekt, indem sie alle Schuld- und Mord-anlagen von rechts nach weit links verschob, stillschweigend einen Freispruch für die Nazi-verbrecher lancierte.“¹⁹¹ Auf der anderen Seite war das Ziel der Baader-Meinhof-Gruppe, die Gesellschaft und die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu verändern, Böll gar nicht fremd. Er verteidigte nicht ihre Methoden, er bat um Verständnis für ihr Grundmotiv, Verzweiflung an der Unmöglichkeit, die Ordnung in der Bundesrepublik von heute auf morgen auf den Kopf zu stellen, und verlangte „freies Geleit“.¹⁹²

„Der Artikel fand für seinen moralischen Impetus respektvolles Verständnis und auch Zustimmung, forderte jedoch mit seinen zum Teil falschen Tatsachenbehauptungen und einer hektisch-emotionalen Argumentation heftigen Widerspruch und eine Kampagne gegen den Autor heraus.“¹⁹³ Obwohl Böll mit dem Artikel eine Entspannung beabsichtigte, rief sein Artikel unerwartete und heftige Reaktionen hervor, die in Zei-

¹⁸⁸ NPLS, 225.

¹⁸⁹ Ebd., 228.

¹⁹⁰ ESR 2, 547.

¹⁹¹ Vormweg 2000, 327.

¹⁹² Beth 1980, 177.

¹⁹³ Christ und die Welt, 4. 2. 1979.

tungsartikeln, Interviews, Leserbriefen, aber auch anonymen Anrufen und öffentlichen Diffamierungen mündeten. Diese Kampagne verlief in einer politisch angespannten Zeit, was bestimmt auch dazu beitrug, dass die Seiten in dieser Auseinandersetzung so scharf getrennt waren. Die westdeutsche Gesellschaft reagierte heftiger als je zuvor auf die Ansichten eines Schriftstellers. Ihre verbalen Angriffe galten nicht nur dem Autor, der „ein freies Geleit für Ulrike Meinhof“ gefordert hatte, sie galten gleichzeitig dem „Befürworter der Entspannungspolitik, der friedlichen Koexistenz und der Reformversprechungen der Regierung Brandt“.¹⁹⁴ Die sozial-liberale Regierung unter Brandt musste dem steigenden Druck der Opposition standhalten, die die knappe Mehrheit der „kleinen Koalition“ in Frage stellte. Dazu standen noch die Ostverträge kurz von ihrer Ratifizierung im Bundestag. Es war kein Geheimnis, dass die neue Ostpolitik und die SPD viele prominente Anhänger unter den linksstehenden Intellektuellen hatten. Darum muss die Kampagne, die Bölls Artikel ausgelöst hatte, als ein Teil des politischen Kampfs und der Taktik verstanden werden.

Die unversöhnlichen Positionen, die sich in der Auseinandersetzung über das Phänomen des Terrorismus gegenüberstanden, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen. Die linksstehenden Intellektuellen glaubten Ursachen für den Terrorismus in der Nachkriegspolitik, in der Ära-Adenauer, zu sehen und warfen den Gegnern vor, die Hysterie um die RAF hochzuspielen, um die Aufmerksamkeit der Bürger von wichtigeren Problemen abzulenken. Die Rechte bezeichnete es als „eine bewusste Lüge“, wenn von linker Seite so getan werde, als ob im Lauf der zweijährigen Fahndung nach der Baader-Meinhof-Bande von rechts her eine Diffamierung aller Linken durch das Hochspielen der Bande stattgefunden hätte. Vielmehr habe seit Befreiung Baaders aus der Haft im Mai 1970 die klar erkennbare und belegbare Strategie der linksorientierten Publizistik darin bestanden, die Entartung der APO zur Stadtguerilla als direkte Schuld, im Sinne einer Ursachenzurechnung, der von den Anarchisten angegriffenen Personen auszugeben.¹⁹⁵ Für die Rechte lagen die Gründe für den Terrorismus einerseits in einer zu liberalen Gesetzgebung, andererseits seien auch Intellektuelle und Geistige daran schuld, indem sie die Proteste der APO gebilligt und unterstützt hatten. Die linke Presse habe von Anfang an die Baader-Meinhof-Bande benutzt,

¹⁹⁴ Beth 1982, 177.

¹⁹⁵ Welt am Sonntag, 18. 6. 1972.

um ihre eigene Denunziation der Gesellschaft und der für sie eintretenden Personen zu verschärfen.¹⁹⁶

Bölls Artikel wurde sehr provokativ geschrieben. Mit Absicht, wie Böll später in einem Interview betonte. „Man muss zu weit gehen, um herauszufinden, wie weit man gehen kann“, kommentierte er die gegen ihn gerichteten Angriffe. Die Reaktionen vor allem der Springerpresse hätten ihm gezeigt, dass man „offenbar hierzulande nicht sehr weit gehen kann“.¹⁹⁷ Böll war nicht unschuldig daran, da sein Artikel unter begrifflichen Verschwommenheiten litt und die persönlichen Attacken¹⁹⁸ nicht scheute. Es stimmt zwar, dass die politischen Begriffe für Böll als Dichter nicht genau den gleichen Inhalt, nicht dieselbe Farbe haben mussten wie für die Fachleute. „Ich bin Schriftsteller und die Worte verfolgt, Gnade, Kriminalität haben für mich andere Dimensionen, als sie notwendigerweise für einen Beamten, Juristen, Minister und auch für Polizeibeamte haben.“¹⁹⁹ Trotzdem hätte man von einem Schriftsteller, der sich zu konkreten politischen und gesellschaftlichen Vorgängen äußerte, voraussetzen können, dass er sich so ausdrückt, dass keine großen Unterschiede zwischen Gemeintem und tatsächlich Ausgedrücktem entstehen konnten. Er wandte sich mit seinem Artikel „ja nicht nur an Philologen und Literaturkundige, sondern auch an Bürger, die Bild konsumieren“.²⁰⁰ Dieser Kritikpunkt galt beispielsweise für das Wort „das freie Geleit“²⁰¹, „das Frau Meinhof das Hervorkommen aus dem Wirrsal der Illegalität zu erleichtern, ein konkreter Zweck seines Spiegel-Beitrages war oder doch zu sein schien“.²⁰² Sein Vorschlag, die Baader-Meinhof-Täter gegen die Zusicherung „freien Geleites“ und einer späteren Amnestie aus dem kriminellen Untergrund hervorzulocken, fand in der Tat weder im Recht noch in der Moral eine Rechtfertigung. „Der Rechtsstaat würde sich ad absurdum führen, wenn er Mördern und Bankräubern größere Milde angedeihen ließe als Ladendieben und Verkehrssündern.“²⁰³ Auch Bölls kritiklose Übernahme der Darstellung, die die Baader-Meinhof-Gruppe selbst über ihre Verhaltensweise gab, und daraus

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Der Tagesspiegel, 30. 1. 1972.

¹⁹⁸ Er wünschte z. B. Axel Springer harte Gräten in den Hals.

¹⁹⁹ Süddeutsche Zeitung, 30. 1. 1972.

²⁰⁰ Christ und Welt, 4. 2. 1972.

²⁰¹ Das wörtlich als spezielle Rechtsfigur nicht mehr im deutschen Rechtssystem existierte.

²⁰² Frankfurter Hefte 27 (1972), 160.

²⁰³ Die Tat, 12. 2. 1972.

entsprungene Verharmlosung ihrer Tätigkeit wurden zum Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung.²⁰⁴ Böll selbst trug auch dazu bei, dass diese Auseinandersetzung in eine heftige Diffamierungskampagne mündete, denn wer intolerante Gegner hat, sollte es ihnen unter gar keinen Umständen mit gleicher Münze heimzahlen. „Böll hatte, mit dem hohen Anspruch, grassierende Hysterie abzubauen, Emotionen geschürt und reagierte mit hochfahrender Empfindlichkeit auf seine Kritiker, warf ihnen Demagogie und Übleres vor.“²⁰⁵

5.2 Fall Bukowski²⁰⁶

An dem Tag, an dem sein Spiegel-Artikel erschien, war Böll von Peter Merseburger im Fernsehmagazin „Panorama“ zum Fall Bukowski befragt. In diesem Fall protestierte Böll nämlich nicht und musste sich deshalb die Frage gefallen lassen, ob er „auf dem linken Auge blind sei“ und lediglich aufgrund seiner persönlichen politischen Einstellung nur gegen das Unrecht in konservativ-autoritären Regimes Protest einlege. Für Meinhof setzte sich Böll ein, für Bukowski aber nicht, obwohl die Verurteilung kritischer sowjetischer Schriftsteller zu hohen Freiheitsstrafen und Zwangsaufenthalt in psychiatrischen Kliniken nicht weniger alarmierend war. Der Preis für sein „Schweigen“ im Fall Bukowski war groß, auch wenn allgemein bekannt war, dass Böll die Verfolgung der Systemkritiker im Ostblock verurteilte und unbequemen Oppositionellen half.

Bölls Glaubwürdigkeit wurde nun in Frage gestellt. Seine Kritiker bekamen so eine Waffe gegen Böll in die Hand, von ihm selbst geliefert, denn welche Maßstäbe hat Böll für seine Kritik und sein Schweigen?, fragte sich z. B. die Rheinische Post und gleich bekam der Leser die Antwort: „Er

²⁰⁴ Vgl. Der Spiegel Nr. 5 (1972).

²⁰⁵ Christ und die Welt, 4. 2. 1972.

²⁰⁶ Wladimir Bukowski (geb. 1942 in Belebej/Sowjetunion), Schriftsteller und sowjetisch-russischer Systemkritiker, war nach Alexander Solschenizyn und Andrej Sacharow der wohl berühmteste Dissident der Sowjetunion. Er studierte Biophysik und Kybernetik in Moskau. 1961 wurde er aus politischen Gründen relegiert. Seitdem war er als politischer Dissident im Untergrund tätig. 1965 wurde er als politischer Häftling ohne Urteil in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, danach mehrfach wieder freigelassen und erneut zwangsweise eingeliefert. Nach ausgiebigem Engagement für Bürgerrechtler 1967 wurde er zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt. 1971 wurde er wieder verhaftet und 1972 in einem Scheinprozess zu zwölf Jahren Haft und Arbeitslager verurteilt. Dieser Prozess rief eine große Resonanz in westdeutschen Medien hervor. Nach wiederholten Protesten aus dem Westen wurde Bukowski dann schließlich 1976 in den Westen ausgetauscht.

(Böll) galt einmal als ein Moralist, als ein Prediger öffentlicher Moral. Doch er sieht offenbar nur noch auf einem Auge, und dieses Auge sieht böse, vielleicht weil er zornig ist, vielleicht weil er arrogant ist. Wie auch immer, er raubt sich selbst seine Glaubwürdigkeit.²⁰⁷ Es gab mehrere Gründe, warum sich Böll entschied, keinen Protest einzulegen. Erstens konnte Böll als Vorsitzender des internationalen PEN nicht protestieren, weil er abhängig von den Beschlüssen des sog. Exekutivkomitees war. „Ich kann als Person, ich kann als Autor protestieren, und werde mir das überlegen. Aber in meiner Eigenschaft als Vorsitzender kann ich nicht im Namen des PEN-Clubs protestieren.“²⁰⁸ „Ich möchte eher so weit kommen, einen anderen Einstieg zu finden, ich möchte versuchen, mit verantwortlichen Funktionären, Schriftstellerverbandsleitern, Abgeordneten usw. in ein Gespräch zu kommen über die Tatsache, ob sie sich darüber klar sind, wie eine solche Politik, jetzt im Falle Bukowski, der Sowjetunion schadet.“²⁰⁹ Zweitens war sich Böll nicht über die Wirkung solcher Proteste in der Sowjetunion im Falle Bukowski sicher, wenn ein sehr bekannter Autor wie Solschenizyn einen anderen Schutz als ein Autor wie Bukowski genoss, der lediglich als Oppositioneller bekannt war. „Man muss von Fall zu Fall entscheiden, ob es den Betroffenen hilft oder schadet.“²¹⁰ Drittens wusste Böll, dass solche Proteste die Ostverträge gefährden könnten.²¹¹ Er weigerte sich auch den Weg zu gehen, den die Bild, die Welt, die Welt am Sonntag oder der Bayernkurier eingeschlagen hatten. „Ich werde einen Weg suchen, aber keinen, an dem eine verstellte und demagogisierte Öffentlichkeit teilhat.“²¹² Die Springer-Blätter hätten Bukowski gründlich geschadet. Nichts sei für den sowjetischen Schriftsteller schädlicher, als wenn in Zeitungen, deren Polemik gegen die Ostverträge so wild geführt wird, für ihn plädiert wird.²¹³ Als eine innenpolitische Heuchelei besonders auf Seiten der CDU kritisierte Böll die Reaktion auf die Intellektuellenverfolgung in der Sowjetunion im Zusammenhang mit Überlegungen zum Extremistenbeschluss. Wenn man die Sache recht sehe, könne man vom sowjetischen Standpunkt Sacha-

²⁰⁷ Rheinische Post, 13. 1. 1972.

²⁰⁸ Süddeutsche Zeitung, 12. 1. 1972 (aus einem Gespräch, das Günther Merseburger mit Heinrich Böll in der Sendung Panorama am 10. Januar 1972 führte).

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ Ebd.

²¹¹ Schlesische Rundschau, 4. 2. 1972.

²¹² Die Weltwoche, 9. 2. 1972.

²¹³ Ebd.

row, Solschenizyn, Bukowski auch als Radikale und Extremisten betrachten. Wenn man unter Radikalen und Extremisten nicht nur Leute versteht, die Bomben basteln, sondern Radikalität und auch Extremismus als eine intellektuelle Notwendigkeit erkenne, sehe er in den Bestrebungen des Radikalen- und Extremistenbeschlusses auch eine Anti-Intellektuellenbewegung.²¹⁴ Sehr kritisch wurde auch Bölls Vergleich der Lage in der Sowjetunion mit der Situation in der Bundesrepublik empfunden. Bölls Ansicht nach wurde nämlich auch in der Bundesrepublik in bestimmten Fällen die freie Meinungsäußerung unterdrückt. „Man muss auch wissen, dass die Geschichte der Freiheit eine andere in Russland und der Sowjetunion ist. Ich glaube, dass wir mit unserem westlichen Begriff der Freiheit ein bisschen arrogant umgehen.“²¹⁵ Als Beispiele für die beschränkte Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik nannte er das APO-Blatt „Extra-Dienst“ und die Entlassung Arnfried Astels, der als Literaturredakteur des Saar-Rundfunks tätig war und aufgrund eines Gedichtes, das sich mit Bundesminister Schmidt und der Baader-Meinhof-Gruppe befasste, fristlos entlassen wurde. Als Präsident des deutschen PEN intervenierte Böll in diesem Fall. Für ihn war die Entlassung eines PEN-Mitglieds aufgrund einer literarischen Äußerung „ein alarmierender Fakt“, der die im Grundgesetz verbürgte Meinungsfreiheit angetastet habe. Man könne zwar über die Qualität des Gedichtes streiten, jedoch müsse man Astels „politisches polemisches“ Epigramm sorgfältig interpretieren.²¹⁶

5.3 Kritik an Böll nach der Veröffentlichung seines Spiegelartikels

Die mit dem Spiegel-Artikel hart Angegriffenen schlugen ebenso hart zurück. Gleich einen Tag nach dem Erscheinen des Spiegel-Artikels veröffentlichte Die Welt einen dreispaltigen Leitartikel von Rudolf Krämer-Badoni, der Böll suggestiv zum Freund und Helfer der Baader-Meinhof-Bande abstempelte sowie eine Karikatur (Ansichten eines Clowns) des Karikaturisten Hicks, die in „Stürmer“-Manier Heinrich Böll als Mordhelfer von Ulrike Meinhof zeigte. Weitere Artikel²¹⁷, die sich mehr mit der Diffamierung von Heinrich Böll beschäftigten als mit seinem Artikel, wie

²¹⁴ Frankfurter Rundschau, 24. 9. 1973.

²¹⁵ Süddeutsche Zeitung, 12. 1. 1972 (aus einem Gespräch, das Günther Merseburger mit Heinrich Böll in der Sendung Panorama am 10. Januar 1972 führte).

²¹⁶ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 14. 1. 1972.

²¹⁷ Vgl. Grützbach 1972.

z. B. „böllernder Schreibtischhelfer“ (Die Welt), „Heinrich Böll huldige nun der bewaffneten Meinungsfreiheit“ (Die Welt), „Böll hat zu einer Sprache gefunden, die ein Gemeinschaftswerk Karl-Eduard von Schnitzlers und Joseph Goebbels sein könnte“ (Bild), folgten.

Auch Hans Habe, Bölls Schriftstellerkollege und PEN-Mitglied, schrieb in der Welt am Sonntag: „Was er [Böll] befürwortet und was er duldet [...], das ist nackter Faschismus und Faschismus wäre es, wenn Präsident Böll auf seinem Posten verharrte.“²¹⁸ Böll missbrauche sein Amt, wenn er hinter dem Schild der PEN-Präsidentschaft eine Verbrecher-Gruppe verteidigt und die Verteidigung eines verfolgten russischen Autors allein ließe.²¹⁹ Als Gegenangriff kündigte Böll allen Zeitungen und Zeitschriften seine Mitarbeit auf, in denen der Schriftsteller Hans Habe schrieb. Böll dachte nicht darüber nach, sein Amt des Präsidenten des internationalen PEN niederzulegen. „Dann mag das Gremium, das mich gewählt hat, mich im April wieder abwählen, falls es zu der Einsicht kommt, ich sei nicht mehr würdig.“²²⁰ Er dachte nicht daran, etwas zu tun, das dem Schriftsteller Hans Habe das Gefühl geben könne, er wolle eine Kampagne gegen ihn starten.²²¹ Dem Generalsekretär des internationalen PEN-Zentrums in London wurde aber inzwischen ein Antrag vorgelegt, die Frage zu überprüfen, ob der Schriftsteller Hans Habe als PEN-Mitglied gegen die Charta des PEN verstoßen habe.²²²

Böll rechnete mit harten Angriffen seitens der Springer-Presse. Als Antwort darauf, stellte er jede Zusammenarbeit mit dem Pressehaus Springer ein – das bedeutete keine Interviews, Stellungnahmen, Kommentare usw. mehr. Er löste sich auch als Buchautor vom Ullstein-Verlag, nachdem er erfahren hatte, dass dieser Verlag jetzt auch dem Springerimperium gehörte. „Es trennen uns Welten, Mauer, Schießbefehle.“²²³

Die aggressiven Reaktionen des Pressehauses Springer auf Bölls Spiegel-Artikel waren zu erwarten, schließlich war das Haus Springer die Zielscheibe von Bölls Spiegel-Polemik. Was aber erstaunlich erscheinen mag, ist die Tatsache, dass auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten und die Politiker mit einer heftigen an Diffamierung grenzenden Kritik an dieser Aus-

²¹⁸ Zit. nach: Der Morgen, 11. 2. 1972.

²¹⁹ Süddeutsche Zeitung, 31. 1. 1972.

²²⁰ Der Tagesspiegel, 30. 1. 1972.

²²¹ Badische Zeitung, 7. 2. 1972.

²²² Ruhr Nachrichten, 28. 1. 1972.

²²³ Der Tagesspiegel, 30. 1. 1972.

einandersetzung teilnahmen. Für Böll kam es überraschend vor und es enttäuschte ihn sehr. „Ich habe Herrn Springer angegriffen, mich angreifen tun andere Leute. Ich habe ja nicht Herrn Habe, Herrn Planitz, Herrn Wöller angegriffen.“²²⁴ Böll wurde als Salonanarchist beschimpft. Man sprach von den Bölls und pervertierte sie zu Feinden der freiheitlich-rechtlichen Grundordnung, die gefährlicher seien als die Baader-Meinhof-Gruppe.²²⁵ Böll war tief betroffen, obwohl er diese Polemik heraufbeschworen hatte. „Es macht mich wahnsinnig, ewig, ewig mich gehetzt zu fühlen und ewig gezwungen zu sein, zu dementieren, Presseerklärungen zu geben. Jeder Idiot – entschuldigen Sie den Ausdruck, der ein bisschen zuviel getrunken hat und im Fernsehen einen Kommentar gibt, kann meinen Namen im Zusammenhang mit Bombenlegern nennen. Wenn das so weitergeht, dann wird hier eine intellektuelle Landschaft entstehen, die verödet. Es ist eine Ödnis. Alle Leute werden eingeschüchtert.“²²⁶

Gegen die übelsten Beschimpfungen sah sich Böll gezwungen, gerichtlich vorzugehen. Wie Georg Schwikart richtig bemerkt, drehte es sich bei den Prozessen nie um die Frage, ob Böll wirklich Einfluss auf die Terroristen hatte. „Wie soll er denn? Kein Terrorist holte sich bei ihm Rat. Kein Terrorist war Held in einem seiner Romane.“²²⁷ Im Übrigen war es Ulrike Meinhof selbst, die Böll als für terroristische Sachen vollkommen unbrauchbar bezeichnete. Dafür sei er zu „korrupt“, tot seit dem Wahlkampf 72.²²⁸ Die Gerichte mussten entscheiden, ob sich die Äußerungen in den Medien noch im Rahmen der freien Meinungsäußerung der Journalisten bewegten oder als Verleumdungen Bölls Persönlichkeitsrecht verletzten. In vielen Fällen war die Empörung Bölls verständlich. Sein Freund und Vizepräsident des internationalen PENs Robert Neuman drückte es in einem Interview folgendermaßen aus: „Mit seiner notorischen Integrität, seinem Selbstverständnis als dem eines Mannes, der doch einen Teil des öffentlichen Gewissens darstellt, der ausspricht, der für Recht und Gerechtigkeit ist, sollte das eigentlich außer Streit stehen.“²²⁹ Trotzdem gab es Fälle, in denen Böll, was er selbst auch später zugab, „sehr ungeschickt“ reagierte.

²²⁴ Deutsche Volkszeitung, 17. 2. 1972. (Interview mit Böll in der Sendung Titel, Thesen, Temperamente der ARD.)

²²⁵ Welt der Arbeit, 17. 3. 1972.

²²⁶ Westfälische Rundschau, 13. 6. 1972.

²²⁷ Schwikart 1996, 93.

²²⁸ Ebd., 96.

²²⁹ Westfälische Rundschau, 17. 2. 1972.

Die sofortige Kündigung der Zusammenarbeit mit dem Südwestfunk, war das bekannteste Beispiel. Bölls Reaktionen auf die Kritik zeigen, wie tief er von der Welle der Kritik und des Unverständnisses der Öffentlichkeit getroffen wurde. Er wollte z. B. „in Zukunft nicht mehr Vorträge oder Lesungen für deutsche Institute im Ausland halten“, sowie als „deutscher Kultur-export“ dienen und „den Eisbrecher“ im Ausland spielen.²³⁰ Später bereute er es und nahm es nach einer Woche zurück. Er habe sich anders besonnen, „weil es für Willy Brandt, Walter Scheel und andere Politiker“, die er im Augenblick für wichtig halte, „kränkend sein könnte“.²³¹ Er verwies darauf, dass man „in der Erregung eben manches sagt“.²³²

Wie ich schon erwähnt habe, rief Bölls Spiegelartikel heftige Auseinandersetzungen nicht nur in den Privatmedien, sondern auch in den öffentlich-rechtlichen Anstalten hervor. Am 24. Januar 1972 stempelte ARD-Kommentator Ulrich Frank Planitz²³³ Heinrich Böll als „Anwalt anarchistischer Gangster“ ab. Er kritisierte scharf in seinem von Südwestfunk ausgestrahlten Kommentar²³⁴ Heinrich Böll und bezog sich vor allem auf die Angst von Böll, dass Ulrike Meinhof kein freies Geleit geboten werde: „Literaturpräsident Böll habe sich zum Anwalt anarchistischer Gangster aufgeschwungen. Es sei hier zwar ausdrücklich festzuhalten, dass Böll einen Prozess gegen die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe immerhin für notwendig hält. Aber, wer würde, so sei doch zu fragen, Ulrike Meinhof, Andreas Baader und ihre Rotarmisten daran hindern, sich freiwillig zu stellen? Der Schriftsteller kann doch nicht im Ernst glauben, sie würden niedergeschos-

²³⁰ Interview in der Fernsehsendung Titel, Thesen, Temperamente, zit. nach Der Tagesspiegel, 30. 1. 1972.

²³¹ Westfälische Rundschau, 9. 2. 1972.

²³² Frankfurter Rundschau, 7. 2. 1972.

²³³ Planitz war gleichzeitig Chefredakteur der Deutschen Zeitung/Christ und die Welt.

²³⁴ In dem Kommentar hieß es unter dem Thema „Letzte Parole: Verhaftet oder tot“, Ulrike Meinhof und Andreas Baader rüsteten zum letzten Gefecht. Nach dem Motto „Die Linke stirbt, doch sie ergibt sich nicht“ propagierten sie den bewaffneten Aufstand gegen die bestehende Eigentumsordnung, während sie in der Wirklichkeit ganz schlicht Pässe fälschen, Banken ausrauben und Polizisten niederschließen. In einem Brief, der allem Anschein nach von Baader stammt, wird all das auch nicht geleugnet. Aber Deutschlands Salonanarchisten, die seiner Bande Unterschlupf gewähren, werden diesen Brief anders interpretieren. Denn dort heißt es geheimnisvoll, die Öffentlichkeit des Bullenstaates wisse nichts über die RAF. Hinter diesem Namen verberge sich eine kriminelle Vereinigung, die sich auf politische Ziele hinausrede. Sie ist das terroristische Produkt der Studentenrevolte, weshalb ihre Verbrechen selbst bei so gutbürgerlichen Existenzen gewissermaßen als Kavaliersdelikte gelten. (Zit. nach: Die Welt, 26. 1. 1972.)

sen, sobald sie sich einer Polizeiwache näherten! Geschossen wurde schließlich von Bölls Klienten, als es bei Baader gewaltsamer Befreiung aus den Händen der Justiz Schwierigkeiten gab.“²³⁵ Am Ende des Kommentars hieß es: „Für ihre salonanarchistischen Sympathisanten wäre es deshalb an der Zeit, ihre Hilfestellung zu beenden. Denn die revolutionäre Utopie, die hier geträumt wird, kann tödliche Folgen haben.“²³⁶ Böll fühle sich diffamiert und kündigte aus Protest gegen diesen Fernsehkommentar per Telegramm an den Intendanten des SWF Hammerschmidt seine Mitarbeit bei dem Sender auf und untersagte dem SWF die Wiederholung aller seiner Sendungen. „Nach dem faschistisch verleumderischen Kommentar von Herrn Planitz halte ich jegliche Mitarbeit mit dem Südwestfunk für beendet. Ich verbiete hiermit die Wiederholung irgendeiner meiner Sendungen einschließlich des Films *„Die Sprache der kirchlichen Würdenträger“*. Ich nehme an, dass diese Ankündigung eines Salonanarchisten Ihnen gut ins Konzept passt.“²³⁷ Böll kündigte auch weitere Schritte für den Fall an, dass „die Hetzkampagne gegen ihn fortgesetzt werde“.²³⁸ Später fügte er noch hinzu: „Meine Kündigung ist der freie Entschluss eines in einem freien Land lebenden freien Schriftstellers, der sich – laut freier Marktwirtschaft – seine Kulturpartner selbst auswählen darf.“²³⁹ Er wies den Vorwurf zurück, er habe die Absetzung von Ulrich Frank Planitz verlangt. Er habe auch nicht, „die Macht und den Ehrgeiz, seine erfreuliche Tätigkeit einzuschränken. Mag er also täglich im SWF kommentieren.“ Er habe lediglich seine eigene Meinungsfreiheit, oder „genauer ausgedrückt: die Möglichkeiten meine Meinung zu verbreiten“ eingeschränkt, indem er den SWF nicht mehr als Meinungsverbreitungsinstrument benutzen möchte.²⁴⁰

Die Anstalt erklärte, sie nehme mit Befremden zur Kenntnis, dass Böll offenbar nicht bereit ist, einem Kommentator die Meinungsfreiheit zuzubilligen, die er für sich in Anspruch nimmt.²⁴¹ Ulrich Frank Planitz sagte zu den Vorwürfen Bölls, dieser gehe mit den Begriffen wie Faschismus und Verleumdung leichtfertig um, was bei einem Schriftsteller erstaunlich sei. Böll könne sich von dem Kommentar nur dann betroffen fühlen, wenn

²³⁵ Ruhr-Nachrichten, 26. 1. 1972.

²³⁶ Frankfurter Rundschau, 27. 1. 1972.

²³⁷ Zit. nach Die Welt, 26. 1. 1972.

²³⁸ Der Tagespiegel, 26. 1. 1972.

²³⁹ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 28. 1. 1972.

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ Die Welt, 26. 1. 1972.

auch er Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe Unterschlupf gewährt hat oder noch gewährt.²⁴² Die Formulierung habe sich ausdrücklich auf die Leute bezogen, die dies getan hätten. Seine Kritik habe sich nur auf Bölls Äußerungen im Spiegel bezogen.²⁴³

Dies war die erste Auseinandersetzung mit Bölls Artikel in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Sie zeigt uns aber deutlich, wie vage die Trennung zwischen freien Meinungsäußerung und Diffamierung sein kann. Böll war auf die Kritik nicht vorbereitet. Für einen Kommentar, für eine Meinungsäußerung, der gesamten Anstalt seine Mitarbeit zu kündigen, kann nicht als adäquate Reaktion bezeichnet werden. Selbst Böll gab später zu, dass er unangemessen reagierte und fand seine Kündigung beim SWF „sehr ungeschickt“.²⁴⁴

Der Kommentar von Planitz war der erste, aber nicht der letzte. Es folgten weitere Äußerungen von Kommentatoren der öffentlich-rechtlichen Massenmedien, die noch kritischer zu Böll waren. Es handelte sich dabei eher um Diffamierungen als um eine freie Meinungsäußerung, was dann auch Gerichtsurteile bestätigten.

Moderator Gerhard Löwenthal unterstellte Böll im ZDF-Magazin: „Die Sympathisanten des Links-Faschismus, die Bölls und Brückners und all die anderen Linksintellektuellen, sind nicht einmal einen Deut besser als die geistigen Schrittmacher der Nazis, die schon einmal so viel Unglück über unser Land gebracht haben.“²⁴⁵ Das war schon für Böll unerträglich, im Zusammenhang „mit dem größten Übel, das es je gab“²⁴⁶, mit dem Nazismus, genannt zu werden. Er belangte Löwenthal vor Gericht, „weniger wegen meiner Person als vielmehr deswegen, weil man sich selber am Recht vergeht, wenn man ein Unrecht stehen lässt“.²⁴⁷ Löwenthal habe sich durch einen persönlichen Angriff auf ihn „zu einer Denunziation aufgeschwungen, die man nicht stehen lassen kann, wenn man überhaupt rechtlich denkt“.²⁴⁸ Noch vor Beginn des Prozesses am 16. Februar 1972 erklärte Löwenthal in der Sendung „*Wort in eigener Sache*“, es habe ihm fern gelegen, Böll in die Nähe des Links-Faschismus oder der Nazis zu stellen.

²⁴² Ebd.

²⁴³ Frankfurter Rundschau, 27. 1. 1972.

²⁴⁴ Westfälische Rundschau, 9. 2. 1972.

²⁴⁵ Bulletin des Fränkischen Kreises, März 1972 (154).

²⁴⁶ Frankfurter Rundschau, 2. 2. 1972.

²⁴⁷ Westfälische Rundschau, 9. 2. 1972.

²⁴⁸ Ebd.

Der Eindruck hätte möglicherweise aufgrund einer eigenen Verkürzung seines Manuskriptes entstehen können. Böll habe aber zur Verwirrung beigetragen und den Eindruck erwecken können, linksextreme Aktivitäten zu verteidigen.²⁴⁹ Am Ende des Rechtsstreites musste Gerhard Löwenthal anerkennen, dass seine Behauptung, Böll bewege sich auf der Linie der „geistigen Schrittmacher der Nazis“, nicht haltbar sei.²⁵⁰ Die offizielle Antwort der ZDF-Leitung auf den Vorwurf, Löwenthal habe Böll und andere „Intellektuelle, die politisch links stehen“, in einer Sendung am 26. Januar „im Namen des ZDF diffamiert und beleidigt“, ähnelte der des SWF. ZDF-Intendant Holzamer betonte, dass ein Moderator in einer Magazinsendung stets seine persönliche Meinung artikuliere, die nicht als offizielle Stimme der Anstalt gewertet werden könne.²⁵¹

Am gleichen Abend, an dem Löwenthal seinen Kommentar sprach, versuchte ZDF-Chefredakteur Rudolf Woller, Bölls „Staatsverständnis zu ermitteln“ und stilisierte ihn mit dieser persönlich an ihn gerichteten Frage zum Volksfeind: „Böll wird nicht müde, diesen unseren Staat als das Gesetz gewordene Böse zu diffamieren [...] Moralisten mit einseitiger Moral erreichen das Gewissen des Volkes nicht.“ Und setzte fort: „Gibt es das Recht für den, der mit der Rechtsordnung nicht einverstanden ist, im sog. Volkskrieg mit Gewalt und Raub, im Notfall auch durch Mord, die Mehrheit und ihre Überzeugungen niederzukämpfen?“²⁵² Der Bezug auf Bölls Wuppertaler Rede²⁵³ von 1966 war deutlich. Die Reaktion von Böll war die Einstellung seiner Mitarbeit beim ZDF.

5.4 1974–1977 – Heinrich Böll und „Deutscher Herbst“

Am 10. November 1974 wurde der Westberliner Kammergerichtspräsident Günther von Drenkmann durch Terroristen ermordet. Seinen Mördern warf Böll ein doppeltes Verbrechen vor. Zum einen sei ein Mensch getötet worden, zum anderen sei es ein wahnsinniger Zustand, wenn alle

²⁴⁹ Westfälische Rundschau, 17. 2. 1972.

²⁵⁰ Westfälische Rundschau, 30. 3. 1972.

²⁵¹ Westfälische Rundschau, 9. 2. 1972.

²⁵² Welt am Sonntag, 13. 2. 1972.

²⁵³ Böll sagte: „Dort, wo der Staat gewesen sein könnte oder sein sollte, erblicke ich nur wenige verfaulende Reste von Macht.“ Ein Satz, der, aus dem Zusammenhang gerissen, Böll in Bezug auf den Terrorismus ständig vorgehalten wurde. Böll wollte aber nicht mit diesem Satz den Staat schmähen oder beschimpfen, im Gegensatz. Er wollte die Bevölkerung zu einem größeren gesellschaftlichen und politischen Engagement auffordern.

Richter und höheren Polizeibeamten jetzt um ihr Leben zittern müssten. Hysterie entstehe schließlich dann, wenn auch geistige Radikalität jetzt in Beziehung mit den Aktionen der RAF gebracht werde.²⁵⁴ Unter Berufung auf diesen Mord könne man jetzt jede Art radikaler Nachdenklichkeit verdächtigen. „Fall Drenkmann wird zum Vehikel zur Verfolgung Tausender engagierten Menschen. Es wird schwierig gegen Radikalenerlasse, die ja schon praktiziert werden, zu argumentieren.“²⁵⁵ Er distanzierte sich auch wieder von der RAF: „Ich hielt schon das Konzept der ursprünglichen RAF-Fraktion für wahnsinnig.“²⁵⁶

Obwohl sich Böll seit seinem Artikel im Spiegel mehrmals von den Gewalttaten distanzierte und nur für die Gewährung der Gerechtigkeit plädierte – „Selbst der Rechtsbrecher hat Rechte. Nicht nur ein Verdächtiger, sondern ein überführter Verbrecher noch Rechte hat, dass Rechtsprechung, Gesetzgebung und Strafvollzug ihm diese Rechte garantieren müssen. Es sind keine Instrumente der Rache, sondern der, wie man sagt, Wiederherstellung des Rechts dienen“²⁵⁷ – stand er wieder im Zentrum der Anti-Intellektuellen-Kampagne. Immer öfters wurden terroristische Gewalttaten zum Anlass genommen, nicht nur kritische Intellektuelle, sondern auch kirchliche Mitarbeiter²⁵⁸ in den Zusammenhang mit dem Terrorismus zu bringen. Böll charakterisierte diese Vorgänge als „Christenverfolgung“²⁵⁹ und urteilt: „Was hier vor sich geht in diesem Lande ist ja Wahnsinn. Wenn das so weiter geht, wird die Baader-Meinhof-Gruppe in einem halben Jahr ihr Ziel erreicht haben, nicht durch uns, die wir möglicherweise die kriminelle Sünde der Differenzierung begehen, sondern durch die Scharfmacher auf der Rechten, denen an der Konfrontation so viel liegt wie an der Baader-Meinhof-Gruppe.“²⁶⁰

Drei Jahre später, im Jahre 1977 kam es zu einer neuen brutalen Welle terroristischer Gewalttaten in der Bundesrepublik, die eine öffentliche Hysterie auslöste und die „die Angst vor dem Terrorismus in den früheren sieb-

²⁵⁴ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 14. 11. 1974.

²⁵⁵ Frankfurter Rundschau, 14. 11. 1974.

²⁵⁶ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 14. 11. 1974.

²⁵⁷ Frankfurter Rundschau, 14. 11. 1974.

²⁵⁸ Oft wurden in diesem Zusammenhang die evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer, Kurt Scharf und Heinrich Albertz genannt.

²⁵⁹ Böll, Heinrich: Plädoyer für ein Rechtsstaat, 57, zit. nach Beth 1980, S. 33.

²⁶⁰ Ebd. S. 58.

ziger Jahren bei weitem übertraf“. ²⁶¹ Hohe Repräsentanten des Staates fielen terroristischen Anschlägen zum Opfer. Der bekannteste dieser Anschläge war die Entführung und Ermordung Hanns Martin Schleyers, des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände. Die Opposition sprach über Staatskrise und rief nach schärferer Gesetzgebung und Kompetenzänderungen im Bereich Terroristenbekämpfung. Laut Golo Mann befand sich die Bundesrepublik „im Bürgerkrieg“. Kurt Sontheimer sprach sich dafür aus, „zur Bekämpfung des Terrorismus notfalls nicht vor Grundgesetzänderungen mit einer Einschränkung für Freiheitsrechte des einen oder anderen zurückzuschrecken“. Unter Umständen müsse man auch an ein Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus mit eingeschränkten Freiheitsrechten für Personen denken, die dieser Richtung zuneigen. ²⁶² Der CSU-Bundestagsabgeordnete Lorenz Niegel forderte die Einführung der Todesstrafe, die speziell für Terroristen hätte gelten sollen, aber nicht nur für Mord, sondern auch für Entführungen und Geiselnahme. Nach einer Umfrage von der Welt am Sonntag waren 67% der Bundesbürger für die Wiedereinführung der Todesstrafe. ²⁶³ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner wandte sich zwar im Zusammenhang mit den Terroranschlägen gegen den Begriff Staatskrise, da es zwar „eine Summe von Gefahren“ gebe, es aber darauf an komme, dass den Bürgern geholfen werde, „die Kompliziertheit von Vorgängen zu verstehen – anstatt mit Begriffen wie Staatskrise zu kokettieren“. ²⁶⁴ Im Übrigen sei er durchaus bereit, Gesetzesvorschläge zur Terrorismus-Bekämpfung der Opposition zu prüfen. Der Vorsitzende Brandt sprach sich dafür aus, die Fahndung nach Terroristen wesentlich zu intensivieren, auch wenn dadurch andere wichtige polizeiliche Aufgaben vernachlässigt werden müssten. ²⁶⁵ Der Wille zur Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten im Namen der Sicherheit war groß. Einige der Forderungen wurden dann tatsächlich in den sogenannten Anti-Terror-Gesetzen im Bundestag verabschiedet. ²⁶⁶

Kein Wunder, dass in dieser Atmosphäre die Suche nach den „Vätern der Gewalt“, den „Schreibtischhelfern“ und „Sympathisanten“ der Terroristen mit großer Stärke wiederentflammte. Aber wer war eigentlich „ein Sympathisant“?

²⁶¹ Beth 1980, 26.

²⁶² Westfälische Rundschau, 12. 9. 1977.

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Mehr dazu in Kapitel 5.4.1 Bölls Kritik der Reaktion des Staates.

Carl Dieter Spranger (CSU) definierte diesen Begriff im Bayernkurier folgendermaßen: „Sympathisant ist derjenige, der durch Worte und Taten zum Ausdruck bringt, dass ihm die ganze terroristische Bewegung, ihre ursprünglich-geistigen Wurzeln, ihre pseudopolitischen Motivationen nun irgendwie nicht unangenehm, vielmehr sogar positiv erscheinen.“²⁶⁷ Namen wie Böll, Gollwitzer, Albertz, Scharf²⁶⁸ wurden in diesem Zusammenhang am häufigsten genannt, obwohl sie auf Bitten der Landesregierung von Baden-Württemberg im Falle Schleyer an die Entführer öffentlich appellierten, „das mörderische Tauschgeschäft von Menschenleben gegen Menschenleben aufzugeben“.²⁶⁹ Ständig wurden in der Presse von diesen „Sympathisanten“ Distanzierungen von den RAF-Verbrechern gefordert. Böll fand dieses absurd. Er habe Mord und Terror niemals beschönigt. Einige seiner Äußerungen aus den früheren Jahren müsse man aus der damaligen historischen Situation verstehen, in der es die jetzt bekannten Taten noch nicht gegeben habe.²⁷⁰ Böll betonte auch, dass „keine politische Gruppierung auch nur den geringsten Zweifel lassen sollte, dass kaltblütig geplante Ermordung und Entführung kein Mittel im politischen Kampf sei. Zwei- oder Vieldeutigkeit seien nicht mehr am Platz.“²⁷¹ Die Hauptaufgabe der Intellektuellen bestand nach Böll jetzt darin, die bürgerlichen Freiheiten und die Grundrechte zu verteidigen. Der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon, der auch Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages war, warnte ausdrücklich vor Überreaktionen und Überschätzungen des Terrorismus. „Es ist unser Staat, und den wollen wir uns nicht nehmen lassen, weder durch Terroristen noch durch Überreaktionen auf deren Verhalten.“²⁷² Böll stimmte völlig zu. Er fühle sich in dieser Welt angesichts der aufkommenden Geisteshaltung fremd.²⁷³ Wenn es der Wunsch der Terroristen gewesen sei, Konfrontationen und Provokationen zu schaffen, dann

²⁶⁷ Frankfurter Rundschau, 12. 10. 1977.

²⁶⁸ Die Theologen Heinrich Albertz, Hellmut Gollwitzer, Kurt Scharf und der Dichter Heinrich Böll.

²⁶⁹ Böll, Viktor 2002, 159f. [Der Appell von der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau lautete: „Wir appellieren an die Entführer von Hanns Martin Schleyer: seien Sie sich klar, dass weiteres Töten alles vernichtet, was Sie erreichen wollen und unübersehbare Folgen für unser ganzes Land haben wird, auch für Ihre Freunde in Gefängnissen. Lassen Sie Menschlichkeit über Ihre Planung siegen und geben Sie das mörderische Tauschgeschäft von Menschenleben gegen Menschenleben auf.“]

²⁷⁰ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 6. 10. 1977.

²⁷¹ Ebd.

²⁷² Westfälische Rundschau, 12. 9. 1977.

²⁷³ Wiesbadener Kurier, 6. 10. 1977.

seien sie auf dem besten Weg, das Ziel zu erreichen, erklärte Böll im Hinblick auf die populäre Hetze, die vor allem von CDU/CSU-Politikern gegen „Intellektuelle auf Kathedern und Kanzeln“ (Strauß) verbreitet wurden. Böll gab der Vernunft in der Bundesrepublik keine Große Chance mehr, „wenn nicht jetzt Zeitungen, der Funk, das Fernsehen sozusagen zum Gegenangriff übergehen und sich nicht einschüchtern lassen. Die augenblickliche Art der Stimmungsmache sei lebensgefährlich“²⁷⁴ Der Streit Böll gegen Matthias Walden und die Erklärung der CDU/CSU anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille durch die Liga für Menschenrechte an Böll illustrieren gut die damalige Stimmung.

Der Chefkomentator des Senders Freies Berlin (SFB) Matthias Walden²⁷⁵ erklärte in seinem ARD-Kommentar nach der Ermordung Drenkmanns am 21. November 1974: „der Boden der Gewalt wurde durch den Ungeist der Sympathie mit den Tätern gedüngt. Jahrelang warfen renommierte Verlage revolutionäre Druckerzeugnisse auf den Büchermarkt“ und setzte mit Anspielung auf Bölls Wuppertaler Rede 1966 fort: „Heinrich Böll bezeichnete den Rechtsstaat, gegen den sich die Gewalt richtete, als Misthaufen und sagte, er sehe nur Reste verfallender Macht, die mit rattenhafter Wut verteidigt werden. Er beschuldigte diesen Staat, die Terroristen in gnadenloser Jagd zu verfolgen.“ Böll fühlte sich durch diese Äußerung schwer beleidigt und verklagte Walden und den SFB wegen Verletzung seines Persönlichkeitsrechts auf eine Entschädigung in Höhe von 100 000 DM. Böll beklagte, dass ihn Walden durch seinen Kommentar in den Augen der Fernsehzuschauer zum Schreibtischtäter der Terroristen gemacht habe. Walden brachte die teilweise entstellten und schon weit vor Beginn der terroristischen Gewalttaten geäußerten Zitate Bölls in einen Zusammenhang mit dem Mord am Kammergerichtspräsidenten und habe auf dieser Weise den Schriftsteller in eine Reihe mit Mördern gestellt.²⁷⁶ Walden und der SFB fühlten sich unschuldig. Ihr Anwalt fasste die Argumente der Verteidigung zusammen: „Wer derartig akzentuiert ätzend, manchmal beleidigend den Staat angreife, müsse sich gefallen lassen, dass seine politischen Gegner mit gleicher Münze zurückzahlen.“²⁷⁷ Der Prozess wurde durch alle Instanzen geführt. Das Landgericht Köln wies die Klage ab, das Ober-

²⁷⁴ Frankfurter Rundschau, 1. 10. 1977.

²⁷⁵ Im Nebenberuf ein ständiger Mitarbeiter der Welt.

²⁷⁶ Vgl. Stuttgarter Zeitung, 19. 4. 1978.

²⁷⁷ Ebd.

landesgericht Köln sprach Böll 40 000 DM zu. Gegen dieses Urteil legten Walden und der SFB Berufung vor dem Bundesgerichtshof ein.

1978 wurde die Klage zurückgewiesen, was dann aber 1980 durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde. 1981 entschied dann definitiv der Bundesgerichtshof zugunsten Heinrich Bölls.

Der Streit Böll gegen Walden ist der bekannteste, aber selbstverständlich nicht der einzige. Böll wurde von vielen kritisiert und als „der geistige Vater der Terroristen“ beschimpft. Die heftigste Kritik kam von der CDU/CSU. Die Erklärungen ihrer Spitzenpolitiker lieferten dafür ein gutes Beispiel. Anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille durch die Liga für Menschenrechte boykottierte die Berliner CDU die Ehrung für Böll und Gollwitzer mit der Begründung, dass sie zu denjenigen gehörten, „die in unserem Lande die Saat der Gewalt gepflegt und kultiviert haben“²⁷⁸. Die Teilnahme der SPD bezeichnete die CDU als „mangelnde Bereitwilligung zur Abgrenzung gegenüber Terror“²⁷⁹. Böll sah in diesen Vorgängen einen weiteren Beweis für einen Rechtsruck und fürchtete die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik. „Es ist doch ganz einfach zu sehen, welches Modell da angewendet wird. [...] Zuerst hat man die Linken abgeschossen: in allen Parteien, in allen Differenzierungen – es gibt ja viele. Jetzt sind die Links-Liberalen dran, zu denen ich Gollwitzer und mich zähle. [...] Die nächsten werden die Liberalen sein; sie fangen ja schon an zu schwanken [...]. Dann kommen die Konservativen dran. Und ich appelliere an die Konservativen und an die Liberalen, Acht zu geben, das geht Schritt für Schritt weiter.“²⁸⁰ Gegen die verleumderischen Äußerungen der CDU/CSU-Politiker konnte sich Böll nur schwierig wehren, da sie zumeist Abgeordnete waren und als solche Immunität besaßen. So konnte er auch nicht gegen den Fraktionschef der Berliner CDU Heinrich Lummer klagen, für den Böll „einer der Großväter der Gewalt“ war.²⁸¹

5.4.1 Bölls Kritik an der Reaktion des Staates

Die Terroristenwelle der 70er Jahre stellte die europäischen Demokratien auf die härteste Belastungsprobe ihrer Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Situation in der Bundesrepublik war dramatisch. Das Risiko, dass

²⁷⁸ Tagesspiegel, 3. 12. 1974.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Böll, Heinrich: *Einmischung erwünscht* 1977, 185f.

²⁸¹ Schröter 1982, 119.

die neue nach dem nationalsozialistischen Übel gegründete Demokratie in einem Staat der inneren Sicherheit hätte verwandelt werden können, war groß, denn nicht nur ein Teil der politischen Repräsentanten, sondern auch ein großer Teil der Bevölkerung war bereit, auf einige demokratische und persönliche Freiheiten zu verzichten. Mit den Worten des Bundeskanzlers Helmut Schmidt „Wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen will, der muss innerlich auch bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist.“²⁸² Das jenes nicht im großen Maße geschah und diese Grenze nicht überschritten wurde, kann als Sieg der demokratischen Kräfte und der kritischen Intellektuellen bezeichnet werden, die auf die Schattenseiten der Entwicklung aufmerksam machten und vor übereiltem Handeln warnten.

Durch die Hysterie, die nach den Aktionen der RAF im Jahre 1971/72 entflammte, waren auch Änderungen in der Gesetzgebung bedingt. Zunächst standen sich jeweils gegensätzliche Positionen der politischen Parteien gegenüber. Die Unionsparteien versuchten, ihre Forderungen durch ständiges Wiederholen, durchzusetzen. Um nicht in die geistige Nähe der Terroristen zu geraten und um die Blockade in dem von der Opposition beherrschten Bundesrat zu umgehen, erwiesen sich die Regierungsparteien SPD und FDP immer wieder als kompromissbereit. Allmählich nahm die Großzügigkeit der sozialdemokratischen und liberalen Politiker bezüglich der eigenen rechtsstaatlichen Grundsätze ab und der Annäherungsprozess in der politischen Arena begann, die unter einem starken Erwartungsdruck der Öffentlichkeit, die eine schnelle Lösung verlangte, stand. Die Bundestagsabgeordneten setzten sich immer wieder unter Erfolgszwang und produzierten dabei Gesetze, die für die Bekämpfung des Terrorismus überhaupt nichts herzugeben schienen, die aber in anderen Bereichen großen Schaden hätten anrichten können.²⁸³

5.4.1.1 Radikalenerlass

Der sog. Radikalenerlass gehörte zu den Dingen, „die Böll der SPD-Regierung nicht so leicht verzeihen konnte“.²⁸⁴ Es war die umstrittenste gesetzgeberische Maßnahme der Ära Brandt und rief viele Proteste hervor.

²⁸² Vinke 1978, 9.

²⁸³ Z. B. Strafverfahrensrechtsreform, Radikalenerlass, die Gewaltparagrafen 88a und 130a usw.

²⁸⁴ Reid 1991, 219.

Auch Böll, zusammen mit vielen Intellektuellen und Schriftstellern²⁸⁵, zog oft zu Felde gegen diesen Beschluss, der der „Bundesrepublik Deutschland unwürdig sei“.²⁸⁶ „In keiner westeuropäischen Demokratie wäre eine derartige Gesetzgebung möglich; sie erstickte jede öffentliche Auseinandersetzung im Keim. Der Radikalenerlass verhindert radikale politische und geistige, theoretische und praktische Auseinandersetzung mit Problemen; er entmutigt Jugendliche und junge Leute, die im öffentlichen Dienst arbeiten wollen, er zwingt sie zu demütiger Anpassung oder zur Heuchelei. Es ist ein Erlass gegen die Hoffnung, er verordnet Hoffnungslosigkeit und Lähmung.“²⁸⁷ 1974 vertrat er die Ansicht, Gesetze gegen Radikalität müssten konsequenterweise auch die Ausübung aller Künste, den Gerichtsvollzug sowie das Lesen des Evangeliums verbieten.²⁸⁸ 1976 meinte er, sie entsprächen genau Georg Orwells Visionen vom totalitären Staat.²⁸⁹ Die politische Kultur der zwanziger Jahre sei durch die Nazis und durch den bösartigen Antikommunismus der Adenauerzeit zerstört worden; von 1967 an habe es Ansätze für eine kulturelle Wiederbelebung gegeben, aber die neuen Gesetze hätten sie hinweggefegt.²⁹⁰ 1983 griff er das Thema noch mal an. Sein Essay über Thomas Aquin benannte er „Radikaler in Gottes Dienst“²⁹¹. Auch als Schriftsteller setzte er sich mit diesem Thema auseinander. Die Satire „Du fährst zu oft nach Heidelberg“ ist seine literarische Verarbeitung dieses Problems. Auch der Band „Briefe zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit“²⁹², den Böll mit herausgab, beschäftigen sich zu einem großen Teil mit dem Thema Radikalenerlasse und ihre Folgen.

5.4.1.2 Antiterrorgesetzgebung²⁹³

Jedes einzelne der Anti-Terror-Gesetze bedeutete sicher noch nicht den Untergang des Rechtsstaates. Auch wenn sich die Intellektuellen sicher waren, dass Bonn nicht Weimar war, sahen sie einige Parallelen zwischen der ersten und der zweiten Republik. Damals wie in den 70er Jahren ging

²⁸⁵ Z. B. Peter Schneiders Roman „...schon bist du ein Verfassungsfeind“, Alfred Anderschs Gedicht „Artikel 3 (3)“.

²⁸⁶ Böll, Heinrich: Man muss immer weiter gehen 1985, 71f.

²⁸⁷ Ebd.

²⁸⁸ Ebd. 145.

²⁸⁹ Böll, Heinrich: Es kann einem bange werden 1985, 88.

²⁹⁰ Ebd. 115f.

²⁹¹ Böll, Heinrich: Feinbild und Frieden 1987, 117–122.

²⁹² Duve 1978.

²⁹³ Nach Vinke 1978, 13–15.

es ihrer Ansicht nach um die Erhaltung der Demokratie. Das Hauptargument von Böll und anderen Kritikern der eifrigen „Anti-Terror-Gesetzgebung“ lautete, dass die zu weit gefassten Gesetze unter veränderten politischen Bedingungen zur Unterdrückung Andersdenkender missbraucht werden könnten. Einige Operationen der Polizei gegen Linksintellektuelle lieferten den Intellektuellen gute Argumente für diese Stellungnahme und trugen zu einer weiteren Klimaverschlechterung im Verhältnis zwischen sozial-liberaler Bundesregierung und den Intellektuellen bei, von denen viele einige Jahre zuvor dieser Regierung zu einem beachtlichen Wahlsieg und Vertrauensvorschluss in der Bevölkerung verholfen hatten, unter ihnen auch Heinrich Böll.

Als erste Maßnahme gegen neue Formen der Gewaltkriminalität wurden Flugzeugentführern und Geiselnehmern schärfere Strafen angedroht.²⁹⁴ Ein halbes Jahr später am 22. Juni 1972 erweiterte der Bundestag die Befugnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz²⁹⁵ und 1973 wurde eine Abteilung „Terrorismus“ bei dieser Behörde in Köln geschaffen. Ohne Gegenstimmen wurde dann das neue Gesetz über den Bundesgrenzschutz verabschiedet.²⁹⁶ Weitere Gesetze erschwerten den Erwerb so genannter 4-mm-Kurzwaffen (10. Dezember 1975) und von Sprengstoffen (1. Juli 1976). Diese Gesetze waren eine Folge der Radikalisierung von Gewalttätern und das Missbrauchsrisiko zur Unterdrückung Andersdenkender war auch nach der Ansicht der Intellektuellen ebenfalls gering. Dies war aber nicht der Fall bei weiteren Gesetzen, die der Bundestag im Laufe der 70er verabschiedete und die für die Intellektuellen höchst umstritten waren.

Böll kritisierte die Tatsache, dass die Befürworter der verschärften Strafbestimmungen so taten, als ließen sich anarchistische Gewalttäter, die zu allem entschlossen sind, von solchen Maßnahmen beeindrucken. Er warnte davor, dass der Bestand an liberalen Freiheitsgarantien, die in den Jahren und Jahrzehnten zuvor mühsam und gegen mannigfaltigen Wider-

²⁹⁴ Im internationalen Haager Abkommen von Dezember 1970 hatte sich auch die Bundesregierung verpflichtet, der Luftpiraterie mit dem nationalen Strafrecht zu begegnen. Das Gesetz wurde am 19. 12. 1971 in der Bundesrepublik verabschiedet. Ausschlaggebend für die Bestimmungen gegen Geiselnahme waren wiederholte Banküberfälle, bei denen die Täter Menschen in ihre Gewalt brachten.

²⁹⁵ Die Behörde konnte nun auch politisch motivierte Bestrebungen beobachten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet waren. Dabei durften „nachrichtendienstliche Mittel“ (z. B. V-Leute) eingesetzt werden.

²⁹⁶ Es stellte klar, dass der Grenzschutz bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit auch zur Unterstützung der Polizei eines Bundeslandes eingesetzt werden konnte.

stand erkämpft wurden, jetzt allmählich abgebaut werden könnte. Nicht die einfache Tatsache, dass Gesetze zur Terrorbekämpfung verabschiedet wurden, war schlimm. Kritikwürdig war vielmehr die Tatsache, dass solche Regelungen erlassen wurden, die den rechtsstaatlichen Fundus, den Bestand an Freiheiten des Einzelnen antasteten. An zwei konkreten Beispielen – an der Verschärfung des Strafverfahrensrechtes und an den Gewaltparagrafen – sollen der Standpunkt und die Argumente Heinrich Bölls und anderer Intellektuellen gezeigt werden.

Strafverfahrensrecht

Am 18. Dezember 1974 zog der Bundestag aus dem Verhalten von Baader-Meinhof-Verteidigern Konsequenzen²⁹⁷ und verschärfte das Strafverfahrensrecht. Nach einer längeren Phase der Liberalisierung, die etwa Anfang der 60er Jahre begann und die Rechte von Anwalt und Mandant erheblich verbesserte, wurde jetzt ein Teil dieser Rechte beschränkt, bzw. zurückgenommen.

Der Anstoß kam vom Bundesverfassungsgericht, das darauf hingewiesen hatte, dass es keine rechtliche Möglichkeit gebe, einem Anwalt die Verteidigung zu entziehen. Aus dem ursprünglichen Ansatz wurde ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die rechtliche Barrieren im Vorfeld des anstehenden Prozesses gegen den „harten Kern“ der Baader-Meinhof-Gruppe beseitigen und die Dauer solcher Mammutverfahren begrenzen sollten.²⁹⁸ Böll und andere Intellektuelle warnten vor der Tatsache, dass die erweiterten Möglichkeiten, Anwälte von Strafverfahren auszuschließen, die Verteidigung von mutmaßlichen terroristischen Gewalttätern zu einem Risiko

²⁹⁷ Die abschließende Beratung wurde durch mehrere Ereignisse (z. B. durch den Mord an dem Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann, den Hungertod von Holger Meins, die Diskussion um die Wiedereinführung der Todesstrafe, den brieflichen Appell von Altbundespräsident Gustav Heinemann an Ulrike Meinhof, ihren Hungerstreik zu beenden) geprägt.

²⁹⁸ Die Verteidiger konnten vom Verfahren ausgeschlossen werden, wenn sie „dringend oder hinreichend“ verdächtig waren, an den Straftaten ihrer Mandanten beteiligt zu sein oder weitere Straftaten zu begünstigen. Weiter wurde die Zahl der Anwälte, die in einem Verfahren nebeneinander wirken konnten, auf maximal drei begrenzt. Das Verfahren gegen einen Angeklagten konnte ab jetzt unter bestimmten Voraussetzungen auch in dessen Abwesenheit stattfinden, was eine Antwort auf die Taktik der RAF-Häftlinge war, die durch Hungerstreik versuchten, sich verhandlungsunfähig zu machen. Andere Vorschriften des neuen Gesetzes übertrugen der Staatsanwaltschaft Befugnisse, die bis dahin hauptsächlich dem Richter vorbehalten waren, z. B. während des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens den Angeklagten, die Zeugen sowie Sachverständige vorzuladen.

gemacht hätten. Die Verdachtsschwelle für einen solchen Ausschluss würde erheblich gesenkt. Aber nicht nur kritische Intellektuelle sahen dadurch die Balance des Verfahrensrechts gestört: „Gegenüber früheren Jahren muss gegenwärtig bei den Rechtspolitikern aller Parteien ein Nachlassen an rechtsstaatlicher Gewissenhaftigkeit beobachtet werden.“²⁹⁹ Auch die Juristen hatten Bedenken. Der Deutsche Juristentag lehnte „jegliche Übertragung richterlicher Kompetenzen auf die Staatsanwaltschaft“ ab.³⁰⁰

Gewaltparagraphen

Die Debatte über die Gewaltparagraphen begann im Bundestag am 13. März 1975 und wurde zu der bislang dramatischsten Terrorismusdebatte des Parlaments. Am 16. Januar 1976 beschloss das Parlament, einen neuen Paragraphen in das Strafgesetzbuch einzufügen, der für die „verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalttaten“ bis zu drei Jahren Freiheitsentzug vorsah. Dies richtete sich auch gegen Personen, die den „öffentlichen Frieden durch Androhung von Straftaten“ störten. Die beiden Gewaltparagraphen 88a und 130a gehörten zu den umstrittensten Entscheidungen des Bundestages auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung. Nicht nur weil es bereits zahlreiche Bestimmungen gab, die in Verbindung mit Gewalt alles Erdenkliche unter Strafe stellten³⁰¹, sondern auch, weil zunächst die Absicht bestand, eine Art Generalklausel gegen Gewaltbefürwortung zu schaffen. Der Paragraph 130a hätte generell denjenigen unter Strafe stellen sollen, der in Schriften öffentlich oder in Versammlungen zu bestimmten Gewalttaten anleitet oder sie befürwortet.

Als diese Absicht bekannt wurde, meldeten sich vor allem die Betroffenen – Schriftsteller und Publizisten – zu Wort und erklärten, die Regierung bekomme damit ein Instrument in die Hand, mit dem jede missliebige Publikation, die meisten Klassiker der Weltliteratur, ja sogar die Bibel verboten werden könne.³⁰² Angesichts solcher Proteste, rückten die Koalitionsparteien von ihrem ursprünglichen Ansatz ab. Der SPD-Abgeordnete Dieter Lattmann betonte: „Es muss möglich sein und bleiben, dass Künstler und Autoren vom Standpunkt radikaler Moral aus die Gegenwartspoli-

²⁹⁹ Süddeutsche Zeitung, 2. 10. 1974.

³⁰⁰ Vinke 1978, 19.

³⁰¹ Die Billigung, Belohnung, Androhung, Anstiftung, öffentliche Aufforderung, Anleitung, Verherrlichung oder die Verharmlosung von Gewalt waren längst Straftaten.

³⁰² Vinke 1978, 79.

tik kritisieren, wie Pasternak, Solschenizyn und Sacharow das in der Sowjetunion getan haben oder Pablo Neruda in Chile, Theodorakis in Griechenland der Junta, Wolf Biermann in der DDR, Heinrich Böll und andere in der grundsätzlich anders gearteten Bundesrepublik.³⁰³ Der neue Strafbestand der Befürwortung von Gewalt wurde danach enger gefasst – die Bereiche Kunst, Wissenschaft, Berichtserstattung und Zeitgeschichte wurden ausdrücklich von den Strafbestimmungen ausgenommen. Es war ein klarer Sieg der Intellektuellen und ein Sieg Heinrich Bölls, der zu den größten Kritikern der Gewaltparagraphen gehörte. Trotzdem blieben die Gewaltparagraphen weiter für Böll und andere Linksintellektuellen umstritten. Einerseits weil sie unter anderen politischen Verhältnissen zu einem gefährlichen Mittel gegen die Meinungsäußerung hätten werden können, andererseits weil sie für die akute Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik nichts bewirkten, denn die Terroristen kümmern sich bekanntlich um solche Regeln nicht. Der SPD-Abgeordnete Dieter Lattmann, der zugleich ein bekannter Schriftsteller war, fasste in seiner Rede die Argumente der meisten Intellektuellen zusammen. Lattmann wies auf die Gefahr hin, dass durch gesetzestechnischen Perfektionismus ein Klima von Einschüchterung, Opportunismus und Selbstzensur geschaffen werde. „Eine Bewegung ist in Kraft, die Freiräume einengt und in einigen Fällen Weimarer Ausmaße von Demokratiefeindlichkeit annimmt.“³⁰⁴

5.5 Fazit

Bölls Engagement im Rahmen der Terrorismusdebatte in der Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren wurde von seiner moralischen Gesinnung motiviert, die in der NS-Zeit ihre Wurzeln hatte. Böll erlebte die Verfolgung Andersdenkender, die ihre Legitimation scheinbar in der damaligen Gesetzgebung hatte. Er erlebte die Demontage der Grundrechte in den 30er Jahren und deren fatale Folgen in den 40er. Er begrüßte die neue liberale, demokratische und freizügige Gesetzgebung der Bundesrepublik nach 1945, in der er die einzige Hoffnung und den einzigen Schutz vor der möglichen Wiederholung des nationalsozialistischen Übels sah. Die Bereitschaft der Politiker sowie der Bevölkerung Deutschlands, auf einen Teil dieser Freiheiten im Namen der Terrorismusbekämpfung zu verzichten, stellte für ihn eine tiefe Enttäuschung dar. Er benutzte sein Ansehen

³⁰³ Ebd. 258.

³⁰⁴ Ebd. 256.

und seinen Ruhm als Nobelpreisträger, um auf die möglichen Schattenseiten einer solchen Entwicklung aufmerksam zu machen. Das Medienimperium von Axel Springer war ihm ein Dorn im Auge. Die Berichterstattung in den Zeitungen und Zeitschriften des Springer-Konzerns war, nach Böll, gegen die Linken voreingenommen und trug zu Spannung und Hysterie in der Gesellschaft wesentlich bei.

In seinem Artikel im Spiegel „*Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?*“ artikuliert er sein Bedenken gegen die Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik und prangerte die journalistischen Praktiken des Springer-Konzerns zugleich an. Vor allem der polemische Stil und Bölls Ungenauigkeit in der Begriffsbenutzung verursachten aber das Gegenteil und führten zu einer weiteren Eskalation der Spannung in der Gesellschaft, die unter dem Eindruck der terroristischen Gewalttaten nicht bereit war, Bölls Argumente sachlich und ohne Emotionen zu beurteilen. Der Linksintellektuelle war ab nun Sündenbock, geistiger Urheber des Terrorismus, Feind der demokratischen Grundordnung. Die Beschuldigungen, er paktiere mit Verbrechern, kamen sowohl von parteipolitischer Seite als auch aus den Medien. Es gefiel manchen nicht, dass Böll während des Kalten Krieges heiße Kontakte mit dem Osten hielt. Oft wurde ihm vorgeworfen, dass er auf dem linken Auge blind sei und eine Doppelmoral habe. Seine Passivität im Fall Bukowski 1972 war durch mehrere Faktoren bedingt (die Ratifizierung der Ostverträge war damals wohl die größte) und darum kann sie nicht als ein Beweis einer Doppelmoral Bölls bewertet werden. Bölls Hilfe und Unterstützung für die unterdrückten Intellektuellen und Oppositionellen im Ostblock steht außer Frage und ist in vielen Studien eindeutig nachgewiesen.³⁰⁵

Böll appellierte während der 70er Jahre immer weiter als Intellektueller und großer Moralist an Politiker und Öffentlichkeit, statt sich dem Diktat des Terrorismus zu beugen, diese Bedrohung mit bestehenden Mitteln zu bekämpfen und die Meinungsfreiheit für Andersdenkende oder politische Gegner zu bewahren. Er verteidigte nicht die Terroristen und war kein „Terroristenvater“, sondern er versuchte den Rechtsstaat zu verteidigen, in dem jeder, auch ein Angeklagter, bestimmte Rechte hatte. Er machte nie ein Geheimnis daraus, dass er einige Ziele der extremen Linken berechtigt fand, wie z. B. die Beseitigung des Leistungszwangs und die Macht des

³⁰⁵ Vgl. z. B. Bruhn 1980 oder Schäfer 2004.

Kapitals. Er warnte jedoch zugleich davor, dass der Terror und die Gewalt gegen Menschen kein richtiger Weg zu ihrer Durchsetzung waren.

6. Zusammenfassung

Bölls politische Gesinnung spiegelte seine unmittelbare soziale Erfahrung wider. Die prägenden Momente seiner Vita waren die als Heil empfundene Kindheit, seine Jugend, als er den Untergang der Weimarer Demokratie und den Aufstieg des Nationalsozialismus erlebte, und seine direkten Kriegserlebnisse. In dieser Zeit formte sich sein Widerstand gegen jede Form der Unterdrückung, hier formte sich sein anarchistisches Lebenskonzept als Reaktion auf die totale Macht des NS-Staates. Böll sehnte sich nach einer moralischen und humanen Gesellschaftsordnung ohne Leistungszwang. Er kritisierte die herrschenden Verhältnisse und protestierte gegen die fehlende Mitmenschlichkeit und die inhumanen ökonomischen Verhältnisse. Sein Ziel sollte das Schaffen und Erweitern von persönlichen Freiräumen für den Einzelnen und damit eine Humanisierung der Gesellschaft sein. Böll war ein Anarchist im ursprünglichen Sinne des Wortes. Er wollte nicht die Gesetzlosigkeit, sondern die Herrschaftslosigkeit. Anarchismus bedeutete für ihn nicht eine politische Richtung, sondern ein Lebenskonzept. Er lehnte jegliche Form der Herrschaft ab und akzeptierte nicht die bestehende Klassengesellschaft. Im Vergleich zu ihr stellte der Kommunismus für Böll immer noch die bevorzugte Alternative dar, auch wenn seine Position dem Kommunismus gegenüber sehr ambivalent und christlich geprägt war. Als Anarchist war er ein Feind der Autoritäten und Institutionen, die seiner Ansicht nach die Freiräume des Einzelnen begrenzen und nur die Mächtigen und Starken effektiv schützten. Obwohl er zutiefst gläubig und religiös war, übte er eine scharfe Kritik an der katholischen Kirche als Institution. Er verurteilte ihre Verflechtung mit dem Staat, etwa durch die Kirchensteuer, ihren sturen Antikommunismus und ihre direkte Unterstützung der CDU/CSU. Böll stellte eine Entfremdung zwischen den religiösen Formen und den religiösen Inhalten bei Begriffen wie z. B. Nächstenliebe und Humanität in der katholischen Kirche fest. Eine Parallele zwischen Bölls religiöser und politischer Gesinnung wird offensichtlich: eine allgemeine Sympathie für bestimmte Grundgedanken bei äußerst skeptischer und kritischer Haltung den Institutionen gegenüber, die diese Grundsätze repräsentieren.

Bölls politische Stellungnahmen sind nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Generell lässt sich von einer Entwicklung Bölls sprechen, die von einem eher vagen moralischen Engagement zu einem konkreten politischen Engagement führt. Im Laufe der Zeit wurde eine gewisse Radikalität und eine Verschärfung des Tones bei Böll sichtbar, die einerseits von seiner anarchistischen Überzeugung und andererseits von der links-utopistischen Gesinnung geprägt wurden und in den 70er Jahren ihren Höhepunkt erreichten. Von einem allgemeinen Nonkonformismus in den 60er Jahren kommt Böll nach und nach zu einer politisch und gesellschaftlich differenzierten Kritik.

Böll war nie parteiisch im Sinne einer Parteizugehörigkeit. Heinrich Böll war ein politischer Idealist und ein Moralist zugleich. Er misstraute Realpolitikern und wurde nie Parteimitglied. Trotzdem sympathisierte er im Laufe seines Lebens mit bestimmten politischen Zielen, die durch eine gewisse politische Partei oder eine politische Strömung repräsentiert wurden. In den 60er Jahren unterstützte er aktiv die APO und die Proteste der Studenten, die ihren Höhepunkt im Jahre 1968 hatten. Er setzte sich für die APO ein, weil er sich von ihr die Erneuerung der seiner Meinung nach erstarrten politischen Parteien versprach. Er hielt die APO zugleich für das Sprachrohr der Unterprivilegierten und Schwachen. In den 70er Jahren war er ein Befürworter der Politik und des Regierungsstils von Willy Brandt und engagierte sich im Rahmen der Sozialdemokratischen Wählerinitiative. In der SPD unter Willy Brandt sah er die Hoffnung auf eine weitgehende Demokratisierung der Gesellschaft, die statt Profitorientierung mehr Solidarität unter den Menschen bringen würde. Er hoffte darauf, dass die SPD den Antikommunismus und die Spannung zwischen der Bundesrepublik und dem Ostblock überwinden könnte. Am Ende seines Lebens sah er sich von der Politik der Grünen angesprochen. Die Partei der Grünen stellte für Böll die bessere Alternative zu den bestehenden Parteien dar, da sie die für Böll wichtigsten politischen Ziele zu ihrem Programm machte – Pazifismus und Antimilitarismus, Umweltschutz, Beseitigung aller Diskriminierungen und Schutz der Schwachen vor den Mächtigen.

Für Bölls Engagement in den 70er Jahren sind vor allem seine kritische Haltung gegenüber der SPD-Regierung unter Helmut Schmidt sowie gegenüber der Antiterrorgesetzgebung unverkennbar. Böll verurteilte scharf die hysterische Reaktion der politischen Parteien und der Presse auf die Welle von terroristischen Gewalttaten während der 70er. Seine Stellungnahmen im Rahmen der Terrorismusdebatte in der Bundesrepublik

Deutschland wurden von seiner politischen und moralischen Gesinnung motiviert, die in der Erfahrung der NS-Zeit ihre Wurzeln hatte. Böll erlebte damals die Verfolgung Andersdenkender und Oppositioneller, die scheinbar laut der damaligen Gesetzgebung legitimiert war. Er erlebte den Zerfall der Grundrechte und den Untergang der Demokratie in den 30er Jahren. Er war auch Augenzeuge ihrer fatalen Folgen in den 40ern. Als Ursachen hierfür bezeichnete Böll deutsche Ordnung und Disziplin sowie Profit- und Leistungsorientierung der Gesellschaft, die ihre moralischen Grundlagen vergessen habe. Er wurde seine Erlebnisse aus dieser Zeit nie los. Er kritisierte an der Bundesrepublik, dass nach dem Nationalsozialismus wieder das Bekenntnis zu Leistung und Ordnung, in denen er die Ursache für die deutsche Katastrophe sah, die erste Stelle im Leben vieler Deutscher einnahm. Er fürchtete, den neuen Anfang von faschistischer Moral in der westdeutschen Gesellschaft zu beobachten. Die einzige Hoffnung auf ein humanes, demokratisches und friedliches Zusammenleben der Deutschen stellte für Böll die liberale und freizügige Gesetzgebung der Bundesrepublik dar. Die Bereitschaft der Politiker sowie der Bevölkerung Deutschlands, auf einen Teil dieser Freiheiten im Namen der Terrorismusbekämpfung zu verzichten, stellte für ihn eine tiefe Enttäuschung dar. Er benutzte deshalb sein Ansehen und seinen Ruhm als Nobelpreisträger, um auf die möglichen Schattenseiten solcher Entwicklung aufmerksam zu machen. Während der Terroristendebatte appellierte Böll als Intellektueller und großer Moralist an Politiker und Öffentlichkeit, sich dem Diktat des Terrorismus nicht zu beugen und stattdessen diese Bedrohung mit den bestehenden Mitteln zu bekämpfen und die Meinungsfreiheit für Andersdenkende oder politische Gegner zu bewahren.

In der Berichterstattung von Zeitungen und Zeitschriften des Springer-Konzerns glaubte Böll eine wichtige Ursache für die Anspannung und Hysterie in der Gesellschaft und die Voreingenommenheit der Öffentlichkeit gegenüber politischen Minderheiten zu entdecken. Er verteidigte nicht die Terroristen und war kein „Terroristenvater“, sondern er versuchte den Rechtsstaat zu verteidigen, in dem jeder, auch ein Angeklagter, bestimmte Rechte hatte. In seinem Artikel im Spiegel „Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?“ prangerte er die journalistischen Praktiken des Springer-Konzerns an und artikulierte zugleich sein Bedenken um den Verlust der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik. Obwohl sich Böll mit seinem Artikel um eine Entspannung bemühte, vermied er nicht provokante Ausdrücke und Begriffsverschwommenheit. Als Folge dessen zeigte die Öffent-

lichkeit kein Verständnis für seine Argumente. Bölls Artikel verursachte dann eher das Gegenteil – die Eskalation der Anspannung. Der Linksintellektuelle war ab nun Sündenbock, geistiger Urheber des Terrorismus, Feind der demokratischen Grundordnung. Die Beschuldigungen, Böll paktiere mit den Verbrechern, kamen sowohl von parteipolitischer Seite als auch aus den Medien. Oft wurde ihm vorgeworfen, dass er auf dem linken Auge blind sei und eine Doppelmoral habe. Böll machte nämlich nie ein Geheimnis daraus, dass er einige Ziele der extremen Linken berechtigt fand, wie z. B. die Beseitigung des Leistungszwangs und der Macht des Kapitals. Er warnte jedoch zugleich davor, dass Terror und Gewalt gegen Menschen kein richtiger Weg zu ihrer Durchsetzung waren. Böll verurteilte scharf nicht nur die Missstände in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern er übte auch eine heftige Kritik an der Verletzung der Menschenrechte in den Ostblockstaaten. Auch Bölls Hilfe und Unterstützung unterdrückter Intellektueller und Oppositioneller im Ostblock steht außer Frage und ist in vielen Studien eindeutig nachgewiesen.

Die Studie hat nachgewiesen, dass Heinrich Bölls Verhältnis zur Politik der Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts konstruktiv war und seine Gesellschaftskritik die Grenzen des demokratischen Verfassungsprinzips nicht überschritt. Er stand nicht in Systemopposition zur Republik, sondern er übte nur heftige Kritik an den Missständen in der deutschen Gesellschaft und in der Realpolitik. Er setzte also den traditionellen Konflikt zwischen Geist und Macht nicht fort. Dank seines Engagements wurde die pragmatische deutsche Politik um eine neue Stimme bereichert – um die Stimme des Gewissens.

In Deutschland gab und gibt es nicht viele Persönlichkeiten, die schon zu ihren Lebzeiten von den Mitbürgern als „das Gewissen der Nation“ bezeichnet wurden. Eine von ihnen ist ohne Zweifel der deutsche Schriftsteller Heinrich Böll.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

Abkürzungen für Bölls Werke

ESR 1 – Essayistische Schriften und Reden. Band 1

ESR 2 – Essayistische Schriften und Reden. Band 2

ESR 3 – Essayistische Schriften und Reden. Band 3

AKR – Aufsätze, Kritiken, Reden

NPLS – Neue politische und literarische Schriften
Interviews 1 – Werke. Interviews 1
Frankfurter Vorlesungen – Frankfurter Vorlesungen

Werke von Heinrich Böll

- BÖLL, HEINRICH: Ansichten eines Clowns. Köln 1963.
BÖLL, HEINRICH: Nicht nur zur Weihnachtszeit. Frankfurt am Main 1952.
BÖLL, HEINRICH: Die verlorene Ehre von Katharina Blum oder: Wie Gewalt entsteht und wohin sie führen kann. Köln 1974.
BÖLL, HEINRICH: Aufsätze, Kritiken, Reden. Köln/Bonn 1967.
BÖLL, HEINRICH: Einmischung erwünscht. Schriften zur Zeit. Köln 1977.
BÖLL, HEINRICH: Essayistische Schriften und Reden. Band 1 1952–1963. Hrsg. von Bernd Balzer. Köln 1979.
BÖLL, HEINRICH: Essayistische Schriften und Reden. Band 2 1964–1972. Hrsg. von Bernd Balzer. Köln 1979.
BÖLL, HEINRICH: Essayistische Schriften und Reden. Band 3 1973–1978. Hrsg. von Bernd Balzer. Köln 1980.
BÖLL, HEINRICH: Frankfurter Vorlesungen. Köln 1966.
BÖLL, HEINRICH: Neue politische und literarische Schriften. Köln 1973.
BÖLL, HEINRICH [u.a.]: Offene Briefe an die Deutschen. Wien 1969.
BÖLL, HEINRICH: Vermintes Gelände. Essayistische Schriften 1977–1981. Köln 1982.
BÖLL, HEINRICH: Werke. Interviews 1. 1961–1978. Hrsg. von Bernd Balzer. Köln 1979.
BÖLL, HEINRICH: Zur Verteidigung der Waschküchen. Schriften und Reden 1952–1959. München 1985.
BÖLL, HEINRICH: Man muss immer weitergehen. Schriften und Reden 1973–1975. München 1985.
BÖLL, HEINRICH: Es kann einem bange werden. Schriften und Reden 1976–1977. München 1985.
BÖLL, HEINRICH: Feinbild und Frieden. Schriften und Reden 1982–1983. München 1987.
BÖLL, HEINRICH: Die Fähigkeit zu trauern. Schriften und Reden 1984–1985. München 1988.

Sekundärliteratur

- ARNOLD, HEINZ LUDWIG (Hrsg.): Text und Kritik. Zeitschrift für Literatur. Heinrich Böll. Text + Kritik, 1972, 1974², 1982³ (Heft 33).
ARNOLD, HEINZ LUDWIG: „Im Grunde ist alles realistisch...“. Gespräch mit Heinrich Böll. In: Arnold, Heinz Ludwig: Heinrich Böll, Wolfgang Koeppen, Günter Grass, Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt. Schriftsteller im Gespräch mit Heinz Ludwig Arnold. Zürich 1990, S. 11–67.

- ARNOLD, HEINZ LUDWIG: Heinrich Böll, Wolfgang Koeppen, Günter Grass, Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt. Schriftsteller im Gespräch mit Heinz Ludwig Arnold. Zürich 1990.
- BENDA, ERNST: Der Rechtsstaat in der Krise. Stuttgart 1972.
- BERNSMEIER, HELMUT: Heinrich Böll. Stuttgart 1997.
- BETH, HANNO (Hrsg.): Heinrich Böll. Eine Einführung in das Gesamtwerk in Einzelinterpretationen, 2. überarb. u. erw. Aufl. Königstein 1980.
- BIENEK, HORST: Werkstattgespräche mit Schriftstellern. München 1962.
- BÖLL, VIKTOR – SCHUBERT, JOCHEN: Heinrich Böll. München 2002.
- BRUHN, PETER: Heinrich Böll in der Sowjetunion. Berlin 1980.
- BURGRAUNER, CHRISTOPH: Ansichten eines Unpolitischen. Gesinnung und Entwicklung Heinrich Bölls. Frankfurter Hefte 29 (1974), S. 345–355.
- DELL'AGLI, ANNA MARIA (Hrsg.): Zu Heinrich Böll. Stuttgart 1984.
- DUVE, FREIMUT (Hrsg.): Briefe zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit. Reinbek bei Hamburg 1978.
- DUVE, FREIMUT (Hrsg.): Briefe zur Verteidigung der Republik. Reinbek bei Hamburg 1977.
- FALK, WALTER: Epochale Hintergründe der antiautoritären Bewegung. Ein Beitrag zur literaturwissenschaftlichen Diagnose der Sozialgeschichte. Frankfurt am Main 1983.
- FALKENSTEIN, HENNING: Heinrich Böll, Berlin 1996.
- GROSSER, ALFRED: Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg. München 1978.
- GRÜTZBACH, FRANK (Hrsg.): Heinrich Böll: Freies Geleit für Ulrike Meinhof. Ein Artikel und seine Folgen. Köln 1972.
- HAFFNER, SEBASTIAN: Anmerkungen zu Hitler. Düsseldorf 1980.
- HERLYN, HEINRICH: Heinrich Böll als utopischer Schriftsteller: Untersuchungen zum erzählerischen Werk. Bern 1996.
- KÖLLERER, CHRISTIAN: Heinrich Bölls Konzeption von Literatur zwischen Moral und sozialer Erfahrung. Eine Einführung. Frankfurt am Main 1991.
- KOTHY, GERHARD – SCHMIDT, EGBERT – SCHULZ, REGINE: Heinrich Böll – Eine biographische Skizze. In: Beth, Hanno: Heinrich Böll. Eine Einführung in das Gesamtwerk in Einzelinterpretationen, 2. überarb. u. erw. Aufl. Königstein 1980, S. 1–39.
- LENGNING, WERNER (Hrsg.): Der Schriftsteller Heinrich Böll. Ein biographisch-bibliographischer Abriss, 5. überarb. Aufl. München 1977.
- LINDER, CHRISTIAN: Heinrich Böll. Leben und Schreiben. 1917 bis 1985, überarb. u. erg. Ausg. Köln 1986.
- MÜLLER, HELMUT L.: Die literarische Republik: Westdeutsche Schriftsteller und die Politik. Weinheim 1982.
- NÄGELE, RAINER: Heinrich Böll. Frankfurt am Main 1976.

- NORDBRUCH, CLAUS H. R.: Heinrich Böll: Seine Staats- und Gesellschaftskritik im Prosawerk der sechziger und siebziger Jahre. Eine kritische Auseinandersetzung. Frankfurt am Main 1994.
- PINKERNEIL, BEATE (Hrsg.): Literatur und Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte der Literatur seit der Jahrhundertwende. Frankfurt am Main 1973.
- Presseausschuss der Demokratischen Aktion (Hrsg.): Das schwarze Kassenbuch. Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU. Köln 1973.
- REID, JAMES H.: Heinrich Böll. Ein Zeuge seiner Zeit. München 1991.
- REID, JAMES H.: Heinrich Böll. Withdrawal and Re-emergence. London 1973.
- RICHTER, HANS WERNER (Hrsg.): Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative. Reinbek bei Hamburg 1965.
- ROSS, WERNER: Der Gemütliche Anarchist. Ein Nachwort zu Heinrich Bölls 60. Geburtstag. Die politische Meinung 22 (1977/1978), S. 80–85.
- SCHÄFER, MARKUS: Heinrich Böll und Polen. Texte und Dokumente, Köln 2004.
- SCHÄFFER, BERNHARD: Sozialkultur und Wandel der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1976.
- SCHEUER, HANS (Hrsg.): Heinrich Böll. Bilder eines Lebens. Köln 1995.
- SCHRÖTER, KLAUS: Heinrich Böll mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1982.
- SCHWIKART, GEORG: Heinrich Böll – Ein Heiliger gegen Strich. Auf der Suche nach der eigenen Lebensspur. Würzburg 1996.
- SOWINSKI, BERNHARD: Heinrich Böll. Stuttgart 1993.
- TERN, JÜRGEN: Heinrich Böll und seine Kritiker. Frankfurter Hefte 27 (1972), S. 158–161.
- ULSAMER, LOTHAR: Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt. Esslingen am Neckar 1987.
- VINKE, HERMANN – WITT, GABRIELE: Die Anti-Terror-Debatten im Parlament. Protokolle 1974–1978, Reinbek bei Hamburg 1978.
- VOGT, JOCHEN: Heinrich Böll, 2. Neubearb. Aufl. München: 1987.
- VORMWEG, HEINRICH: Der Andere Deutsche. Heinrich Böll. Eine Biographie. Köln 2000.
- VORMWEG, HEINRICH: Entlarvende Belagerung. Merkur 34 (1980), S. 84–87.
- VORMWEG, HEINRICH: Erzähler, Rhetoriker, Kritiker. Zum Vermächtnis Heinrich Bölls (Bernsberger Protokolle 51). Bernsberg 1987.
- WALLMANN, JÜRGEN P.: Der Autor ist immer noch versteckt. Im Gespräch mit Heinrich Böll. Die Horen 27 (1982), S. 127–135.
- WARNACH, WALTER: Heinrich Böll und die Deutschen, Frankfurter Hefte 33 (1978), S. 51–62.
- WIRTH, GÜNTER: Gefahr unter falschen Brüdern. Anmerkung zum Charakter und zur Entwicklung der politischen Positionen Heinrich Bölls. Weimarer Beiträge 25 (1979), S. 56–78.

WIRTH, GÜNTHER: Heinrich Böll. Religiöse und gesellschaftliche Motive im Prosa-
werk, erw. u. vollst. überarb. Ausg. Köln 1987.

Literaturverzeichnis (Kapitel 3)

Sachwörterbücher und Lexika

Brockhaus. Die Enzyklopädie in 24 Bänden, Bd. 10. Mannheim, Leipzig 1997.

Das neue Fischer Lexikon in Farbe, Bd. 5. Frankfurt am Main 1979.

ENDRUWEIT, GÜNTHER – TROMMSDORFF, GISELA (Hrsg.): Wörterbuch der
Soziologie, 2. neubearb. und erw. Aufl. Stuttgart 2002.

FUCHS-HEINRITZ, WERNER – LAUTMANN, RÜDIGER (Hrsg.): Lexikon zur
Soziologie, 3. völlig neubearb. und erw. Aufl. Opladen 1994.

HILLMANN, KARL-HEINZ (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 4. überarb. und
erg. Aufl. Stuttgart 1994.

RITTER, JOACHIM (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4, völ-
lig neu bearb. Ausg. des „Wörterbuchs der philosophischen Begriffe von Rudolf
Eisler. Darmstadt 1976.

Sekundärliteratur

ANDREAS, STEFAN: Über die Sendung des Dichters. Literarische Revue 3 (1948),
S. 129–139.

ARON, RAYMOND: Opium für Intellektuelle oder: Die Sucht nach Weltan-
schauung. Köln/ Berlin 1957.

BENDA, JULIEN: Verrat der Intellektuellen. Frankfurt am Main 1988.

BENN, GOTTFRIED: Ein Berliner Brief. In: Ders.: Prosa und Autobiographie in der
Fassung der Erstdrucke. Hrsg. von Bruno Hillebrand. Frankfurt am Main 1984,
S. 505–535.

BENN, GOTTFRIED: Prosa und Autobiographie in der Fassung der Erstdrucke.
Hrsg. von Bruno Hillebrand. Frankfurt am Main 1984.

BÖHM, ANTON: Geist und Politik. Die politische Meinung 10 (1965), S. 7–10.

DEUERLEIN, ERNST: Müssen die Intellektuellen so sein? „Heimatlose Linke“ in
Deutschland. Die politische Meinung 3 (1958), S. 35–50.

DIEMEL, HORST: Stichworte zum Konformismus. Wer ist unpolitisch: das Volk
oder die Intellektuellen? Die politische Meinung 3 (1958), S. 31–38.

FRANZ, ALFRED: Linksintellektuell. Gewerkschaftliche Monatshefte (1965),
S. 283–290.

GREIFFENHAGEN, MARTIN: Die Intellektuellen in der deutschen Politik. Der
Monat 233 (1968), S. 33–43.

HANUSCHEK, SVEN (Hrsg.): Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur
im Kalten Krieg. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 73.)
Tübingen 2000.

- HUNOLD, ALBERT (Hrsg.): Erziehung zur Freiheit. Zürich 1959.
- JÄGER, GEORG: Der Schriftsteller als Intellektueller. Ein Problemaufriss. In: Hanuschek, Sven (Hrsg.): Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 73). Tübingen 2000, S. 1–28.
- JURT, JOSEPH: „Les intellectuels“: ein französisches Modell. In: Hanuschek, Sven (Hrsg.): Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 73). Tübingen 2000, S. 103–133.
- LUCKSCHEITER, ROMAN: Intellektuelle in der Bundesrepublik 1968–1989. In: Schlich, Jutta (Hrsg.): Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland. Ein Forschungsreferat, 11. Sonderheft, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur. Tübingen 2000, S. 325–342.
- LYOTARD, JEAN-FRANÇOIS: Grabmal des Intellektuellen, Graz 1985.
- MÜLLER, HELMUT L.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik. Weinheim 1982.
- PAPE, BIRGIT: Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967. In: Schlich, Jutta: Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland. Ein Forschungsreferat, 11. Sonderheft, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur. Tübingen 2000, S. 295–324.
- SCHLICH, JUTTA (Hrsg.): Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland. Ein Forschungsreferat, 11. Sonderheft, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur. Tübingen 2000.
- SCHMIDT, CARLO: Die Intellektuellen und die Demokratie. Hamburg 1958.
- SCHOECK, HELMUT: Intellektualismus und politische Impotenz. In: Hunold, Albert (Hrsg.): Erziehung zur Freiheit. Zürich 1959, S. 301–335.
- SEIFERT, JÜRGEN (Hrsg.): Die Spiegel-Affäre. Bd 2: Ellwein, Thomas – Liebel, Manfred – Negt Inge: Die Reaktion der Öffentlichkeit. Olten 1966.
- ZÖLLER, JOSEF O.: Heimatlose Kritik. Versuch einer Begriffsbestimmung der Intellektuellen. Die politische Meinung 4 (1959), S. 43–50.